

zeitzeichen

Evangelische Kommentare zu Religion und Gesellschaft



5

75 Jahre Grundgesetz

Wie zerbrechlich ist unsere Demokratie?

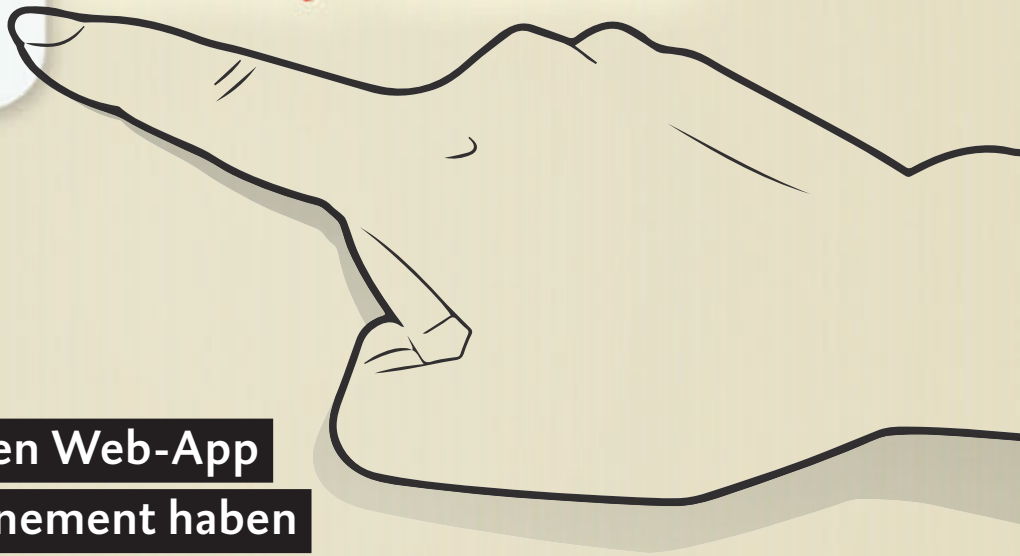
Solidarität mit Israel SEBASTIAN ENGELBRECHT

Die Zukunft der Kasualien BEATE HOFMANN

Barmen und andere Bekenntnisse MICHAEL WELKER

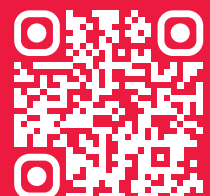


ack, zack!



**Mit unserer neuen Web-App
und Ihrem Abonnement haben
Sie den schnellsten Zugang:**

- _ zur aktuellen Ausgabe im Netz,
- _ zum PDF der Print-Ausgabe,
- _ zum „z(w)eitzeichen“ mit zusätzlichen aktuellen Kolumnen,
Kommentaren und anderen Texten
- _ und dem kompletten Online-Archiv.



Herausgegeben von

Heinrich Bedford-Strohm
 Rita Famos
 Isolde Karle
 Friederike Krippner
 Annette Kurschus
 Bettina Limperg
 Ralf Meister
 Friederike Nüssel
 Rüdiger Schuch
 Christiane Tietz
 Friedhelm Wachs
 Olaf Zimmermann



Liebe Leserin, lieber Leser,

„Nichts hält länger als ein gutes Provisorium.“ Die alte Handwerkerregel gilt offenbar auch für unser Grundgesetz. Vor 75 Jahren vom Parlamentarischen Rat verabschiedet, war es eigentlich als eine Übergangslösung bis zur Wiedervereinigung gedacht. Die ließ auf sich warten, das Grundgesetz bewährte sich im Westen Deutschlands so gut, dass man auf eine neue Verfassung zur tatsächlich erfolgten Wiedervereinigung glaubte verzichten zu können. Vielleicht ist das einer der Gründe für die zunehmende Entfremdung von der parlamentarischen Demokratie, auf die die wachsenden Erfolge der AfD hinweisen? Wie auch immer, unsere Demokratie ist zum Jubiläum nicht in bester Verfassung. Wie sie wieder gestärkt werden kann, ist eine der Fragen, die unser aktueller Schwerpunkt ab Seite 24 beantwortet.

Nicht nur die über Jahrzehnte sichere Zustimmung zur parlamentarischen Demokratie in der Bevölkerung steht plötzlich zur Debatte. Auch der Journalist Sebastian Engelbrecht stellt in seinem Text ab Seite 8 mit Blick auf die Reaktionen in Deutschland auf den Terrorangriff der Hamas in Israel am 7. Oktober fest: „Der Antisemitismus greift um sich. (...) Auf einmal sind Dinge möglich, die bis vor kurzem unmöglich erschienen.“ Engelbrecht beschreibt seine Erlebnisse am Rande von Demonstrationen in Berlin und andere Entwicklungen und liefert ein verstörendes Bild. Seine Frage gilt es zu beantworten: „Was kostet uns also der Kampf gegen den Antisemitismus? Welchen Preis sind wir bereit zu zahlen – als Nachbarn, als Bürger, als Christen?“

Doch auch wenn das Jubiläum unserer Verfassung in diesem Jahr nicht nur aus Jubelfeiern bestehen kann – es gibt ermutigende Trends. Hunderttausende gehen auf die Straße, um für die Demokratie zu streiten. Zahlreiche Menschen lassen sich zu ehrenamtlichen Demokratieberatern ausbilden, die Stellung beziehen, wenn platter Populismus das Klima vergiftet. Und die weit überwiegende Mehrheit der Deutschen wählt Parteien, die sich der parlamentarischen Demokratie verpflichtet fühlen. Das ist gut so. Es ist das Mindeste, was wir in diesem Superwahljahr tun können.

Ihr
 Stephan Kosch

Stephan Kosch



Foto: Jens Schulze

12

„Existenzielles Abenteuer“

Es geht um die Gefahren eines zu kurz gedachten apokalyptischen Denkens. Um Grundlinien seines Werks. Und darum, was die Kirche von den Heiligen lernen kann. Der zweite Teil des Interviews mit dem Dichter und Theologen Christian Lehnert aus Leipzig.

GESELLSCHAFT

- 8 SEBASTIAN ENGELBRECHT
Was kostet der Kampf gegen Judenhass?

KULTUR

- 12 GESPRÄCH MIT CHRISTIAN LEHNERT
„In einem existenziellen Abenteuer“
- 16 UWE MICHELSEN
Caspar David Friedrich und der liebe Gott

KOMMENTAR

- 15 JÜRGEN WANDEL
Direkte Demokratie wagen

KOLUMNE

- 19 CHRISTIANE TIETZ
„Die Würde des Menschen ist unantastbar“

KIRCHE

- 20 BEATE HOFMANN
Kirchlicher Segen und Gottes mutige Gnade

Titelseite:

Foto: picture alliance/Zoonar

Gestaltung: Christiane Dunkel-Koberg

16

Caspar David Friedrich Superstar

Das Jubiläumsjahr „250 Jahre Caspar David Friedrich“ erntet bisher großartige Resonanz. Der Theologe und Journalist Uwe Michelsen geht der Frage nach dem plötzlichen Hype um den Malerfürsten der Romantik auf den Grund.



Foto: picture alliance

STÖRFALL

- 23 MATTHIAS W. ENGELKE
Den Frieden verfehlt

DEMOKRATIE

- 26 JOCHEN THEURER
Das fragile Gleichgewicht
- 29 NAHAUFNAHMEN
Wo das Grundgesetz Ergänzung bräuchte
- 32 FRANK JANSEN
Stresstest für die Demokratie
- 35 STEPHAN KOSCH
Was die Kirche für die Demokratie tut
- 38 INTERVIEW MIT ELISABETH NIEJHR
„Demokratie braucht Demokraten“

THEOLOGIE

- 42 THOMAS MARTIN SCHNEIDER
Barmen I: Kein Widerstand gegen die Nazis
- 45 MICHAEL WELKER
Barmen II: Christus in der Kraft des Geistes
- 48 JOHANNES GREIFENSTEIN
Der Fehlstart von „Pioneer Ministry“ in Jena

DAS PROJEKT

- 52 MARAIKE HEYMANN
Souvenirs aus dem Urlaub und Transzendenz



Foto: dpa

24

Fragwürdige Alternative

Pioneer Ministry heißt ein Studiengang an der Universität Jena, der eine mögliche Alternative zum klassischen Studium der Theologie bieten soll. Johannes Greifenstein, seit März Professor für Praktische Theologie an eben dieser Universität, hält diesen in der aktuellen Form aber für einen Irrweg.

48



In bester Verfassung?

In diesem Monat wird das Grundgesetz 75 Jahre alt. Es gilt als die beste Verfassung, die Deutschland bislang hatte. Doch in der Bevölkerung sinkt der Rückhalt für das Grundgesetz und die parlamentarische Demokratie, die es regelt. Expert:innen schlagen angesichts der drohenden Wahlerfolge der AfD in diesem Jahr Alarm und rufen zum Einsatz für die Demokratie auf. Was können Kirche und Diakonie dazu beitragen?

REPORTAGE

- 56 KLAUS SIEG (TEXT) · MARTIN EGBERT (FOTOS)
Kambodscha: Mit Müll Geld verdienen

REZENSIONEN

Musik

- 61 KLAUS-MARTIN BREGOTT
Vikingur Ólafsson, Ludovico Einaudi,
Alfred Brendel et al.: Peaceful piano moods
- 61 UDO FEIST
Lusitanian Ghosts III

Hörbuch

- 62 KATHRIN JÜTTE
Maxim Znak: Zekamerone

Bücher

- 62 STEPHAN KOSCH
Harald Roth (Hg.): Verteidigt die Demokratie!
- 63 HANS-ULRICH PROBST
Gionathan Lo Mascolo (Hg.):
The Christian Right in Europe
- 63 NIKLAS SCHLEICHER
Philipp Greifenstein/Hanno Terbuyken:
Vernetzt und zugewandt
- 64 JOHANN HINRICH CLAUSSEN
Hanna Weber:
Zwischen sakral und profan

- 65 KLAUS BECKMANN

Fulbert Steffensky: Schutt
und Asche

- 66 MATTHIAS KRIEG

Uwe Steinmetz: Jazz und
Spiritualität

- 67 REGINA ELSNER

Gerhard Schweizer: Kreuz
und Schwert

- 68 THOMAS GROSS

Michael Köhlmeier:
Das Philosophenschiff

- 66 Autoren

6 Magazin

- 64 Buchtipps

73 Notabene

- 3 Editorial

71 Notizen

- 69 Filmtipps

70 Personen

- 67 Impressum

73 Punktum

- 54 Klartext

73 Veranstaltungen

- 72 Kulturtour

74 Vorschau

- 51 Leserbrief



Foto: epd-bild/Bernd Settnik/dpa-Pool

„Total real“: Neue Jahresausstellung in den Franckeschen Stiftungen

Die neue Jahresausstellung in den Franckeschen Stiftungen in Halle/Saale hat den Titel „Total real. Die Entdeckung der Anschaulichkeit“. Die kulturhistorische Ausstellung lädt ein zum Mitmachen und Ausprobieren für Erwachsene und Familien. Die Schau stellt sich die Grundfrage: Wie lernen und wie „begreifen“ wir? Zu entdecken ist dabei, wie eine innovative Idee August Hermann Franckes das Realschulwesen in Deutschland begründete. Sogar Leibnitz war beeindruckt, so ist überliefert. Während der Laufzeit der Ausstellung ist im Historischen Waisenhaus nach originalem Vorbild eine Camera Obscura für die Besucher:innen geöffnet. Das Foto unten zeigt einen Blick ins Weltenmodell der Kunst- und Naturalienkammer.



Foto: Martin Jehmichen

Kritik am Versöhnungskonzept der Garnisonkirche in Potsdam

Der „Lernort Garnisonkirche“ kritisiert das von der Garnisonkirche Potsdam betriebene Versöhnungskonzept. Die Vereinigung der Kritiker und Kritikerinnen des Wiederaufbaus der Potsdamer Kirche fordern die Verantwortlichen der Kirchenrekonstruktion auf, den Feldaltar der Garnisonkirche nicht mehr für Gottesdienste zu nutzen, sondern an das Deutsche Historische Museum abzugeben. Der „Lernort“ kritisiert, der Versöhnungsgedanke der Garnisonkirche sei „eine Deckerzählung“, mit der „die Geschichte des Ortes und die Verantwortung der Institution Kirche kaschiert, beschönigt und verdrängt“ werden sollten. Das Konzept basiere auf einer Täter-Opfer-Umkehr und damit auf einem rechtslastigen Geschichtsrevisionismus.

Literarische Audioguides im Berliner Naturkundemuseum zum Anthropozän

Unter dem Titel „Wie Gras“ stellt das Museum für Naturkunde in Berlin eine neue literarische Audioguide-Tour mit prominenten Sprecherinnen und Sprechern zur Verfügung: Thema ist das so genannte Anthropozän, also das derzeit diskutierte erdgeschichtliche „Zeitalter des Menschen“. Die Leitfragen dabei sind: Wie sieht ein Museum des Anthropozäns aus? Wie würde es vom sogenannten Zeitalter des Menschen erzählen? Und wird am Ende eigentlich alles sein wie Gras? Die eigens für den Audioguide geschriebenen Texte der preisgekrönten Autor:innen Daniel Falb, Judith Schalansky und Monika Rinck werden gesprochen von der Oscar-nominierten Schauspielerin Sandra Hüller, Tocotronic-Sänger Dirk von Lowtzow und Christoph Müller vom Schauspiel Leipzig. Sie widmen sich dem tiefgreifenden menschlichen Einfluss auf das Erdsystem. Und sie hinterfragen die Rolle des naturkundlichen Sammelns selbst.

Fenster von Ólafur Elíasson eingeweiht

Knapp 3 400 mundgeblasene Glasscheiben in Blau, Gelb und Rot werden den weißen Kirchenraum des Greifswalder Doms künftig in farbiges Licht tauchen. Der Künstler Ólafur Elíasson hat das Ostfenster im Greifswalder Dom neu gestaltet. Nach mehrjähriger Planungsphase ist in einem Festgottesdienst mit rund 1 000 Gästen das von dem isländisch-dänischen Künstler gestaltete Werk in St. Nikolai erstmals der Öffentlichkeit präsentiert worden. Damit beteiligt sich die evangelische Kirchengemeinde an den Feierlichkeiten zum 250. Geburtstag des Malers Caspar David Friedrich, der 1774 in Greifswald geboren wurde.

AfD-naher Pfarrer weist Vorwürfe zurück

Der wegen seiner AfD-Nähe suspendierte Pfarrer Martin Michaelis aus Sachsen-Anhalt hat die Anschuldigungen gegen ihn zurückgewiesen. „Die Vorwürfe sind nicht substantiiert“, sagte Michaelis dem *Evangelischen Pressedienst (epd)*. Die Evangelische Kirche in Mitteldeutschland (EKM) hatte gegen Michaelis ein Disziplinarverfahren eingeleitet, weil der Pfarrer bei den Kommunalwahlen am 9. Juni als Parteiloser auf der AfD-Liste für den Stadtrat in Quedlinburg kandidieren will. Michaelis will nach eigenen Angaben trotz des Gegenwinds an seiner Kandidatur festhalten. Die Auffassung der EKM, dass die Programmatik der AfD mit christlichen Werten und seinem Amt als Pfarrer nicht vereinbar sei, habe er nicht zu vertreten. EKM-Sprecher Friedemann Kahl sagte, am Ende des Disziplinarverfahrens könne ein dauerhafter Entzug der Ordinationsrechte stehen, also des Rechts auf öffentliche Verkündigung und der Feier der Sakramente.

Caspar David Friedrich in Berlin

Anlässlich des 250. Geburtstages von Caspar David Friedrich (1774–1840) zeigt die Alte Nationalgalerie in Kooperation mit dem Kupferstichkabinett der Staatlichen Museen zu Berlin erstmals eine große Ausstellung zum Werk des bedeutendsten Malers der deutschen Romantik. Über 60 Gemälde und 50 Zeichnungen Friedrichs aus dem In- und Ausland, darunter weltberühmte Ikonen wie das „Eismeer“, „Kreidefelsen auf Rügen“ oder der „Mönch am Meer“, werden bis zum 4. August zu sehen sein. Die Nationalgalerie bewahrt eine der größten Friedrich-Gemälde-Sammlungen weltweit. Schon zu Lebzeiten des Künstlers trugen zahlreiche Erwerbungen und Präsentationen in der preußischen Hauptstadt zu seinem frühen Ruhm bei. Die Wiederentdeckung der Malerei Friedrichs mit der legendären „Deutschen Jahrtausendausstellung“ 1906, seine Bilderpaare sowie der Werkprozess und seine Maltechnik stehen im Zentrum der Ausstellung (siehe auch den Artikel auf Seite 16). Informationen unter www.smb.museum.de.

Foto: Alte Nationalgalerie



Nicht wieder verraten

Nach dem 7. Oktober: Was kostet der Kampf gegen Judenhass?

SEBASTIAN ENGELBRECHT

Seit dem massiven terroristischen Angriff der Hamas auf Israel am 7. Oktober 2023 hat sich etwas in unserem Lande verändert. Die Solidarität mit Israel bröckelt und jüdisches Leben wird massiv bedroht. Eine fatale Entwicklung, meint der Theologe und Journalist Sebastian Engelbrecht, ehemals Israelkorrespondent der ARD. Er kritisiert den um sich greifenden Opportunismus und fordert vehement: Wir dürfen die Juden unter uns nicht wieder verraten.

Sei a Mensch“ – das war die Quintessenz der Rede des Sportjournalisten Marcel Reif zum Shoah-Gedenktage Ende Januar im Deutschen Bundestag. Reif zitierte seinen jüdischen Vater, der den Abgrund des Mordens in Europa überlebt hatte. Alle applaudierten, und ein Schauer lief über manchen Rücken. Auch die Holocaust-Überlebende Margot Friedländer hat uns das ins Stammbuch geschrieben. Ja, a Mensch sollen wir sein, wollen wir sein, werden wir sein, immer! Da sind wir uns einig.

Sind wir uns wirklich einig? Erich Kästner schreibt im Rückblick auf die Zeit nach dem 30. Januar 1933 über sein Leben in Berlin, wo seine Bücher auf einmal öffentlich verbrannt wurden: „Die Stadt blieb nicht die gleiche, und die Menschen änderten sich, von Zentimeter zu Zentimeter, mit dem System. Alte Freunde gingen, wenn sie meiner ansichtig wurden, ängstlich auf die andre Straßenseite oder banden sich im

Die Schule ist hart. Aber er lernt etwas für sein Geld.“

Soweit die Erinnerungen von Erich Kästner, der zweifellos a Mensch war und immer geblieben ist. Er hat dafür bezahlt – Kästner wurde vom Prominenten, vom Bestseller-Autor, zum Verfemten, Geächteten, Verfolgten, zur Randerscheinung, der nur unter einem Pseudonym weiter publizieren durfte. Es kann also teuer werden, a Mensch zu sein. Manche kam es noch viel teurer zu stehen als Kästner, dass sie a Mensch blieben. Keiner weiß das besser als die Juden in Vergangenheit und Gegenwart.

Sollten wir uns ebenso entschließen, wirklich a Mensch zu sein und auch zu bleiben, könnte es teuer werden.

Mitunter wohlfeiles Gerede

Bis zum 7. Oktober 2023 kostete es nicht viel, sich zum Kampf gegen den Antisemitismus zu bekennen und sich auf die Seite der Juden zu stellen. Es war bei manchem Politiker mitunter wohlfeiles Gerede. Mancher folgte damit nur dem Mainstream des politischen Denkens, fügte sich ein in diesen Strom der Begriffsschablonen und Codes vom Existenzrecht Israels über die Sicherheit Israels als deutsche Staatsräson bis hin zur Solidarität mit den so aufschlussreich als „Mitbürger“, nicht als „Bürger“ bezeichneten Juden. Mit einem kräftigen verbalen Bekenntnis gegen den Antisemitismus, für die Erinnerung an den Holocaust als bleibende Verpflichtung für uns Deutsche, stand man immer auf der richtigen Seite. Bezahlen mussten nur die Juden selbst, auch nach Ende der Shoah: israelische Soldaten, israelische Zivilisten, Juden in Europa, in Deutschland, die Opfer terroristischer Anschläge wurden.

Doch damit ist es nun vorbei. Das Bekenntnis zum Kampf gegen den Judenhass kostet mittlerweile auch Nichtjuden etwas. Als Korrespondent besuche ich immer wieder Kundgebungen und Demonstrationen propalästinensischer Gruppen in Berlin. Dabei schlägt mir ein Ausmaß an Aggression entgegen, wie ich es noch nie erlebt

Foto: picture alliance

habe – nicht einmal bei den Demonstrationen der Verschwörungsmythologen während der Pandemie. Wenn ich diese aufgeheizten Schauplätze besuche, belasse ich es meistens bei einer Frage: „Warum sind Sie hierhergekommen?“ Auf dem Hermannplatz in Neukölln werde ich daraufhin von Exil-Palästinensern und linken Aktivisten beschimpft und verdächtigt. Eine der Veranstalterinnen erklärt mir in aufgeregtem Ton, ich dürfe hier „keine provokanten Fragen“ stellen. Hasserfüllt ruft mir eine Frau zu: „Du bist kein Journalist. Du bist ein Nichts.“ Ein Mann fügt hinzu: „Wir sind viele.“ Er meint damit die wachsende arabische Gemeinschaft in Deutschland, in Berlin, an der die Öffentlichkeit seiner Meinung nach nicht mehr vorbeikommt. Die schiere Mas-

Es kann also teuer werden, a Mensch zu sein. Keiner weiß das besser als die Juden.

erstbesten Haustor die Schnürsenkel. (...) Wer zwölf Jahre als verbotener Autor in einer Diktatur lebt, als Paria Erster Klasse, revidiert seine Ansicht, dass er die ändern und sich selber, kurz, dass er den menschlichen Charakter vor diesen Erfahrungen gekannt und durchschaut habe. Die Kurse sind teuer.



Der Sportjournalist Marcel Reif, Sohn jüdischer Holocaustüberlebender, wird nach seiner Rede bei der Feierstunde des Deutschen Bundestags zum Holocaustgedenktag am 31. Januar von Bundestagspräsidentin Bärbel Bas umarmt. Rechts Bundesratspräsidentin Manuela Schwesig und Bundeskanzler Olaf Scholz.

se an Menschen soll der palästinensischen Sache Gewicht und Relevanz verleihen. Das scheint in den palästinensischen Gebieten wie auch in Deutschland Strategie zu sein.

„Deutsche Medien lügen“

„Wir sind viele“ – und „Du bist ein Nichts“ – diese Einschüchterung muss ich mir anhören, weil ich mit einem Mikrofon des *Deutschlandfunks* auf dem Hermannplatz Menschen befrage. Hätten nicht zehn Meter weiter ganze Kohorten der Berliner Polizei gestanden, weiß ich nicht, wie es mir ergangen wäre. In Berlin und Leipzig wurden in den vergangenen Monaten mehrfach Journalisten von propalästinensischen Demonstranten angegriffen. Denn, es heißt

da immer wieder: „Deutsche Medien lügen.“ Allein das Befragen empfinden die Pro-Palästina-Demonstranten als Eingriff in ihre Lufthoheit, die sie während ihrer Kundgebungen beanspruchen.

Ein anderes Beispiel: Mehr als 1300 Künstlerinnen und Künstler aus aller Welt haben im Januar den Aufruf „Strike Germany“ unterzeichnet. Sie rufen dazu auf, deutsche Kultureinrichtungen zu boykottieren. Ganz vorn dabei: die französische Literaturnobelpreisträgerin Annie Ernaux. Mit Erfolg. Allein beim Festival für elektronische und experimentelle Musik in Berlin haben 17 Akteure abgesagt. Bei der Berlinale kündigte ein aus Ghana stammender Regisseur seine Teilnahme auf, und die bosnische Schriftstellerin Lana Bastašić beendete die

Zusammenarbeit mit dem S. Fischer Verlag. Der Verlag hatte nach dem 7. Oktober angekündigt, er wolle mit seinen Büchern über „Kontinuitäten des Antisemitismus“ aufklären.

Die Aktivisten von „Strike Germany“ nehmen die deutsche Kultur pauschal in Haftung – für die Haltung der deutschen Bundesregierung und der 16 deutschen Landesregierungen zum Staat Israel. Eine Strafe für die Solidarität Deutschlands mit Israel.

Hier wird eine strukturelle Analogie zur Boykottkampagne „BDS“ gegen den Staat Israel sichtbar. Ihre Sympathisanten boykottieren alles, was israelisch ist – auch wenn es links, kommunistisch oder fortschrittlich orientiert ist. Jeder israelische

Erich Kästner (1899–1974): „Die Stadt blieb nicht die gleiche, und die Menschen änderten sich, von Zentimeter zu Zentimeter, mit dem System.“ (Foto von 1961)

Wissenschaftler, jeder israelische Künstler wird ausgegrenzt, egal wofür er steht. Ebenso handelt „Strike Germany“ pauschal gegen alles, was Deutsch ist. Der deutsche Kulturbetrieb ist aus der Sicht der „Strike Germany“-Initiatoren gewissermaßen israelisch-jüdisch infiziert und damit als ganzer mit einem Bann belegt.

Und noch ein drittes Beispiel: Als der Prozess gegen die israelische Regierung vor dem Internationalen Gerichtshof in Den Haag beginnt, wendet sich die Stimmung unter aufgeweckten Zeitgenossen auch in Deutschland. Der absurde, nach den Ereignissen des 7. Oktober geradezu groteske Vorwurf, der gegen Israel im Raum steht: Es begehe einen „Genozid“ an den Palästinensern. In Diskussionen heißt es auf einmal: „Wir werden uns noch umschauen, wo dieser israelfreundliche Kurs der Bundesregierung hinführt.“ Dann wird darauf verwiesen, dass sich die Beziehungen Deutschlands zu den arabischen Staaten immer weiter dramatisch verschlechterten, wenn Berlin an seiner Solidarität mit Israel trotz des Gaza-Kriegs festhalte.

Die Stimmung kippt. Früher herrschte Einigkeit, dass die deutsch-israelischen Beziehungen ganz besondere sind, dass hier eine historische Verpflichtung Deutschlands für den jüdischen Staat besteht. Dieser proisraelische Konsens ist wie weggeblasen. Der 7. Oktober und der darauf folgende Krieg, in dem sich Israel gegen das schlimmste Massaker an Juden seit der

*Wer zu Israel hält,
der könnte schon bald ausgegrenzt,
isoliert, allein sein.*

Shoah verteidigt, werden ausgeblendet. Ja, manchmal scheint es gar, als habe dieses Ereignis den Israelhass entfesselt.

Was also kostet der Kampf gegen den Judenhass? Er kostet Sicherheit. Er bringt Angst mit sich. Er kostet Ansehen. Er kostet Beziehungen. Er kostet Mehrheiten. Mehrheiten werden zu Minderheiten. Was sich abzeichnet, ist dies: Wer zu Israel hält und mit Israel zu den Juden, der könnte



schon bald ausgegrenzt, isoliert, allein sein. Denn der Antisemitismus greift um sich. Es ist erschreckend zu beobachten, wie er sich ausbreitet. Und ist gespenstisch zu sehen, wie Vorformen des Judenhasses sich einschleichen. Auf einmal sind Dinge möglich, die bis vor kurzem unmöglich erschienen.

Anne Frank nicht kindgerecht?

Anfang November gaben Eltern und Erzieher der Kindertagesstätte „Anne Frank“ in Tangerhütte in Sachsen-Anhalt bekannt, man wolle die Einrichtung umbenennen. Ein kindgerechterer Name sei „Weltentdecker“. Die Geschichte von Anne Frank sei für kleine Kinder schwer fassbar. Eltern mit Migrationshintergrund könnten mit dem Namen nichts anfangen. Man wünsche sich etwas „ohne politische Hintergründe“, so die Leiterin des Kindergartens. Auch der Tangerhütter Bürgermeister Andreas Brohm, Mitglied des Präsidiums des Deutschen Evangelischen Kirchentags, war bereit, den Beschluss mitzutragen.

Es ist unfassbar, dass sich Tangerhütte mit diesen Plänen einen Monat nach dem 7. Oktober an die Öffentlichkeit wagte. Und es ist weit mehr als eine politische Instinktilosigkeit und ein Verrat an den Opfern der Shoah, insbesondere ein Verrat an Anne Frank. Es ist auch ein Verrat an allem, was in den vergangenen 79 Jahren im Namen von Anne Frank gesagt, erarbeitet und gelobt

wurde. Der Fall zeigt, wie leicht das Feuer des Antisemitismus wieder zu entzünden ist. Er zeigt, wie deutscher Opportunismus den Weg für das Vergessen freimacht. Mit scheinbar harmlosen Argumenten, im Mantelchen der guten Pädagogik.

In denselben Tagen, kurz nach dem 9. November, berichtete mir ein Bekannter von unglaublichen Vorfällen an einer Schule in Berlin-Schöneberg, über die bis heute nicht öffentlich gesprochen wird. Der Bekannte ist dort Geschichtslehrer. Kurz vor dem Gedenktag an die Reichspogromnacht lud er die Schüler ein, am Nachmittag des 9. November mit ihm an einer Veranstaltung zum Gedenken an die Opfer der nationalsozialistischen Pogrome teilzunehmen.

Außerhalb der Schulzeit

Der Direktor der Schule lehnte es ab, die Einladung auf der Internetseite der Schule zu veröffentlichen. Es handle sich nicht um eine schulische Veranstaltung und sei „zu gefährlich“, daran teilzunehmen. Die Eltern der eingeladenen Schüler betonten, der Termin liege außerhalb der Schulzeit. Die Mehrheit der Schüler einer Klasse verwies auf Arzttermine – und nur eine winzige Minderheit erschien am Nachmittag des 9. November zur Gedenkveranstaltung.

Und wie erleben jüdische Jugendliche in Berlin diese Zeit? Die Schülerinnen und

Schüler des Jüdischen Gymnasiums Moses Mendelssohn gehen regelmäßig zum Sportunterricht von ihrer Schule aus zu einem anderen Standort. Eine Gruppe von Schülern begegnet im vergangenen Herbst ein paar Jugendlichen, die arabisch aussehen. „Guck mal, die Scheiß-Juden“, sagen diese klar vernehmlich, als sie auf die Schülergruppe vom Moses-Mendelssohn-Gymnasium treffen.

Die Antisemitismus-Recherchestelle RIAS könnte unzählige solcher Beispiele von explizitem und latenter Judenhasse beisteuern. Seit dem 7. Oktober hat sich antisemitische Kriminalität verdreifacht, wie RIAS feststellt.

Die Shoah-Überlebende Eva Szepesi erwähnte in ihrer Rede am Holocaust-Gedenktage, ihr seien kurz nach dem 7. Oktober Lesungen in Schulen abgesagt worden. Die Begründung: Man könne nicht für ihre Sicherheit sorgen. Die Eishockeymannschaft Israels wurde Mitte Januar von allen Weltmeisterschaften des Eishockey-Weltverbandes IIHF ausgeschlossen – aus „Sicherheitsgründen“, wie der Verband mitteilen ließ.

Und auch der Journalismus ist nicht frei von solchem mehr oder weniger subtilen Antisemitismus. *Der Spiegel* veröffentlichte am 27. Januar eine sechsstufige Geschichte über eine Familie in Wandlitz, die ihr Haus verlassen muss. Ihre Vorfahren hatten es 1939 von Juden erworben – ein Zwangsverkauf unter unfairen Bedingungen. Die ursprünglichen – jüdischen – Eigentümerinnen, Alice Donat und Helene Lindenbaum, wurden verschleppt und in Auschwitz ermordet.

Jetzt erhebt die Jewish Claims Conference Anspruch auf das Haus. Die 83-jährige Gabriele Lieske ist die Heldin der Geschichte im *Spiegel*. Sie muss ihr Heim womöglich bald verlassen, weil eine jüdische Organisation, die die Interessen der Überlebenden vertritt, das Haus in Besitz nehmen will. Der Artikel insinuiert, dies sei ein Akt der Geldgier und Gnadenlosigkeit – wie wir das Judentum eben vermeintlich kennen! Das war der Beitrag des *Spiegel* zum Holocaust-Gedenktage, dem ersten Gedenktage der Befreiung von Auschwitz nach dem 7. Oktober.

Eigentümlich, wie sich die Perspektiven wenden. Wie auf einmal das Unsagbare, das Tabu, sagbar wird. Es scheint, als habe das Massaker vom 7. Oktober ein Schleusentor geöffnet. Der mörderische, grausamste Judenhasse ereignet sich in Israel, zieht einen Krieg in Gaza nach sich, den Israel nach

dem Erlittenen mit größter Entschiedenheit und Härte führt.

Die Folge ist nicht etwa Solidarität mit Israel, sondern dass Antisemitismus in aller Welt floriert, überdeutlich in der arabischen Welt, in Form von Vernichtungsdrohungen gegen Israel auf den Straßen Berlins. Aber eben auch in allen seinen subtilen Vorstufen, bewusst und unbewusst, gemein versteckt, verklausuliert und codiert.

Umgeben von einem Klima der Angst um die eigene Unversehrtheit kann sich der Judenhasse schnell ausbreiten. Wo schon der Besuch einer Gedenkveranstaltung am den 9. November 1938 als ein unkalkulierbares Risiko erscheint, da ist das Wegducken nicht mehr weit, wenn die Synagogen brennen.

Keine Kompromisse machen!

Was kostet uns also der Kampf gegen den Antisemitismus? Welchen Preis sind wir bereit zu zahlen – als Nachbarn, als Bürger, als Christen? Als Kirche schulden wir dem Judentum einen hohen Preis. Die Vergehen der Kirche am Judentum sind nicht zu messen – von den Antijudaismen des Neuen Testaments und der Kirchenväter über die Pogrome des Mittelalters, die Kreuzzüge, den mörderischen Judenhasse Martin Luthers bis hin zum Schweigen der kirchlichen Mehrheit während des Holocaust. Der Preis, den wir zahlen müssten,

ist zu hoch, als dass wir ihn jemals begleichen könnten.

Und doch kann jede und jeder Einzelne von uns heute mehr tun, als nur auf Vergeltung zu hoffen: Sei a Mensch. Das heißt konkret: Was das Judentum angeht, darf die Kirche keine Kompromisse machen. Der Zusammenarbeit mit der AfD muss sie bedingungslos klar eine Absage erteilen.

Die Kirche muss subtile Antijudaismen schonungslos enttarnen und ihnen entgegenreten.

Auch mit propalästinensischen Aktivisten der Israel-Boykottbewegung darf die Kirche keinen Dialog suchen – ihr schon gar nicht Räume zur Verfügung stellen. Anstatt sich moderierend zwischen die Parteien des Nahostkonflikts zu stellen, muss die Kirche nach dem 7. Oktober an der Seite Israels stehen. Subtile Antijudaismen muss die Kirche schonungslos enttarnen und ihnen entgegenreten.

All das geht auf Kosten einer Existenz in Komfort und Sicherheit, wie auch die Kirche sie seit Jahrzehnten gewohnt ist, auf Kosten von Ansehen, Beziehungen und Karriere. Wir dürfen die Juden nicht wieder verraten. Und es darf nicht sein, dass wir es den Juden überlassen, den Preis zu zahlen. \blacktriangleleft



Christlicher Glaube

Heute. Hier. Jetzt.

- Die Botschaften Jesu neu entdecken und erleben
- Mit Gedanken des Zen-Weges
- Praktische Übungen zur eigenen spirituellen Mitte

Thomas Hartmann
Jesus und das Jetzt
 Gebunden | 144 Seiten |
 18,5 x 12,8 cm
 € [D] 14,00 | € [A] 14,40
 978-3-7666-3667-6



Mehr entdecken

BUTZON  BERCKER

www.bube.de

Jetzt bestellen:

ursula.hinz@azb.de
Tel. 02832 929 162



Foto: Jens Schulze

„In einem existenziellen Abenteuer“

Die Gefahren eines zu kurz gedachten apokalyptischen Denkens und was die Kirche von den Heiligen lernen kann: Der zweite Teil des Interviews mit dem Dichter Christian Lehnert

zeitzeichen: *Herr Lehnert, es scheint eine gewisse Konstante in Ihrem Werk zu sein, auch in Ihrem neuesten Buch „Das Haus und das Lamm“, dass Sie von der Betrachtung der Natur zu grundsätzlichen Aussagen über das Leben, auch über die Religion und über die Beziehung zu Gott kommen. Glauben Sie, dass wir Menschen oder, vielleicht ein bisschen enger-gläubige Menschen nicht mehr genug auf die Natur schauen?*

CHRISTIAN LEHNERT: Der Blick in die Natur ist ein Blick ins Offene. Ich habe darin noch keine festen Kategorien, setze mich Fremdem aus. Der Blick in die Natur ist gleichzeitig ein Blick auf mich selbst. So sind auch die Naturgänge in meinen Texten Wege in die Fremde, in die Fremde der natürlichen Erscheinungen. Sie sind gleichzeitig Bewegungen, die ins Innere gehen und

danach fragen: Was sehe ich? Wie sehe ich etwas? Was zeigt sich mir? Natur und Deutung überlagern sich schon in der Wahrnehmung. Diesen Zwischenraum erkunde ich. Ich erkunde ihn bewusst als religiöser Mensch, weil mir von der Religion her, von religiösen Bildern, Mythen, Erzählungen sich die Natur anders darstellt. Ich glaube, dass der Blick in die Natur für gläubige Menschen gerade heute eine wichtige Übung ist: Sie führt in die Befremdung. Sie lehrt mich, dass ich mich öffnen muss, um etwas zu sehen, was ich nicht schon gesehen habe. Sie bringt mir bei, mit dem Unerwarteten zu rechnen.

In Ihrem Buch wird dem Geschehen im Heute die Apokalypse des Johannes zur Seite gestellt. Warum die Apokalypse? Das ist ja für Luther eber ein sperriges Buch. Wie kam es zu dieser Kombination?

CHRISTIAN LEHNERT: Es ist ein hoch umstrittenes Buch, das mich schon lange beschäftigt. Es ist einer der raffiniertesten poetischen Texte in der Bibel. Ich habe mein letztes Buch über Engel geschrieben ...

Da wollten Sie noch eines draufsetzen?

CHRISTIAN LEHNERT: Nun ja, Engel sind Grenzphänomene. Es sind Wesen, die mit einem Bein im Innern des Menschen stehen, als Imagination erscheinen können, aber mit dem anderen in einer Wirklichkeit, die mich überfällt. Die Engel verwirren Subjektivität und Objektivität. So war ich schreibend an Erfahrungsgrenzen unterwegs. Die Johannes-Apokalypse bezeichnet eine letzte Grenze, die allerletzte Grenze. Es geht in diesem Buch um

Erfahrungen, die niemand machen kann, weil sie das Ich auflösen, wie im Tod. Der Seher Johannes ist im Wortsinn „außer sich“, unbehaust in sich selbst. Dieser Ich-Erzähler ist unglaublich brüchig, sehr verunsichert, einsam. Er ringt um ein Selbst- und ein Geschichtsverständnis angesichts der radikalsten Fremdheitserfahrung, die es gibt: der Einbruch Gottes. Die Apokalypse liegt heute in der Luft in einer Zeit, in der die vertrauten Begriffe und Erzählungen nicht mehr recht greifen, nur noch Segmente erfassen, und wir fragen in neuer existenzieller Schärfe: Wer sind wir eigentlich? Was ist das, die Geschichte?

Die Apokalypse hat diese Doppelbedeutung: Etwas wird offenbar und etwas ist am Ende. Beides hat für Ihr Buch in dem Fall genau gepasst. Sind wir jetzt eber am Ende, oder wird eber etwas offenbar? Oder vermischt sich das auch wieder?

CHRISTIAN LEHNERT: Mit dem „Ende“ bin ich nicht so ganz einverstanden, weil die Johannes-Apokalypse gar kein Ende beschreibt, sondern eigentlich ein Ganzes, eine Allzeit-Erfahrung, eine Implosion der Zeit.

Aber es ist das Ende der Welt, wie wir sie kennen.

CHRISTIAN LEHNERT: Ja und nein. Natürlich ist es das Ende der Welt, aber die Frage ist ja: Wo steht der Autor? Wo stehen wir als Leser? Johannes befindet sich ja nicht außerhalb der Welt. Nein, er steht selbst im Geschehen drin, und weil er zugleich herausgerissen ist aus dem Horizont der Welt, erfährt er die Verkettung der Ereignisse als Endzeit. Aber was Johannes eigentlich treibt, ist etwas jenseits des Horizontes, etwas Allumfassendes, etwas, was mehr ist als Zeit, mehr als jedes Ende. Was gewissermaßen das Ganze ist. Wo Vergangenheit, Zukunft, Gegenwart gar nicht mehr zu unterscheiden sind.

Zeit ist da als Kategorie gar nicht existent?

CHRISTIAN LEHNERT: Johannes hat gar nicht das Ende der Zeit gesehen, sondern etwas jenseits der Zeit. Das ist natürlich unmöglich, und ich denke an eine Art mystischen Augenblick, in dem plötzlich alles in allem da ist. Und von dort her versuchte Johannes, etwas zu beschreiben. Das sind alles hilflose Annäherungen, was ich da sage: Ihm stellte sich das, was ist, in seiner Relativität dar, in seiner notwendigen Vergänglichkeit, in Flüchtigkeit. Zugleich war die Frage, was war und was kommt, was vorher und nachher sein soll, gar nicht mehr eindeutig zu beantworten. Machen Sie mich verständlich?

Doch.

CHRISTIAN LEHNERT: Johannes baut, wenn man genau hinschaut, gar keinen Erzählverlauf auf, sondern er öffnet einen Bilderbogen. Es sind statische Bilderfolgen: Zerstörungsvision, die Siegel und Plagen, und noch eine, noch eine. Und am Ende fragt man sich, wo kommen die Feinde des Lammes überhaupt noch her? Erzählerisch macht das überhaupt keinen Sinn.

Wenn wir nun aber den Transfer schaffen wollen: In was für apokalyptischen Zeiten leben wir? Im Vordergrund steht der drohende Klimakrieg und diese ganzen schlimmen Sachen. Es gibt eine Vernichtungsangst, aber das ist ja nicht alles.

CHRISTIAN LEHNERT: Wir stehen an Grenzen, an Abbruchkanten – und diese zeigen etwas: dass das Entscheidende jenseits unseres Horizontes liegt. Der wesentliche Gehalt der christlichen Hoffnung beginnt, so paradox es klingt, wo unsere Hoffnung endet. Dort agiert der undenkbbare Gott, dort öffnen sich Wege, die wir noch nicht kennen. Johannes, der Seher, trennt immer die Ebenen. Das eine ist die Logik der Geschichte, eine politische, eine gesellschaftliche Logik. Und das andere ist der Horizont des Heils. Johannes entwirft keine Geschichtsphilosophie, sondern er folgt einer Vision der Ganzheit von Schöpfung und Erlösung. Da sind wir in der heutigen Politik:

Wir neigen dazu, im Gefolge der großen Geschichtsphilosophien, den Sinn der Geschichte in ihr selbst zu verorten. Dann bekommen politische Situationen einen apokalyptischen Hauch. Das birgt große Gefahren. Den klassischen Fall habe ich als junger Mensch erlebt, in der DDR: Der Kommunismus als das Ende der Zeit galt als das große Jenseits, das neue Jerusalem. Und in dessen Namen war alles erlaubt, alle Repressalien. Ein Gesellschaftsentwurf wurde zur Religion.

Aber Endzeitvorstellungen gab es doch immer im Laufe der Jahrhunderte, etwa um das Jahr 1000 oder um das Jahr 1500.

CHRISTIAN LEHNERT: Ja, das war schon immer eine Versuchung, die das apokalyptische Denken beinhaltet, indem man sagte: Jetzt ist das, was Johannes schreibt, da.

Motto: Jetzt bricht das 1000-jährige Reich an.

CHRISTIAN LEHNERT: Das 20. Jahrhundert, dem die innere Syntax der Mythen unverständlich wurde, dieses Jahrhundert hat die Apokalypse im Empfinden säkularisiert. Das prägt uns bis heute. Wir reden schnell von Apokalypse, und das heißt dann: Jetzt ist Endzeit. Man muss Angst

Man sollte nicht infolge großer Geschichtsphilosophien den Sinn der Geschichte in ihr selbst verorten.

haben. Vor uns steht das absolute Ende, und wenn wir jetzt nicht radikal handeln, werden wir untergehen.

So etwas wie die „Letzte Generation“?

CHRISTIAN LEHNERT: Dort erscheint zumindest die Gefahr, dass sich drängende Fragen von ihrem Sachgrund lösen. Aber das gibt es in ganz verschiedenen Couleurs.

Aber dieses endzeitliche Denken ist ja von Anfang an eingestiftet in unseren Glauben, schon Jesus predigte: Die Zeit ist erfüllt.

CHRISTIAN LEHNERT: Ja, aber die Erfüllung der Zeit gehört eben nicht der Zeit an. Die biblischen Texte markieren immer eine Differenz: Wir wissen nicht Zeit und Stunde. Das ist ein urchristliches Wissen. Es geht beim Reich Gottes nicht um einen bestimmten Zustand in der Zeit, sondern das Reich Gottes ist hier und jetzt, genauso wie es uns vollständig entzogen ist. Es ist kein Ereignis in

Die Zeit ist nur eine partikulare Bewegung durch Zustände, die alle schon da sind.

der Zeit, sondern eine andere Dimension. Ein anderer Raum. Die Alten sagen dazu, ein anderer Äon. Wir könnten heute physikalisch sagen, eine andere Dimension, eine jenseits der Zeit. Das trifft sich übrigens mit bestimmten modernen Kosmologien, die von einer gleichzeitigen Gegenwart aller denkbaren Zustände des Universums ausgehen. Und Zeit ist dann nur eine partikulare Bewegung durch das Vorhandene hindurch, durch Zustände, die alle schon da sind.

Francis Fukuyama hat 1989 gesagt, dass jetzt das Ende der Geschichte da sei, nun haben die freie Welt und der Markt gesiegt.

CHRISTIAN LEHNERT: Die Idee vom Ende der Zeit in der Zeit hat viele Facetten. Im Neoliberalismus sieht man das ja ähnlich: Es gebe einen zwangsläufigen Fortschritt, der am Ende, wenn man nur allen Freiheit, allen Marktfreiheit lässt, in einen Zustand führt, wo Gleichheit und Glück herrschen und alles zur Ruhe kommt. Das meinte ich mit säkularisierter Endzeithoffnung. Zum ersten Mal wurde das in aller Tragik bei Thomas Müntzer deutlich. An der Schwelle zur Neuzeit, in der Situation des Bauernkrieges, als Menschen zunächst aufgrund von sozialen Verwerfungen aufbegehren gegen die Fürsteherrschaft. Plötzlich wurde daraus ein eschatologischer Moment: Die Bauern vor Frankenhausen erwarteten die Wiederkunft Christi in ihrer Schlacht. Darüber habe ich ein Theaterstück geschrieben, das in Weimar aufgeführt wurde.

Das Bauernkriegsjubiläum hatten wir gerade. Auch Ihr Buch, das Sie mit Michael Triegel gemacht haben, „Die Legenda aurea“ ist kübn: als evangelischer Theologe alte Heiligengeschichten herauszugeben, zu kommentieren und zu erläutern. Was hat Sie zu diesem Projekt geführt?

CHRISTIAN LEHNERT: An dieser Sammlung und an der Übersetzung habe ich parallel zu meinem Buch über die Johannes-Apokalypse *Das Haus und das Lamm* gearbeitet: Auch hier, in den alten Legenden, begegnete mir ein tastendes, suchendes Sprechen ins Offene. Die Heiligen sind radikal Suchende, die ihre gesamte Existenz aufgeben, um in eine Offenheit zu gelangen, in eine viel größere Weite des Daseins, wo sie Gottesnähe erwarten – das aber im radikalen Wagnis, in einem existenziellen Abenteuer. Sie geben ihre Identität auf, sie geben alle gesellschaftlichen Wertmaßstäbe auf ...

Die Heiligen geben häufig in die Armut.

CHRISTIAN LEHNERT: Ja, sie entziehen sich allen Kategorien mit dem Ziel einer Verwandlung, also einer Vorbereitung auf einen Zustand, den sie nicht kennen, an den sie aber glauben. Aber mehr haben sie nicht. Das hat mich fasziniert, dieses Abenteuerum. Das ist etwas, was wir in unserer heutigen Religiosität weitestgehend ausgespart haben. Religion ist für uns zunächst Beheimatung, Angemessenheit. Die Heiligen der „Legenda aurea“ wollten hinaus.

Nun sind Sie evangelischer Theologe: Braucht die evangelische Kirche mehr Heilige? Heiliges Denken oder heilige Denker?

CHRISTIAN LEHNERT: Ich könnte jetzt sagen: Ja. Aber damit wäre man schon in einer Logik, welche den Legenden ganz zuwiderläuft: Diese Heiligen in der „Legenda aurea“ sind überwältigt worden, sie haben etwas erfahren, was nicht verfügbar ist. In dem Wort „brauchen“ steckt aber eine heimliche Verfügbarkeit. Ja, natürlich brauchen wir das, die heiligen Aufbrüche der Gottsucher – aber das ist nichts,

Christian Lehnert, geboren 1969 in Dresden, verweigerte in der DDR den Wehrdienst und diente als Bausoldat. Er studierte Religionswissenschaft, Evangelische Theologie sowie Orientalistik unter anderem in Jerusalem. Lehnert war Pfarrer im sächsischen Müglitztal und von 2008 bis 2012 Studienleiter für Theologie und Kultur an der Evangelischen Akademie Sachsen-Anhalt in Wittenberg. Seit Mai 2012 ist er wissenschaftlicher Geschäftsführer des Liturgiewissenschaftlichen Instituts der VELKD an der Universität Leipzig. Lehnert hat zahlreiche Literaturpreise erhalten, unter anderem 2016 den Eichendorff-Literaturpreis. Im gleichen Jahr wurde ihm die Ehrendoktor-Würde der Theologischen Hochschule Augustana in Neuendettelsau verliehen.

was wir machen können. Bei diesen Heiligen kann man nur ein paar Schrittfolgen lernen, wie man sich spirituell öffnen kann. Das aber braucht unsere evangelische Kirche.

Können Sie das ein bisschen konkreter sagen?

CHRISTIAN LEHNERT: Erstens steigen die Heiligen aus allen Zählbarkeiten und Quantitäten aus. Aus Ökonomie, aus allem, was man irgendwie haben kann, was Besitz ist. Das ist eine christliche Aufgabe heute: skeptisch zu sein gegenüber der Allgegenwart quantitativer und ökonomischer Muster, auch und gerade in den Kirchen. Zweitens ziehen sich die Heiligen zurück. Ihr Weg hat etwas mit Einsamkeit und Zeitdistanz zu tun. Glaube in seiner Wesensenergie geht nicht in der Öffentlichkeit auf, sondern hat eine Dimension, die den Einzelnen, die einzelne Existenz betrifft. Die eigentlichen Glaubensfragen, die eigentlichen religiösen Abenteuer unternimmt der Einzelne und nicht die Gemeinschaft ...

Auch Jesus zog sich vor seinem ersten öffentlichen Auftreten erst einmal zurück.

CHRISTIAN LEHNERT: Ja, er zog sich in die Wüste zurück. Noch etwas: Die Heiligen konzentrieren sich auf Erfahrungen, die ihren Verstehenshorizont durchschlagen. Das heißt, sie haben keine konsistenten ideologischen Identitätskonzepte mehr. Die zerfallen erst einmal. Diese bilden sich dann wieder, bilden sich neu, aber am Anfang steht erst einmal der Zusammenbruch dessen, was wir Identität nennen.

Wir haben in dem Nachwort Ihres Buches zur „Legenda aurea“ drei Stichworte gefunden, wie Sie das beschreiben, was die Heiligen erleben oder was sie vereint. Geschichtsentzogenheit, Selbstverlust und pflanzenbafte Demut. Ist das auch eine gewisse Beschreibung Ihres eigenen Werks?

CHRISTIAN LEHNERT: Na ja ... Selbstverlust und pflanzliche Demut passen vielleicht. Denn das Schreiben kommt ja aus vergleichbaren Erfahrungen wie die, worüber wir gerade gesprochen haben. Es beginnt mit einer radikalen Verstörung. Ich schreibe ja nicht, um etwas möglichst klar und deutlich jemandem zu vermitteln,

Mein Schreiben entsteht, wo ich noch nicht habe, was ich sagen will.

sondern das Schreiben entsteht, wo ich noch nicht habe, was ich sagen will, wo ich unterwegs bin hinein in etwas, wofür mir die Worte noch fehlen. Dies geht einher mit verunsichernder, verstörender Wachsamkeit. Schreiben ist für mich dem Gebet zutiefst verwandt. ◀

Das Interview führten Philipp Gessler und Reinhard Mawick am 1. Februar in Leipzig.

Siehe auch den ersten Teil des Interviews in der April-Ausgabe von *zeitzeichen* und unter: www.zeitzeichen.net/node/11037

Direkte Demokratie wagen

Volksentscheide als wirksames Mittel gegen Politikverdross

JÜRGEN WANDEL

Das Vertrauen in Politiker und die Zustimmung zur Demokratie sinken, und es wächst die Unzufriedenheit mit der Bundesregierung aus SPD, Grünen und FDP. Umso aktueller ist, was Bundeskanzler Willy Brandt am 15. Januar 1970 in seiner Regierungserklärung sagte: „Wir wollen mehr Demokratie wagen!“ Jetzt, ein halbes Jahrhundert später, ist es an der Zeit, in Deutschland mehr direkte Demokratie zu wagen. Dies würde der Stimmung die Grundlage entziehen, Demokratie sei ein Projekt von Eliten, die auf die Anliegen der Bürgerinnen und Bürger nur vor Wahlen hören und eingehen.

In Deutschland können die Wahlberechtigten alle vier Jahre den Bundestag wählen. Aber dabei müssen sie sich für ein Gesamtpaket entscheiden, das die Partei ihrer Wahl anbietet. Und dies bedeutet eine Einschränkung der Freiheit. Ein konservativer Mensch, der eine demokratische Partei wählen oder ihr gar beitreten will, muss sich für die CDU und in Bayern für die CSU entscheiden – und damit auch für den Ausbau der Atomenergie. Und was ist mit denen, die aufgrund ihres konservativen, also skeptischen Menschenbildes die Atomtechnologie ablehnen, weil sie fehlbare Menschen überfordert? Bei einer Volksabstimmung könnten Konservative ihre Ablehnung ausdrücken und mit Anhängern anderer Parteien durchsetzen, ohne dass sie ihre grundsätzliche Nähe zu den Unionsparteien aufgeben müssen. Ähnliches gilt für diejenigen, die SPD, Grüne und FDP wählen, aber bestimmte Sachen anders beurteilen als ihre Partei. Und vielleicht würden manche Leute die AfD nicht wählen, könnten sie bei Volksabstimmungen über Anliegen mitentscheiden, die ihnen wichtig sind. Volksbegehren und Volksentscheide

erweitern die Freiheit der Wahlberechtigten. Und das kann Populisten den Nährboden entziehen. Zum einen würde deren Lüge entlarvt, nur sie würden „das Volk“ vertreten. Und sie müssten sich im

Vorfeld von Volksbegehren und Volksentscheiden den Argumenten ihrer Gegner stellen. Das setzt aber voraus, dass die Wahlberechtigten korrekt und verständlich über den Gegenstand einer Volksabstimmung und die verschiedenen Positionen dazu informiert werden. Dies ist in der Schweiz üblich.

Aber natürlich ist nicht auszuschließen, dass Populisten in einer Volksabstimmung obsiegen. So stimmten vor 15 Jahren 57,5 Prozent der Schweizer Wahlberechtigten dafür, den Bau von Minaretten zu verbieten. Aber das war nur möglich, weil die Schweiz kein Verfassungsgericht hat. In Deutschland hätte Karlsruhe ein entsprechendes Volksbegehren kassiert.

Vor drei Jahren votierte das Schweizer Volk mit 64,1 Prozent für die Öffnung der Ehe für Schwule und Lesben. Selbst im katholisch-konservativen Landkanton Appenzell Innerrhoden stimmten 50,8 Prozent mit Ja. Und die höchste Zustimmung gab es mit 74 Prozent im Kanton Basel-Stadt.

Zum Weiterdenken und Vertiefen sei das Buch der ehemaligen Bundesverfassungsrichterin Gertrude Lübke-Wolff empfohlen, das den Titel trägt: *Demophobie. Muss man die direkte Demokratie fürchten?* Gegner der direkten Demokratie verweisen oft auf den Brexit. Lübke-Wolff erinnert zu Recht daran, dass es ein großer Unterschied ist, ob gelegentlich – wie in Großbritannien – von oben ein Referendum angeordnet wird oder ob Abstimmungen aufgrund von Volksinitiativen – wie in der Schweiz – zur politischen Kultur gehören. ◀



Foto: Rolf Zöllner

Friedrich und der liebe Gott

Zum 250. Geburtstag eines Romantikers, der plötzlich „in“ ist

UWE MICHELSEN

Ein Hype um den romantischen Maler Caspar David Friedrich hat die Republik erfasst: ausverkaufte Ausstellungen und ein begeistertes Publikum. Der Journalist Uwe Michelsen geht dem Phänomen nach und zeigt Verbindungslinien zwischen der christlichen Theologie und der Bildkunst des heute so Gefeierten, der mutmaßlich in einem engen Kontakt mit dem Theologen Friedrich Schleiermacher stand.

Kurz nach seinem Tod war er so gut wie vergessen. Kein Hahn krächte nach dem zu Lebzeiten durchaus bekannten, wenn auch etwas verschoben wirkenden Maler. Selbst der um die vorletzte Jahrhundertwende erschienene 17-bändige Brockhaus erwähnte Caspar David Friedrich gerade noch mit einem Fünfzeiler. Es schien so, als wäre für alle Ewigkeit der romantische Maler dem Vergessen anheimgegeben. Das hat sich gewaltig geändert. Heute ist Friedrich in aller Munde. Der Wanderer über dem Nebelmeer hat Popstarqualitäten erlangt. Wie ist das zu erklären? Warum dieser Hype?

Die Hamburger Jubiläumsausstellung (vergleiche zz 1/2024) hat alle Erwartungen weit übertroffen: Karten für Führungen

ergatterte man überhaupt nur mit großem Glück, gewaltige Menschenansammlungen vor den 60 Gemälden und 120 Zeichnungen musste der Betrachtende in Kauf nehmen. Ende Februar (also fünf Wochen vor dem Ausstellungsende) musste die Leitung der Kunsthalle dann erklären: Nun sei alles ausverkauft. Selig, wer rechtzeitig gebucht hatte ... Zum Trost darf man sich in diesem Jubiläumsjahr Folgeausstellungen in Berlin (bis 4. August), in Dresden (24. August bis 17. November) und in seiner Heimatstadt Greifswald (ganzjähriges Festprogramm) anschauen. Ohne Tollkühnheit wage ich zu prognostizieren, dass der Hamburger Publikumserfolg sich fortsetzt.

Das gewaltige Echo auf diesen schon einmal „Totgesagten“ zeigt sich nicht nur in dem starken Museumsbesuch, sondern auch in den überraschenden Verkaufszahlen des Sachbuches „Zauber der Stille“ von Florian Illies. Seit Monaten ist diese Zeitreise zu dem Maler, der für die Deutschen laut Klappentext „die Sehnsucht erfand“, sowohl gedruckt als auch als Hörbuch auf den Bestsellerlisten ganz oben. In den Buchläden und Museumsshops ist die Freude groß. Kurz gesagt: Caspar David Friedrich ist „in“.

Die unerwartet positive Reaktion auf diese Art romantischer Malerei hat verschiedene Gründe: Vordergründig ganz

sicher der starke Naturbezug insbesondere der ikonisch gewordenen Ölbilder (Neben dem „Wanderer über dem Nebelmeer“ natürlich die „Kreidefelsen Rügens“). In Zeiten der allgegenwärtigen Klimadebatte und des damit einhergehenden wachsenden Umweltbewusstseins ist die Empfänglichkeit für derartige „Bilder“ nur zu verständlich. Friedrich sozusagen hochstilisiert zum Klimaaktivisten der ersten Stunde. Wie sehr dem Direktor der Hamburger Kunsthalle, Alexander Klar, an

Viele der Friedrich'schen Gemälde atmen die Sehnsucht nach einer heileren Welt aus.

der Solidarität mit Klimaschützern liegt, macht seine mehr als freundliche Reaktion auf den Anschlag gegen den „Wanderer im Nebelmeer“ der „Letzten Generation“ im März des letzten Jahres deutlich: „Wenn man als Museum relevant sein will, muss man mit solchen Aktionen leben“, sagte er in einem Interview im März 2023. Bleibt zu notieren: Das Bild blieb unbeschädigt. Der Öffentlichkeitseffekt war enorm. Die Relevanz bewiesen. Sehr viele der Friedrich'schen Gemälde atmen die Sehnsucht nach einer heileren Welt aus. Ja – es



Foto: picture alliance

wäre sicher keine Vergewaltigung der inneren Einstellung des Malers, bei ihm so etwas wie die Sehnsucht nach einem verlorenen Paradies als Beweggrund seiner Bildsprache zu finden. Theologisch übersetzt in unsere Zeit: In Caspar David Friedrichs Bildern atmet der ökumenische Geist des Engagements für die „integrity of creation“ („Bewahrung der Schöpfung“). Bilder mit dem weit gespannten Regenbogen über der Landschaft hat er immer wieder gemalt. Friedrich kannte seine Bibel. Und da war ihm die symbolische Bedeutung dieses verheißungsvollen Zeichens als Versprechen Gottes völlig klar. Der Regenbogen ist ein Handschlag des Schöpfers. „Solange die Erde besteht, soll nicht aufhören Saat und Ernte, Frost und Hitze, Sommer und Winter ...“ (Genesis 8,22).

Aber natürlich ist dem Maler auch die Bedrohung, die Gefährdung des Menschen durch Naturgewalten bewusst: Das „Eismeer“ (1823/24) mit dem hoffnungslos festgefrorenen Schiff verdeutlicht diese Erkenntnis. Das Dilemma menschlicher Existenz zwischen Himmel und Hölle, Schöpfungsidylle und Abgrund, ist immer wieder zum Greifen nah. Das macht die Modernität Caspar David Friedrichs aus. Er sieht die menschliche Existenz hin- und hergerissen zwischen Erkenntnis und Nihilismus.

Spiel von Licht und Schatten

Seine Antwort sucht und findet er im Religiösen. Allein ein Leben in „Demut“ – im Bewusstsein eigener Erlösungsbedürftigkeit – sei für den im christlich geprägten Greifswalder Elternhaus geborenen Künstler möglich. Dabei ist es interessant zu wissen, dass sein Vater Adolph Friedrich von Beruf Kerzenzieher war. Werkstatt und Wohnung befanden sich im Schatten des Domes, für den sein im lutherischen Pietismus verwurzelter Vater die Beleuchtungsmittel produzierte. Dieser mystisch wirkende Kerzenschein prägte sicher schon den jungen Caspar David. Das Spiel von Licht und Schatten, den Kontrast zwischen Hell und Dunkel hat er verinnerlicht. Darum kein Wunder: Diese Stimmung macht den Reiz sehr vieler seiner späteren Bilder

Kaufhauswerbung für die Caspar-David-Friedrich-Ausstellung in Hamburg, 2024.



Foto: picture-alliance/akg-images/Erich Lessing

Caspar David Friedrich (1774–1840): „Das Kreuz im Gebirge“ (Tetschener Altar).

aus. Sogar als Landschaftsmaler arbeitet er mit Vorliebe im Mondlicht oder bei Sonnenauf- oder -untergang. Die menschliche Gebrochenheit angesichts der verletzlichen Schöpfung, aber auch eine Haltung innerer Ehrfurcht lassen sich eben weniger gut im prallen Sonnenlicht als im Nebel oder Abenddunst abbilden. Diese Art der Empfindsamkeit sowie des Nachspürens und Nachsinnens macht den Naturmaler zum Romantiker oder – frei nach Florian Illies – zum „Zauberer der Stille“.

Nicht Faustischer Geist, sondern Demut als christliche Kardinaltugend ist das in schöner Regelmäßigkeit wiederkehrende Friedrich-Thema. Er verlässt die heroische Epoche der Weimarer Klassik und will des „Pudels Kern“ in der Einsicht des Nicht-

wissens finden. Besonders eindrücklich wird das in dem berühmten Kolossalgemälde „Mönch am Meer“ (1808/10). Es ist ein Glücksfall, dass vom Maler selbst „O-Töne“ vorliegen, in denen er sein

Es ist ein Glücksfall, dass vom Maler selbst „O-Töne“ über sein Werk vorliegen.

eigenes Werk interpretiert. „Es ist ein Seestück. Am Strand geht tief sinnig ein Mann im schwarzen Gewand. Möwen fliegen ängstlich schreiend um ihn her, als wollten sie ihn warnen, sich nicht auf das ungestüme Meer zu wagen ... Und sinnest du auch vom Morgen bis zum Abend, vom



Foto: picture alliance/Photoshot

Caspar David Friedrich: „Mönch am Meer“ (1808/1810).

Abend bis zur sinkenden Mitternacht: dennoch würdest du nicht ergründen das unerforschliche Jenseits! Mit übermütigem Dünkel meinst du der Nachwelt ein Licht zu werden, zu enträtseln der Zukunft Dunkelheit! Was heilige Ahnung ist, kann nur im Glauben gesehen und erkannt werden! Zwar sind deine Fußstapfen am öden, sandigen Strande; doch ein leiser Wind weht darüber hin. Und deine Spur wird nicht

Der „Mönch am Meer“ verhalf Caspar David Friedrich zu erstem Ruhm in der Künstlerszene.

mehr gesehen: törichter Mensch – voll eitlem Dünkel!“ (frei nach einer Abschrift aus Friedrichs Brief an Johannes Schulze, 1809)

Das Bild vom Mönch am Meer ist schon darum von besonderer Bedeutung, weil es ihm in der Künstlerszene zu erstem Ruhm verhalf. Heinrich von Kleist reagierte auf das Bild tief bewegt, es wirkte so stark auf einen ein, als würden einem „die Augenlider weggeschnitten“. Bei dessen Entstehung – es sind immerhin zwei Jahre, in denen Friedrich das Bild auf seiner Dresdner Staffelei stehen hat – ändert sich die Gestaltung und damit die Bildausage enorm. Ursprünglich waren Fischer und deren Boote neben dem „einsamen“ Menschen am Strand zu sehen. Moderne Infrarottechnik zeigt genau die jeweiligen massiven Veränderungen. Das Bild zeigt

nach dem Übermalen im Prinzip nur noch die Verlorenheit des einzelnen Menschen angesichts der sich ausschweigenden Natur. Warum diese radikale Reduzierung? Intensive Gespräche mit Friedrich Daniel Schleiermacher sollen entscheidender Beleggrund für diese Veränderungen sein.

Schon als Schleiermacher 1798 in Berlin seine epochemachende Schrift „Über die Religion. Reden an die Gebildeten unter den Verächtern“ (unter Pseudonym!) entwirft, könnte es zu einer ersten Begegnung zwischen dem Theologen und dem Maler gekommen sein. Denn in diesem Jahr besucht Caspar David Friedrich in Berlin seinen aus Greifswald stammenden Jugendfreund Georg Andreas Reimer, den Verleger der Predigten und später Wohnungsvermieter Schleiermachers. Der Kunsthistoriker (und einer der besten Friedrichkenner) Werner Busch hält es für wahrscheinlich, dass es schon damals zu einem anregenden intellektuellen Austausch zwischen den Geistesgrößen gekommen sei. Wer weiß, wer weiß?

„Vom Fleck weg“ gekauft

Die dann entscheidende Begegnung findet nachweislich im Jahr 1810 statt. Der aufstrebende Theologieprofessor Schleiermacher war damals frisch berufenes Mitglied der Sektion für den Öffentlichen Unterricht und war damit zuständig für die Akademieaufsicht und die Organisation der Berliner Kunstaussstellung. In

dieser Funktion besucht der Theologe im September 1810 den Maler in seinem Dresdner Atelier, auf dessen Staffelei die berühmten Bilder „Mönch am Meer“ und „Abtei im Eichwald“ stehen. Es muss zu einer intensiven und äußerst anregenden Diskussion zwischen Schleiermacher und Friedrich gekommen sein. Denn kurz darauf hat der Maler die oben genannten Reduzierungen vorgenommen. Ende September 1810 sind dann beide Bilder in der Ausstellung zu sehen und werden „vom Fleck weg“ von König Friedrich Wilhelm III. gekauft. Wie es heißt, habe der 15-jährige Kronprinz seinen Vater bekniert, diese für damalige Zeiten hochmodernen Werke zu erwerben. Bis heute gehören beide Bilder zu den prominenten Schätzen der Berliner Nationalgalerie.

Genauere Kenntnis der Theologie Schleiermachers und der Bildtheorie Friedrichs erlauben den Schluss, dass sich hier zwei kongeniale „Geister“ getroffen haben. Während der philosophisch argumentierende Theologe den springenden Erkenntnispunkt im „religiösen Gefühl“ sieht, definiert auch der Maler seine Kunst ganz ähnlich. Nicht das, was vor dem bloßen Auge rein physikalisch erkennbar ist, wird auf die Leinwand übertragen, sondern das, was sich dem Künstler vor seinem „inneren Auge“ zeigt – was er also quasi erfühlt! –, sei Gegenstand des wahren Kunstwerkes. Der Künstler müsse in die Natur „hinein sehen“. Es gilt nach Caspar David Friedrich das „Gefühl als Gesetz“ (so 1830 in

seinen „Äußerungen bei Betrachtung einer Sammlung von Gemälden“).

Auf den Punkt gebracht: Was Schleiermacher predigte, brachte Friedrich auf die Leinwand. Das mag ein Grund für die Begeisterung unserer Zeitgenossen für diese Art Romantik sein. In den heutigen oft als kalt empfundenen und technisch definierten Zeiten mag darum die Wiederentdeckung echter Gefühle herbeigesehnt sein. Ein bisschen Seelenwärme tut gut.

Der an der lutherischen Kreuzestheologie ausgerichtete Glaube Friedrichs wird exemplarisch im damals höchst umstrittenen „Tetschener Altar“ deutlich (siehe Seite 17). Ursprünglich wollte der im damals schwedischen Greifswald geborene Maler seinem König Gustav Adolf IV. als Retter des Protestantismus und unbeugsamer Widersacher gegen napoleonische

Mit dem „Tetschener Altar“ brach Caspar David Friedrich einen fulminanten Streit vom Zaun.

Machtgelüste ein „frommes“ Altarbild im modernen lutherischen Outfit schenken. Ganz unpräzise.

Das Ergebnis: ein Kreuz mit abgewandtem Korpus mitten in einer Berglandschaft. Ohne jeden Verweis auf klassische Kreuzdarstellungen. Bildgegenstand: ein Kreuz. Ein Berg. Tannen. Strahlen der untergehenden Sonne. (Ironie der Geschichte: Der lutherische schwedische König wurde in die Wüste geschickt, das fromme Bild erwarb ein katholischer böhmischer Graf.)

Mit diesem Bild brach Friedrich einen fulminanten Streit vom Zaun. Seine Kunst rief die Konservativen auf den Plan: denn „damit krieche die Landschaft auf die Altäre“. Doch diesen Vorwurf ließ der Maler nicht auf sich sitzen. O-Ton Friedrich: „Es starb mit Jesu Lehre eine alte Welt ... Diese Sonne sank ... Auf einem Felsen steht aufgerichtet das Kreuz, unerschütterlich fest, wie unser Glaube an Jesum Christum. Immer grün durch alle Zeiten.“

Summa: Was der Theologe Schleiermacher zur Erneuerung der Theologie durch Gefühl und Anschauung des Universums beitrug, drückte Friedrich mit seiner Malerei aus. Vielleicht erreicht er gerade darum in unseren Zeiten unter den religiösen Skeptikern die „Gebildeten unter ihren Verächtern“. Wer weiß, wer weiß? ◀

CHRISTIANE TIETZ

„Die Würde des Menschen ist unantastbar“ Des Grundgesetzes wichtigster Gedanke und das Christentum

Die Väter und Mütter des deutschen Grundgesetzes sahen sich 1948/49 vor einer für die Zukunft Deutschlands entscheidenden Aufgabe: Wie kann verhindert werden, dass jemals wieder durch formal korrekte demokratische Verfahren ein totalitärer, menschenfeindlicher, nationalsozialistischer Staat aufgerichtet wird? Sie erkannten: Demokratie ist nicht nur eine Frage von Mehrheiten. Zur Demokratie gehören Menschenrechte zwingend hinzu. Sie dürfen nie zur Disposition gestellt werden können.

Artikel 1 „Die Würde des Menschen ist unantastbar“ formuliert diese Erkenntnis prägnant. Aus ihr leitet das Grundgesetz die allgemeinen Menschenrechte und die den Staat bindenden Grundrechte ab. Die sogenannte Ewigkeitsklausel stellt sicher, dass selbst durch eine Mehrheit der Grundsatz der Unantastbarkeit der Menschenwürde nicht abgeschafft werden kann. Man lese genau: Es ist von der Würde des Menschen die Rede. Es heißt nicht: Die Würde des Deutschen ist unantastbar. Nein, das Grundgesetz geht von der Würde jedes Menschen aus. Sie zu achten und zu schützen ist die Aufgabe staatlichen Handelns.

Lange diskutierte man 1948/49 darüber, ob für die Unantastbarkeit der Menschenwürde ein Gottesbezug erforderlich sei. In der Weimarer Verfassung von 1919 stand weder eine Anrufung noch eine Nennung Gottes. In den Nachkriegsdebatten zum Grundgesetz stritten deshalb viele dafür, Menschenwürde und Menschenrechte ausdrücklich in „ewigen, von Gott gegebenen Rechten“ zu begründen. Andere waren sich nur allzu bewusst, dass auch im Namen Gottes menschenfeindliches unternommen wird. Manche sahen die Gefahr, dass ein Gottesbezug die menschliche Verantwortung zugunsten derjenigen Gottes relativiere.

Genau darum ist die schließlich gewählte Präambel-Formulierung „im Bewusstsein seiner Verantwortung vor Gott und den Menschen“ ausgesprochen glücklich. Denn sie schließt menschliche Verantwortung nicht aus, sondern ein. Und sie spitzt diese zu, weil sie vor die Verantwortung vor den Menschen (auch hier wieder nicht nur: vor den Deutschen) die Verantwortung vor Gott stellt. Damit markiert sie eine durch nichts relativierbare Verantwortungsinstanz. Immer wieder wird die

These vertreten, der Gottesbezug in der Präambel des Grundgesetzes widerspreche der Religions- und Gewissensfreiheit aus Artikel 4 Absatz 1 und der weltanschaulichen Neutralität des Staates. Dabei wird aber übersehen, dass zwischen der religiösen Überzeugung der Autoren des Grundgesetzes und dem, was sich für sie daraus an Freiheitsrechten ergab, zu unterscheiden ist. Viele von ihnen waren Christenmenschen und sahen ein göttliches Gegebensein der Würde und Rechte als entscheidenden Grund dafür, dass diese menschlichem Zugriff entzogen sind. Gerade von dorthin begründeten sie auch die Religions- und Gewissensfreiheit. Die Mütter und Väter verlangten nicht, dass alle diese Begründung teilten. Die Werte im weltanschaulich neutralen Staat sind „begründungsoffen“ (Wolfgang Huber). Damit ist aber auch eine christliche Begründung möglich, die die Überzeugung ausdrückt, dass durch die Demut vor der höchsten Instanz Gott die Gefahr eines totalitären Staates gebannt werden kann. ◀



Foto: privat

These vertreten, der Gottesbezug in der Präambel des Grundgesetzes widerspreche der Religions- und Gewissensfreiheit aus Artikel 4 Absatz 1 und der weltanschaulichen Neutralität des Staates. Dabei wird aber übersehen, dass zwischen der religiösen Überzeugung der Autoren des Grundgesetzes und dem, was sich für sie daraus an Freiheitsrechten ergab, zu unterscheiden ist. Viele von ihnen waren Christenmenschen und sahen ein göttliches Gegebensein der Würde und Rechte als entscheidenden Grund dafür, dass diese menschlichem Zugriff entzogen sind. Gerade von dorthin begründeten sie auch die Religions- und Gewissensfreiheit. Die Mütter und Väter verlangten nicht, dass alle diese Begründung teilten. Die Werte im weltanschaulich neutralen Staat sind „begründungsoffen“ (Wolfgang Huber). Damit ist aber auch eine christliche Begründung möglich, die die Überzeugung ausdrückt, dass durch die Demut vor der höchsten Instanz Gott die Gefahr eines totalitären Staates gebannt werden kann. ◀

Christiane Tietz ist Professorin für Systematische Theologie an der Universität Zürich und Herausgeberin von *zeitzeichen*.

Einladen oder zulassen?

Kirchlicher Segen im Horizont der mutigen Gnade Gottes

BEATE HOFMANN

Welche Logik leitet unser Handeln in den Amtshandlungen, und wie lassen sich verschiedene Logiken verbinden? Beate Hofmann, Bischöfin der Evangelischen Kirche in Kurhessen-Waldeck, über die heutigen Sichtweisen kirchlicher Kasualfeiern und die damit einhergehenden Kirchenbilder.

Kasualien sind derzeit ein Schauplatz für den Streit verschiedener Kirchenbilder. Viele Pfarrpersonen erleben Kasualien als sehr ambivalent: Einerseits kommen sie dabei mit sehr unterschiedlichen Menschen in hochemotionalen Momenten in Kontakt. Sie erleben diese Möglichkeit zur Lebensbegleitung als sinnvoll und befriedigend. Gleichzeitig sind sie mit steigenden Ansprüchen an Kasualfeiern konfrontiert. Das Desiderat der Authentizität und Einzigartigkeit in der singularisierten Gesellschaft schlägt sich im Wunsch nach individuell gestalteten, ganz auf die persönlichen Wünsche eingehenden Kasualfeiern nieder. Ein Pochen auf Zuständigkeiten oder Regeln wie dem Fotografierverbot oder der Taufe im Gemeindegottesdienst werden nicht mehr verstanden. Oft wandern Segensuchende dann ab zu „freien“ Rednern und ihren Angeboten.

Schmerzvoll und enttäuschend

Andererseits verbinden sich mit Kasualien auch Ärger- und Wutgeschichten: Da tritt der Taufvater 14 Tage nach der aufwändig gestalteten Taufe aus und betont im Gespräch: „Das ist überhaupt nicht gegen Sie persönlich gerichtet. Wir müssen halt sparen.“ Die Verknüpfung von Segens- und Mitgliedschaftsfragen führt in Widersprüche, die als schmerzvoll und enttäuschend erlebt werden.

Darum streiten wir im Blick auf Kasualien über die Frage: Lassen wir zu oder laden wir ein? Fragen wir zuerst nach der Kirchenmitgliedschaft, um zu entscheiden, ob jemand getraut, beerdigt oder Taufpate werden kann – das wäre die Zulassung.



Oder bieten wir Segen und Begleitung an, ohne Bedingungen zu stellen? Das wäre die Einladung.

Schon länger schwirrt in diesem Zusammenhang durch unsere Kirche der Ruf, über Zugehörigkeit zu Kirche vielfältiger zu denken. Der ehemalige EKD-Vizepräsident Thies Gundlach schrieb schon vor einiger Zeit, der Begriff der Zugehörigkeit erlaube verschiedene Grade der Verbindlichkeit und Intensität der Bindung. „Zugehörigkeit“ würde als offener und freier empfunden als „Mitgliedschaft“. Zugehörigkeit sei „eine

Zukunftskategorie, weil sie Engagement und Beheimatung verbindet, ohne zugleich die Frage nach Identifikation und Verantwortung für die Organisation beziehungsweise Institution zu stellen.“ (zz 2018/10)

Die Herausforderung für die Kirche liegt darin, diesem situativ entstehenden Gefühl der Zugehörigkeit Gelegenheit zum Ausdruck zu bieten. In unserer kurhessischen Landeskirche war die Landesgartenschau 2023 so ein Ort. Chor- oder Kunstprojekte, Friedensgebete oder Pilgerwege bieten diese Gelegenheit, für manche auch

Rembrandt van Rijn:
„Das Gleichnis
vom verlorenen Sohn“
(um 1642).



Foto: picture alliance/akg-images

der Präsenz, die auch andere Formen der Zugehörigkeit überhaupt erst ermöglicht. Darum forderte Thies Gundlach 2018: „Wir brauchen eine überzeugendere Verhältnisbestimmung zwischen verlässlichen und fluiden Formen der Zugehörigkeit. Denn ohne qualifizierte Theologie, ohne refinanzierte Strukturen, ohne wiederauffindbare (Kirchen-)Orte und erkennbare Rituale wird sich auch keine Zugehörigkeit etablieren.“

Daraus ergibt sich die weitreichende Frage: Halten die, die sich verbindlich zugehörig fühlen, es aus, dass andere in anderen Formen von Zugehörigkeit leben oder erodiert dadurch auch das Modell von dauerhafter Zugehörigkeit mit regelmäßigem Mitgliedsbeitrag?

Diese Frage lässt sich am Beispiel der Erzählung vom verlorenen Sohn reflektieren (Lukas 15,11-32). Das Gleichnis lässt offen, ob der ältere Sohn an seiner Enttäuschung über die väterliche Gnade festhält oder ob er sich auf die bedingungslose Liebe seines Vaters einlassen kann. Können die zwei verschiedenen Logiken in Einklang gebracht werden, die Logik der Treue und die Logik der Gnade?

Logik der Gnade

Die Logik der Treue lebt aus Kontinuität und Berechenbarkeit: Der ältere Sohn hat sich entschieden, auf dem Hof zu bleiben, dort mitzuarbeiten und eigene Wünsche zurückzustellen. Er bleibt dem Vater und dem Familienerbe treu. Die Logik der Gnade zeigt sich in der grenzenlosen Liebe des Vaters zu seinen Kindern: Dass der jüngere Sohn zurückkehrt, ist ihm wichtiger als Schuld und Ökonomie. „Als er aber noch weit entfernt war, sah ihn sein Vater und es jammerte ihn, und er lief und fiel ihm um den Hals und küsste ihn.“ (15,20)

Die Logik der Treue kann auch ohne Gnade existieren, doch dann verliert sie ihr Einfühlungsvermögen. Die Logik der Gnade hofft darauf, dass die Treuen die Wiedernäherung der Distanzierten mittragen. Der jüngere Sohn kann nur zum Vater und in die Hofgemeinschaft zurückkehren, weil dieser Hof von den Treuen weitergeführt wurde.

Die Treuen werden dies nur bejahen, wenn ihnen ihre lebensbegleitenden Feste erhalten bleiben – sonst ist ihr Zorn erwartbar: „Siehe, so viele Jahre diene ich dir (...), und du hast mir nie einen Bock gegeben, dass ich mit meinen Freunden fröhlich

wäre“, murrte im Gleichnis der ältere Sohn. (15,29)

Wie können diese unterschiedlichen Gruppen eine Haltung gegenseitiger Akzeptanz finden, statt sich voneinander abzugrenzen und um Anteile pastoraler Aufmerksamkeit zu rangeln? Können wir die Logik der Treue als Rückgrat der Kirche so gestalten, dass wir uns gleichzeitig in der Verkündigung ausrichten in der Logik der Gnade? Können wir Trost und Segen ohne die Erwartung anbieten, Mitglieder nach der Logik der Treue zu gewinnen?

Die Logik der Treue verlangt weiterhin Mitgliedschaft in der Kirche mit der Pflicht zur fairen Mitfinanzierung, sei es als Kirchensteuer oder durch verlässliche Alterna-

Bei der Kindertaufe erfolgt die Antwort des Menschen auf Gottes Zuspruch stellvertretend durch Eltern und Paten.

tivmodelle. Die Logik der Gnade mit ihrer Zugehörigkeit „von Fall zu Fall“ kann diese Grundfinanzierung durch freiwillige Beiträge ergänzen, etwa durch Spenden und kleinere Beiträge zu Fördervereinen.

In meiner theologischen Perspektive muss in einer auf das Evangelium bezogenen Kirche die Logik der Gnade prioritär sein. Denn sie steht am Anfang der Beziehung zu Gott. Gottes Gnade ist bedingungslos und voraussetzungslos. Im Unterschied zur Rede von Liebe, die von Resonanz und Gegenseitigkeit lebt, ist Gnade etwas Einseitiges: Sie wird geschenkt, ohne Anspruch und Gegengabe. Das ist das Risiko der mutigen Gnade Gottes, die im segnenden Handeln der Kirche Gestalt gewinnt.

Besonders drängend stellt sich diese Frage bei der Taufe. Andere Kasualien können im Sinn der Einladungslogik mit fluider Zugehörigkeit gelebt und gestaltet werden. Die Taufe ist in besonderer Weise vielschichtig. Die Taufe ist nicht nur Segenshandlung, sondern auch Sakrament. Glaube und Zeichenhandlung, Zuspruch Gottes und Antwort des Menschen sind in besonderer Form verknüpft und haben besondere Folgen: die Zugehörigkeit zum Leib Christi und die Mitgliedschaft in der Kirche.

Durch die Entscheidung für die Kindertaufe hat die evangelische Kirche seit Martin Luther die Taufe als Handeln auf Hoffnung hin gestaltet. Die Antwort des Menschen auf Gottes Zuspruch erfolgt stellvertretend durch Eltern und Paten.

digitale Communities. Damit entsteht ein Nebeneinander von lebenslang Verbundenen, die treu Kirchensteuer bezahlen, gelegentlich am Gemeindeleben teilnehmen und eine gute Begleitung durch zugewandte Kasualien und Beistand in Krisen erwarten. Daneben gibt es Menschen mit situativen Formen der Zugehörigkeit. Das führt uns in ein Dilemma.

Die evangelische Kirche in ihrer gegenwärtigen Gestalt in Deutschland braucht die verbindliche Form der Zugehörigkeit und Finanzierung als Basis für eine Struktur

Im Vordergrund steht die bedingungslose Annahme und Zuwendung Gottes.

Was bedeutet das für die Gestaltung von Taufen? An der Taufhandlung selbst verändert sich durch veränderte Kontextbedingungen nichts. Die Taufgespräche etwa bei Drop-in-Taufen (vergleiche *zeitzeichen* 11/2022) und Tauffesten zeigen: Der Taufwunsch ist bei den Menschen in einer inneren Vorbereitung lange gereift, bevor sie sich auf den Weg machen. Spannend ist die Frage der Mitgliedschaft. Durch die Taufe wird ein Mensch Teil der Kirche Jesu Christi in ihrer unsichtbaren wie in ihrer sichtbaren Gestalt. Dass daraus eine konkrete Form der Mitgliedschaft mit Pflichten und Rechten, Zugehörigkeit zu



Foto: epd-bild/jens Schulze

Tauffest im Strandbad Hemmingen bei Hannover (Mai 2022).

nicht verlangt „Werdet wie wir“, sondern ohne Vorbehalte auf Menschen zugeht und das Evangelium verkündigt, diakonisch handelt und segnet.

Eine veränderte Kasualpraxis wird die parochiale Kirchengemeinde in ihrer bisherigen Form nicht retten. Einladende Taufpraxis wird auch die sinkenden Mitgliedszahlen nicht ausgleichen. Aber die Begleitung von Lebensschwelen und die Weitergabe von Gottes Segen sind wesentliche Kontaktflächen zu Kirche. Hier kann sich zeigen, wie Gott Menschen begegnet: mit einem Horizont, der über die eigene Geschichte hinausweist, in einer Kraft, die über die eigene Kraft hinausgeht.

Wie gehen wir mit dem Schatz des Segens um? Hüten wir ihn mit regulierten Zugangsmöglichkeiten, oder teilen wir ihn freigiebig, weil die Menschen diesen Schatz brauchen und er uns genau dazu anvertraut ist?

Wenn wir das segnende Handeln der Kirche als eine zentrale Aufgabe der Lebensbegleitung begreifen, dann hat das Folgen, zum Beispiel für die Rolle und Arbeitsgestaltung von Pfarrpersonen. Persönliche Kasualgestaltung ist aufwändig. In der Muster-Dienstbeschreibung für den Gemeindepfarrdienst der EKKW sind 8,5 Stunden für einen Gottesdienst und 5 Stunden für eine Amtshandlung einschließlich Seelsorge vorgesehen. Wenn

wir eine Kasualie als zentrale Kontaktfläche für 89 Prozent unserer Kirchenmitglieder ernst nehmen, sollten sich unsere Pfarrpersonen dafür mehr Zeit nehmen dürfen. Das können sie nur, wenn sie an anderer Stelle weniger Zeit aufbringen müssen.

Die zunehmende Zahl an nicht besetzten Pfarrstellen wird uns zusätzlich herausfordern. Neben vernetzter Praxis in Kooperationsräumen erproben einige Landeskirchen derzeit das Modell von Kasualagenturen. Sie sind ein Versuch, Segen vielfältig und leicht zugänglich zu teilen.

Wer eine Amtshandlung außerhalb seiner Wohnortgemeinde wünscht, benötigt dafür ein „Dimissoriale“. Wir sollten den Umgang mit dem Dimissoriale überprüfen und eine möglichst unbürokratische Handhabung entwickeln, es vielleicht sogar abschaffen!

Hohe Resonanz

Fragen der Gestaltung von Kirchenmitgliedschaft können Landeskirchen nicht allein entscheiden, das ist eine gesamtdeutsche und ökumenische Aufgabe. Aber jede Landeskirche kann „Zugangsregeln“ zu Kasualien setzen und über finanzielle Fragen nachdenken, zum Beispiel über eine finanzielle Regelung für „Nichtkirchensteuerzahler“ und über passende Spendentools.

Die Taufkampagne der EKD im vergangenen Jahr hat eine ungewöhnlich hohe Resonanz erfahren. Mit solchen Aktionen zeigen wir: Wir ziehen uns als Kirche nicht zurück in die Wagenburg der Hochverbundenen und feiern mit engen Mitgliedschaftsregeln Feste für die, die so dazugehören wollen. Wir gehen hinaus in den öffentlichen Raum, bieten Begegnung mit dem Segen Gottes und stellen uns missional in das Risiko der Gnade Gottes, die verschenkt, ohne zu erwarten. ▽

Eine veränderte Kasualpraxis wird die parochiale Kirchengemeinde nicht retten.

einer Parochie und Kirchensteuern folgt, hat sich in den letzten Jahrhunderten entwickelt. Diese Bedingungen sind aber nicht theologisch zwingend.

Die jüngste Kirchenmitgliedschaftsuntersuchung (KMU 6) zeigt deutlich: Zugehörigkeit entsteht nicht durch Übereinstimmung in der Lehre, sondern in Beziehungen, durch Engagement wie im Kirchenasyl, im Seniorencafé, im Chor oder in der Konfiarbeit. Glaubens-Bildung ist der zweite, gewiss notwendige Schritt. „Belonging before believing“ nennt das die anglikanische Kirche: Die meisten gehören erst zu kirchlichen Gemeinschaftsformen, bevor sie sich mit Glaubensfragen beschäftigen.

Kirchliche Bindung erwächst in vielen Fällen nicht mehr in den Familien und fern vom Wohnort. Sie entsteht da, wo Kirche Gast wird, sich fremden Bedingungen aussetzt und auch wieder geht. Kirchliche Bindung bildet sich, wo Kirche vom anderen

Die **Kirchengemeinde St. Thomas zu Leipzig** – eine der großen Innenstadtkirchen Leipzigs und Hauptwirkungsstätte des Thomanerchores – schreibt ihre

1. PFARRSTELLE

zum nächstmöglichen Zeitpunkt aus. Interessenten und Interessentinnen melden sich bitte bis zum **17.05.2024** bei Superintendent Sebastian Feydt (Sebastian.Feydt@evlks.de; Tel. 0341 212009430) oder dem Vorsitzenden des Kirchenvorstandes Stefan Hüneburg (stefanhueenburg@aol.com, Tel. 0341 30879410). Gemeinde und Kirchenvorstand von St. Thomas freuen sich auf Ihre Bewerbung.

www.thomaskirche.org/glauben/aktuelles/detail-news/stellenausschreibung-erste-pfarrstelle

THOMAS
KIRCHE



Den Frieden verfehlt

Es ist Gottes Feindesliebe, durch die wir als „Gottes Kontrahenten“ umkehren können

MATTHIAS-W. ENGELKE

Thema verfehlt“, so könnte man unter die Veröffentlichungen schreiben, die in den letzten Jahren von der Evangelischen Kirche in Deutschland sowie im Rheinland zur Friedensethik erschienen sind. Warum? Weil dabei das ausgesprochen christliche Friedensverständnis nur ganz am Rande vorkommt. Was ist damit gemeint?

Wurzelnd in jüdischen Traditionen wird der Friede im Neuen Testament weder als ein Ziel noch als ein Weg und erst recht nicht als ein Ideal verstanden. Der Friede begegnet zwischen Menschen: Der Friede ist personal (Eugen Biser). Er hat ein Gesicht und trägt einen Namen: Jesus von Nazareth. Das ist die Entdeckung der jungen Christenheit (Eph 2,14), angeregt durch Überlieferungen, die in unseren Kirchen besonders in der Adventszeit und zu Weihnachten erklingen.

Die Botschaft wird vernommen, aber verbleibt merkwürdig fremd. In Jes 9,5 und Mi 5,4 ist der Friede ein Name für einen Menschen, vgl. Ri 6,24. Das ist kaum nachvollziehbar. Zu stark ist die Tradition, die den Frieden als ein Ziel oder ein Ideal beschreibt. Aber damit wird der Friede der Macht und Herrschaft ausgeliefert. Dann wird der Friede ver-gewaltigt und zur Rechtfertigung von Kriegen und Gewalttaten missbraucht.

Die biblischen Botschaften öffnen den Blick dafür, zu entdecken, dass es um ein anderes Geschehen geht. Es hat mit Jesu Botschaft von Gottes neuer Welt zu tun. Das ist der Lebensbereich der Barmherzigkeit. Es geht um den Anbruch dieses Lebensbereiches, seinen Anfang mitten in unserer Realität. Wo immer sich dieses ergibt, gleich ob zwischen Zweien oder Mehreren: Dort ereignet sich der Friede, von dem Jesus spricht. Menschen können ihn leben, sofort, unabhängig davon, was sie zuvor getan oder unterlassen haben. Das gilt sogar, wenn Schändliches getan und etwas sträflich unterlassen wurde. Wo dieser Friede

de Jesu Raum greift, entsteht ein Zeugnis dafür, was menschliches Leben menschlich macht.

Zu Jesu Botschaft gehört das Doppelgebot der Liebe – liebe Gott und deinen Nächsten wie dich selbst – und gehört die Feindesliebe. Sie darf nicht fehlen. Sonst müssten wir zum Beispiel die Geschichten von Jesu Begegnung mit dem Zöllner Zachäus (Lk 19) oder mit dem römischen Besatzungshauptmann (Mt 8) aus den Evangelien streichen. Feindesliebe macht uns gottgleich (Marco Hofheinz): „Seid barmherzig, wie euer Vater im Himmel barmherzig ist“ (Lk 6,36). Wo sie entfällt, stehen Menschen in Gefahr, aus Gott einen Götzen und aus dem Glauben einen Kult zu machen. Durch Jesu Botschaft haben Menschen begriffen, dass es Gottes Feindesliebe ist, warum

wir – als Gottes Kontrahenten – umkehren können, neu anfangen dürfen, als Verwundete heilen und selbst als Unleidliche in der Lage sind, das Leid anderer zu tragen.

Die Botschaft Jesu befähigt einen, empfindsam dafür zu werden, wo ich selbst dem Frieden – mit meinem Tun und dem was ich unterlasse – im Wege stehe und stand. Es geht um die Freiheit, der eigenen Schuld zu begegnen, und die Freiheit, sich der Bedürftigkeit in der Vergebungsbite auszuliefern. Damit aber wird auch ein Weg erkennbar, der zum Feind führt, weil sichtbar wird, worin ich selbst von anderen als feindlich wahrgenommen werden kann. Dieser Perspektivwechsel vollzieht nach, was in der christlichen Theologie als die Kenosis Gottes und Theosis des Menschen verstanden wurde – die Selbsterniedrigung Gottes in dem Menschen Jesus von Nazareth und das Gottgleich-Werden im Glauben in Christus. In

der Selbsterniedrigung Gottes nimmt Gott die menschliche Perspektive ein, und in der Theosis werden wir in die Sicht Gottes hineingenommen, die die ganze Welt der

Barmherzigkeit bedürftig erscheinen lässt. Denn Gottes Selbsterniedrigung schloss den Tod nicht aus, im Tod Jesu durch die römische Obrigkeit. Jesus wurde als Anführer einer Gemeinschaft beseitigt, die mit ihrer Feindesliebe und Grenzen überwindenden Geselligkeit für jegliches Besatzungsregime auf die Dauer unerträglich wird.

Würde Jesu Feindesliebe im von den Römern besetzten Palästina Schule machen, würden sich Römer und Juden verbünden und die Besatzung würde zusammenbrechen. Das darf nicht Schule machen. Jesus musste von den Römern beseitigt werden.

Doch gerade unter den Freundinnen und Freunden Jesu wurde nach seinem Tode entdeckt, was jegliche Gewalt überwindet: Die Gegenwart Jesu zwischen denen, die sich einüben, nun in seinem Namen zu leben und zu reden und das Böse zu unterlassen, so wie sie es von ihm übernommen haben. Die Botschaft von Jesu Auferstehung vermittelt die Gegenwart Jesu. Seine Gemeinde bildet eine neue Sozialgestalt, wie es sie so in der Antike noch nicht gegeben hatte: Eine öffentliche Gemeinschaft von Männern und Frauen, Freien und Sklaven, jüdischen Menschen und den Anhängerinnen und Anhängern der damaligen Götter. Sie konnten in Jesu Geist auch in Gefahr und Unterdrückung wahrnehmen, was stärker als die Androhung des Todes ist: Die Barmherzigkeit ist nicht tot zu kriegen. Der Friede, den Jesus ermöglicht, ist unverzichtbar. ◀

Dr. Matthias-W. Engelke, geboren 1957, war viele Jahre Pfarrer, lebt in Köln und ist Mitglied im Ökumenischen Institut für Friedenstheologie.



Foto: privat

Feindesliebe
macht uns
gottgleich.

In bester Verfassung?

Vor 75 Jahren trat das Grundgesetz der Bundesrepublik Deutschland in Kraft. Es gilt als sehr gute Verfassung, so gut, dass man auf die eigentlich vorgesehene neue Verfassung nach der Wiedervereinigung verzichtet hat. Aber gerade der Erfolg der AfD im Osten Deutschlands und aktuelle Umfragen verstärken die Sorgen um die Zukunft der Demokratie in Deutschland. Müssen wir nun alle Verfassungschützer werden?



Foto: dpa



JOCHEN THEURER

Veränderte Balance

Im Laufe der Jahrzehnte hat sich das Gewicht der Macht zwischen den Verfassungsorganen verschoben.

Seite 26

NAHAUFNAHMEN

Was noch fehlt

Vier Vorschläge für ein besseres Grundgesetz aus den Themenfeldern Kultur, Diskriminierung, Klima und Kinder.

Seite 29

FRANK JANSEN

Kampf gegen Rechts

Die AfD und andere Rechtsextreme bedrohen die Demokratie in Deutschland. Zeit, sich zu wehren.

Seite 32

STEPHAN KOSCH

Klare Kante

Kirche und Diakonie positionieren sich klar gegen rechtsextreme Positionen. Aber was tun sie konkret für die Demokratie?

Seite 35

INTERVIEW

Demokratie fördern

Gespräch mit Elisabeth Niejahr, die bei der Hertie-Stiftung den Arbeitsbereich „Demokratie stärken“ leitet.

Seite 38

Das fragile Gleichgewicht

Seit Einführung des Grundgesetzes haben sich die Machtverhältnisse verschoben

JOCHEN THEURER

Das Grundgesetz, das vor 75 Jahren in der damaligen Bundesrepublik eingeführt wurde, gilt als Erfolgsgeschichte. Doch die darin angelegte Machtbalance der Verfassungsorgane hat sich im Laufe der Jahrzehnte verschoben. Der Jurist Jochen Theurer sieht darin einen Grund für die wachsende Demokratieskepsis und fordert als Konsequenz die Möglichkeit zum Volksentscheid auf Bundesebene.

Das Grundgesetz wird 75 Jahre alt. Aus diesem Anlass gibt es am 23. Mai 2024 einen Staatsakt in Berlin, dem sich ein dreitägiges Demokratiefest für alle Bürgerinnen und Bürger anschließt. Denn schließlich ist das Grundgesetz „ohne Zweifel die beste Verfassung, die wir jemals hatten“, so Bundespräsident Frank-Walter Steinmeier. Und für den Zeitpunkt seiner Entstehung 1949 ist das sicherlich auch zutreffend. Doch sind Grundgesetz und seine Verankerung in der Bevölkerung tatsächlich noch in bester Verfassung?

Einige Umfragen aus dem Jahr 2023 lassen daran zweifeln. So hat die Friedrich-Ebert-Stiftung herausgefunden, dass mittlerweile die Mehrheit der Deutschen (73 Prozent) glaubt, dass die Demokratie in Deutschland zu schwerfällig ist. 66 Prozent halten den Staat

in Bezug auf seine Aufgaben und Probleme für überfordert. Und 51 Prozent sind der Ansicht, dass sich der Zustand der Demokratie in den letzten Jahren in Deutschland verschlechtert hat. Nach einer Umfrage des Meinungsforschungsinstituts YouGov im Auftrag der Deutschen Presse-Agentur (dpa) wäre sogar nur jeder Zehnte bei einem Angriff auf Deutschland zum Kriegsdienst bereit – während fast jeder vierte Deutsche das Land so schnell wie möglich verlassen würde. Was ist da passiert?

Fast siebzig Änderungen

Betrachtet man das Grundgesetz von heute mit dem Original von 1949, fällt zunächst auf, dass sich der Umfang mehr als verdoppelt hat: Von schlanken 11 000 Wörtern oder 83 000 Zeichen auf über 23 000 Wörter oder 178 000 Zeichen. Die fast 70 Änderungen des Grundgesetzes zeichnen die dramatischen weltgeschichtlichen Ereignisse nach: angefangen von der Wiederbewaffnung und Gründung der Bundeswehr über die „Notstandsgesetze“ bis hin zur Wiedervereinigung und der Gründung der Europäischen Union. Zunehmend mehr Platz beanspruchen mittlerweile die vielen detaillierten Regelungen zum Thema Geld

Demonstranten bei der Übergabe einer Petition vor dem Reichstagsgebäude in Berlin.



Foto: dpa

und Finanzen (Artikel 104a ff.), inklusive der viel diskutierten „Schuldenbremse“ in Artikel 115.

Zu den rechtlichen Änderungen kommen erhebliche faktische Entwicklungen und Veränderungen: 1949 gab es weder Computer noch Satelliten, Internet, Digitalisierung oder Künstliche Intelligenz. Die Bundesrepublik Deutschland hatte mit der D-Mark eine eigene nationale Währung, und es gab keinen Klimawandel, keine Globalisierung und keine Digitalisierung. Durch all das sind aber viele existenzielle Bereiche wesentlich komplexer, undurchschaubarer und verletzlicher geworden. Künstliche Intelligenz und selbst lernende Systeme durchdringen immer weitere Lebensbereiche und treffen immer existenziellere Entscheidungen. Doch wie die dahinterstehenden Algorithmen funktionieren, ist selbst für Experten nicht immer nachvollziehbar.

Hinzu kommt, dass sich durch die Gründung der Europäischen Union (EU) und die damit einhergehende stetige Übertragung von Hoheitsrechten von den Nationalstaaten auf die EU eine ganz neue Rechtsordnung über dem Grundgesetz entwickelt hat.

Folge dieser erheblichen faktischen Veränderungen ist, dass sich das im Grundgesetz ursprünglich angelegte Machtverhältnis zwischen den fünf obersten Verfassungsorganen Bundestag, Bundesrat, Bundesregierung, Bundespräsident und Bundesverfassungsgericht zum Teil massiv verschoben hat. Eindeutiger Machtgewinner nach 75 Jahren Grundgesetz ist die Bundesregierung.

Spiel über Bande

Das ergibt sich zwar nicht unmittelbar aus dem Grundgesetz – der Wortlaut der Artikel 62 bis 69 ist bis heute unverändert. Dennoch ist die faktische Macht der Bundesregierung seit 1949 dramatisch gestiegen. Das beruht im Wesentlichen auf zwei Ursachen: Die Bundesregierung hat mittlerweile einen massiven Informationsvorsprung gegenüber allen anderen Verfassungsorganen. Zudem kann sie die Gesetzgebung auf Ebene der EU beeinflussen und dadurch Regelungen auf den Weg bringen, für die sie im Bundestag oder im Bundesrat oder in der Öffentlichkeit keine Mehrheit gefunden hätte („Spiel über die Bande“).

Die Bundesregierung, bestehend aus dem Bundeskanzler und den Bundesministern, hat über das Instrument der Rechts- und Fachaufsicht Zugriff auf alle Bundesministerien und die diesen zugeordneten oder unterstellten Bundesbehörden. Dabei haben die nachgeordneten Behörden oft erheblich mehr Mitarbeiter und einen deutlich höheren Etat als das Ministerium, dem sie zugeordnet sind. So arbeiten zum Beispiel im Bundesinnenministerium (BMI) „nur“ etwa 2 000 Mitarbeiter bei einem Etat von 218 Millionen Euro, während die dem BMI nachgeordneten Behörden wie Bundespolizei, Bundeskriminalamt oder Bundesamt für Migration und Flüchtlinge zusammen über 83 000 Mitarbeiter und einen Etat von 8,3 Milliarden Euro verfügen.

Im Gegensatz dazu verfügt der Bundestag über eine wesentlich kleinere Ausstattung an Personal (circa 3 000 Mitarbeiter) und Budget (1,2 Milliarden Euro). Das Parlament kann den aktuell 735 Abgeordneten deshalb auch nur relativ wenige Informationen und Gutachten zur Verfügung stellen.

Dadurch hat sich der Wissens- und Informationsvorsprung der Bundesregierung gegenüber dem Bundestag seit 1949 erheblich vergrößert, vor allem wenn es um sehr komplexe und technische Gesetze geht. Gesetze, die sich mit solchen Themen beschäftigen,

sind oft extrem kompliziert und für Laien kaum nachvollziehbar, weil sie sehr umfangreich sind und abstrakte technische Details enthalten. Exemplarisch dafür stehen das Gesetz über das Kreditwesen (KWG, 208 Seiten), das Telekommunikationsgesetz (TKG, 150 Seiten) und das Erneuerbare-Energien-Gesetz (EEG, 128 Seiten).

In der Regel sind die Bundestagsabgeordneten nicht in der Lage, derart komplexe Gesetzentwürfe selbst zu erarbeiten – nicht einmal mit Hilfe der Juristen der Bundestagsverwaltung. Das schafft nur die Bundesregierung, weil sie dabei auf die vielen tausend

Der Bundestag hat deutlich an Macht verloren.

Mitarbeiter in den Bundesministerien und den nachgeordneten Behörden zurückgreifen kann. Natürlich können die Bundestagsabgeordneten dann im Verlauf des parlamentarischen Verfahrens die Gesetzesentwürfe der Bundesregierung noch verändern. Aber mit einem umfangreichen und komplizierten Gesetzesentwurf rammt die Bundesregierung erst einmal einen dicken Pflock ein, dessen wesentliche Vorgaben und Ziele dann in der Regel auch „durchkommen“. Dadurch hat die Bundesregierung seit 1949 faktisch einen immer weiter steigenden Anteil an der Gesetzgebung übernommen und ihre Macht in diesem Bereich auf Kosten des Bundestags erheblich ausgeweitet.

Das geht naturgemäß zu Lasten des Bundestags, der dadurch deutlich an Macht verloren hat. Und dieser Prozess ist noch längst nicht zu Ende. Je mehr Gesetzgebungszuständigkeiten in den kommenden Jahren auf die EU übergehen, desto weniger Entscheidungsbefugnisse verbleiben dem Bundestag. Mittelfristig könnte ihn das gleiche Schicksal ereilen wie die Landesparlamente: ein klangvoller Name mit großer Vergangenheit, aber nur noch relativ wenige echte Kompetenzen.

Einen leichten Machtgewinn verzeichnet dagegen das andere an der Gesetzgebung beteiligte Verfassungsorgan. Denn durch die mittlerweile vielfältigen Koalitionsvarianten in den 16 Bundesländern kann der Bundesrat von der Opposition im Bundestag gezielt zur Blockade im Gesetzgebungsverfahren eingesetzt werden – vor allem, weil die Anzahl der zustimmungspflichtigen Gesetze trotz der Föderalismusreform im Jahr 2006 nach wie vor konstant bei 25 bis 40 Prozent liegt.

Geschätzte Richter

Eher zu den Machtgewinnern gehört auch das Bundesverfassungsgericht. Die Richter in Karlsruhe haben in den letzten Jahrzehnten immer wieder vom Bundestag beschlossene Gesetze für verfassungswidrig erklärt und eigenhändig neue Grundrechte in die Welt gesetzt. Dafür werden sie von den Bürgern in Deutschland sehr geschätzt. Und auch die anderen Verfassungsorgane ordnen sich den Vorgaben aus Karlsruhe widerspruchlos unter.

Entscheidend für die künftige Stellung des Bundesverfassungsgerichts wird aber sein, wie sich das Verhältnis zum EuGH in Zukunft entwickelt. Gelingt es dem Bundesverfassungsgericht, die Letztentscheidungsbefugnis darüber zu behalten, ob EU-Recht, das mit dem Grundgesetz unvereinbar ist, in Deutschland angewendet werden muss?

Wir erinnern uns: Im Mai 2020 hatte das Bundesverfassungsgericht erstmals entschieden, dass die EU-Organe EZB und



EuGH im Zusammenhang mit dem Wertpapierkaufprogramm der EZB „ultra vires“ gehandelt haben, also außerhalb ihrer Kompetenzen. Nachdem deshalb ein Vertragsverletzungsverfahren gegen Deutschland eingeleitet wurde, verpflichtete sich die Bundesregierung in einem Schreiben gegenüber der EU-Kommission dazu, „alle ihr zur Verfügung stehenden Mittel zu nutzen, um in Zukunft eine Wiederholung einer Ultra-Vires-Feststellung aktiv zu vermeiden.“

Entspannt zurücklehnen kann sich dagegen der Bundespräsident. Solange er sich bei der Prüfung der Gesetze auch weiterhin fast ausschließlich mit den formellen Aspekten begnügt, wird er mit der Bundesregierung und den anderen Verfassungsorganen auch weiterhin gut auskommen. Eine Beschneidung seiner geringen Machtbefugnisse ist deshalb nicht zu befürchten.

Was heißt das für die Zukunft? Wie eingangs geschildert, zeigen aktuelle Umfragen eine wachsende Distanz vieler Bürger in Deutschland zum aktuellen politischen System.

Gefühl fehlender Selbstwirksamkeit

Eine der wesentlichen Ursachen könnte in der beschriebenen Verschiebung der Machtverhältnisse weg vom Bundestag hin zur Bundesregierung und zur EU sein. Stand heute gibt es keine Anzeichen dafür, dass sich an dieser Entwicklung etwas ändern wird. Der Informationsvorsprung der Bundesregierung gegenüber den Bundestagsabgeordneten wird in Zukunft nicht geringer werden, und die Übertragung weiterer Hoheitsrechte auf die EU wird nicht plötzlich stoppen.

Das hat zur Folge, dass sich die einzige echte Einflussmöglichkeit der Bürger weiterhin darauf beschränkt, bei der Bundestagswahl alle vier Jahre und bei der Europawahl alle fünf Jahre ihre Stimme abzugeben. Auf die Zusammensetzung der Bundesregierung, des Bundesverfassungsgerichts, der EU-Kommission und des Europäischen Rats können die Bürger dagegen nicht direkt einwirken. Da sich die Abgeordneten des Bundestags in der Regel freiwillig einem strikten Fraktionszwang unterwerfen, werden die wesentlichen gesetzgeberischen Zielvorgaben daher faktisch von den Mitgliedern der Bundesregierung getroffen. Diese sind aber rechtlich weder an ihre Versprechen vor der Wahl noch an ihre Aussagen im Koalitionsvertrag gebunden. Dies dürfte bei nicht wenigen Menschen zu einem Gefühl fehlender Selbstwirksamkeit im Hinblick auf die wichtigsten, das Gemeinwesen betreffenden Entscheidungen führen.

Realistisch gibt es dazu nur ein Gegenmittel – die Einführung von Volksabstimmungen auf Bundesebene. Dadurch könnten die Bürger in Deutschland im Einzelfall korrigierend eingreifen und den Machtverlust des Bundestags auf diese Weise wenigstens teilweise kompensieren. Die Schweiz beweist seit Jahrzehnten, dass dies ein praktikables Mittel ist, die Zustimmung der Bevölkerung zum politischen System dauerhaft hoch zu halten. ◀

LITERATUR:

Jochen Theurer: *75 Jahre Grundgesetz: Das fragile Gleichgewicht – Wie sich die Gewaltenteilung im Lauf der Zeit verändert hat.* Wiesbaden 2024, Springer Nature, 153 Seiten, Euro 24,99.

Foto: dpa

Foto: picture alliance/Westend61

Das Grundgesetz ergänzen

Vier Verbesserungsvorschläge für unsere Verfassung

Durch Alter benachteiligt

Altersdiskriminierung ist weit verbreitet, sagt Ferda Ataman, die Unabhängige Bundesbeauftragte für Antidiskriminierung. Eine Grundgesetzänderung könnte hier helfen.

Vor fünf Jahren, zum 70. Geburtstag unserer Verfassung, hat eine repräsentative Umfrage der Antidiskriminierungsstelle des Bundes gezeigt: Über 85 Prozent halten das Grundgesetz für eine der größten Errungenschaften der Bundesrepublik. Damit die Zustimmung so hoch bleibt, müssen wir uns immer wieder vergegenwärtigen: Das Grundgesetz ist ein lebendiges Dokument, das gelegentlich und nach guter Abwägung der Zeit angepasst werden muss. Nur so bleibt es stark gegen jede Form der Menschenfeindlichkeit und Diskriminierung.

Ein Thema, das dabei oft übersehen wird, ist das Lebensalter. Diskriminierung aufgrund des Lebensalters ist verbreitet: Ältere Menschen haben oft keine Chance mehr bei der Jobsuche. Es wird erwartet, sie mögen sich bitte still aufs Altenteil zurückziehen. Und junge Menschen? Kinder dürfen nicht mitreden, wenn es um ihre eigenen Anliegen geht. Berufsanfänger:innen kommen nicht voran, weil sie für zu jung gehalten werden für Verantwortung.

15 Prozent der Menschen, die sich an die Antidiskriminierungsstelle des Bundes wenden, wurden aufgrund ihres Alters diskriminiert. Das kann allen im Laufe des Lebens passieren. Und

dennoch wird das Thema kaum wahr- oder ernst genommen von denen, die gerade nicht betroffen sind.

Ich würde mir daher wünschen, dass wir das Lebensalter in Artikel 3 Grundgesetz aufnehmen. Das wäre ein deutliches Zeichen für Anerkennung und Sichtbarkeit. Und über die – starke – Symbolik hinaus hätte es konkrete Auswirkungen. Das Bundesverfassungsgericht könnte zum Beispiel leichter überprüfen, ob Altersgrenzen in Gesetzen und Verordnungen fallen müssten.

Es ist doch eigentlich absurd: Unser demografischer Wandel spricht absolut dafür, dass wir sowohl die wachsende Zahl älterer Menschen besser schützen als auch die kleiner werdende Zahl jüngerer Menschen.

Wir könnten uns ein Beispiel nehmen an europäischen Nachbarn.

Wir könnten uns ein Beispiel nehmen an europäischen Nachbarn: In Finnland, Schweden, Portugal und der Schweiz findet sich das Verbot von Altersdiskriminierung bereits in der Verfassung. Diese Länder haben ein Zeichen gesetzt – und damit das Bewusstsein für das Thema verändert.

FERDA ATAMAN

Kinderrechte überfällig

Junge Menschen haben einen besonderen Anspruch auf Schutz, sagt Daniel Grein, Bundesgeschäftsführer des Kinderschutzbundes.

Das Grundgesetz ist nicht nur eine Ansammlung von Artikeln – es hat Leuchtturmcharakter. Es ist das Bekenntnis unserer Nation dazu, in was für einer Gesellschaft wir leben wollen. Und es definiert den Maßstab, an dem sich jede politische Maßnahme und jedes Urteil – gleich welcher Ebene – zu orientieren hat. Artikel 3 des Grundgesetzes etwa hält fest, dass Mann und Frau gleichberechtigt sind. Und er gemahnt zugleich: „Der Staat fördert die tatsächliche Durchsetzung der Gleichberechtigung von Frauen und Männern und wirkt auf die Beseitigung bestehender Nachteile hin.“

Und so, wie die Verfassung bei der Gleichberechtigung zwischen Mann und Frau einen rechtlichen und gesellschaftlichen Prozess vorangetrieben hat, so muss dies auch mit der Stellung von Kindern und Jugendlichen in dieser Gesellschaft passieren. Denn ihre Rechte fehlen hier.

In Deutschland gilt die UN-Kinderrechtskonvention seit 1992. Sie ist bindendes Recht. Aber in alltäglicher Rechtsprechung, in





Foto: picture alliance/dpa

der Frage von politischen Entscheidungen oder gesellschaftlichen Haltungen, ist sie kaum wahrnehmbar. Natürlich bezieht das Bundesverfassungsgericht, als oberste Instanz, ihre Regelungen in seine Rechtsprechung ein – die Strahlkraft, die die Kinderrechte mit einer Verankerung im Grundgesetz hätten, wird aber nicht erreicht.

In Zeiten, in denen Kinder und Jugendliche in der Grundrechtsabwägung einer Pandemie quasi vergessen wurden, in denen die junge Generation um den Fortbestand der Lebensgrundlagen eines Planeten fürchtet, in denen nahezu die Mehrheit der Wähler

Kinderrechte schränken nicht die Rechte der Eltern ein.

rinnen und Wähler im Rentenalter ist und Kinder und Jugendliche eine kleiner werdende Minderheit sind, muss eine Gesellschaft jungen Menschen versprechen: Wir sehen und wir hören euch. Eure Rechte sind deshalb Teil des Grundgesetzes.

Junge Menschen haben in ihrer jeweiligen Lebenssituation spezifische Rechte auf Schutz, auf Förderung und auf Beteiligung, die ihnen durch ihre Aufnahme in die Verfassung explizit gewährt werden müssen. Dass dies schon so lange so strittig ist, zeigt, dass eine Verankerung eben kein symbolischer Akt ist. Sondern, dass die Aufnahme der Kinderrechte in die Verfassung ein wirksames Mittel ist, diese Gesellschaft kinderfreundlich zu gestalten.

Kinderrechte stärken Kinder und ihre Familien und schränken nicht – wie gelegentlich behauptet – die Rechte ihrer Eltern ein.

Dem guten Wirken des Grundgesetzes kann man zu 75 Jahren nur gratulieren, aber wenn man nicht nur auf Vergangenes zurückschauen möchte, sondern auch für die Zukunft eine zeitgemäße moderne und wegweisende Verfassung haben möchte, ist es überfällig, Kinderrechte ins Grundgesetz aufzunehmen und damit nicht bis zum 100. Geburtstag zu warten.

DANIEL GREIN

Kultur als Staatsziel

Trotz zwei Jahrzehnten Debatte und einer Absichtserklärung im Koalitionsvertrag der Ampel ist die Verankerung von Kultur als Staatsziel im Grundgesetz in weiter Ferne, bedauert Olaf Zimmermann, Geschäftsführer des Deutschen Kulturrates und Herausgeber von *zeitzeichen*.

Die Verankerung eines Staatsziels Kultur im Grundgesetz war bereits mehrfach Gegenstand intensiver kulturpolitischer Debatten und Überlegungen. Eine eingehende Befassung mit dem Staatsziel Kultur fand im Rahmen der Enquete-Kommission des Deutschen Bundestags „Kultur in Deutschland“ vor zwei Jahrzehnten statt. In ihrem Zwischenbericht zeichnete die Enquete-Kommission die verfassungsrechtliche Debatte um das Staatsziel Kultur nach. Ebenso werden die in den Landesverfassungen getroffenen Bestimmungen zum Staatsziel Kultur wie auch die Staatszielbestimmungen ausgewählter EU-Mitgliedsstaaten dargestellt.

Die Mitglieder der Enquete-Kommission, zu denen auch ich zählte, hatten sich in ihrem Zwischenbericht einstimmig für die Ergänzung des Grundgesetzes um einen Artikel 20b Grundgesetz mit dem Wortlaut „Der Staat schützt und fördert die Kultur“ ausgesprochen. Der genannte Zwischenbericht wurde zusammen mit dem Schlussbericht der Enquete-Kommission im Plenum des Deutschen Bundestags am 13. Dezember 2007 debattiert. In dieser Debatte wurde sich noch einmal ausdrücklich für das Staatsziel Kultur im Grundgesetz ausgesprochen.

Seither wird vom Deutschen Kulturrat vor jeder Bundestagswahl an die im Deutschen Bundestag vertretenen Parteien die Frage gerichtet, ob sie sich in der anstehenden Wahlperiode für das Staatsziel Kultur einsetzen werden. Auch wenn vor der Wahl einige Parteien Sympathie für das Staatsziel Kultur erkennen lassen, findet es in dem jeweiligen Koalitionsvertrag der vergangenen 20 Jahre kaum oder nur verschämte Erwähnung. Anders im Koalitionsvertrag der aktuell regierenden „Ampel-Regierung“ von SPD,



Foto: picture alliance/SZ Photo



Klima und Kommunen

Damit Bund und Länder die Kommunen beim Klimaschutz unterstützen können, muss der Gesetzgeber das Grundgesetz ändern, meint Franziska Ortgies, Referentin für Kommunalen Klimaschutz bei der Klima-Allianz Deutschland.

Vor unserer Haustür, in den Kommunen, erleben wir, wie Klimaschutz für mehr Lebensqualität sorgen kann: mehr Grün und schattige Plätzchen, sichere Radwege, das Windrad finanziert die Kita mit. Städte und Gemeinden haben eine Schlüsselrolle in der sozial gerechten Umsetzung von Klimaschutz. Für Kommunen zählt Klimaschutz jedoch aktuell nicht zur Daseinsvorsorge. Das heißt, sie müssen bei klammen Kassen anderen Ausgaben den Vorrang geben. Sie sind darauf angewiesen, sich von einem Förderprogramm zum nächsten zu hangeln, ohne eine langfristige Finanzierungsgrundlage für kommunalen Klimaschutz zu haben. So werden wir den Herausforderungen der Klimakrise nicht gerecht.

Kommunen sind bereits heute durch unser Grundgesetz zu Klimaschutz verpflichtet: Der Klimabeschluss des Bundesverfassungsgerichts von 2021 gilt auch für sie. Das Gericht leitet aus dem Grundgesetz eine Pflicht zur „Herstellung von Klimaneutralität“ sowie eine „Schutzpflicht des Staates“ ab. Kommende Generationen haben ein Recht auf den Erhalt ihrer Lebensgrundlagen. Die Kommunen stehen aber vor erheblichen Herausforderungen bei der Umsetzung dieser Aufgaben. Wer bezahlt die Sanierung von Rathaus und Schule? Wer organisiert die Wärmewende? Vielen Kommunen mangelt es an Geld und Personal, effizienten Verwaltungsverfahren und rechtlichen Grundlagen.

Wir setzen uns dafür ein, dass alle Menschen von sozial gerechtem Klimaschutz profitieren können – unabhängig vom Säckel ihrer Kommune. Damit Bund und Länder die Kommunen beim Klimaschutz finanziell unterstützen können, muss das Grundgesetz geändert werden. Als Klima-Allianz Deutschland setzen wir uns für eine „Gemeinschaftsaufgabe Klimaschutz und Klimaanpassung“ im Artikel 91a Grundgesetz ein. Wir fordern alle demokratischen Parteien auf, hier an einem Strang zu ziehen, damit die nötige Zweidrittelmehrheit im Bundestag zustande kommt.

FRANZISKA ORTGIES

Bündnis 90/Die Grünen und FDP. Sie schreiben: „Wir wollen Kultur in ihrer Vielfalt als Staatsziel verankern ...“.

Doch an der Umsetzung hapert es bislang. Der Ausschuss für Kultur und Medien des Deutschen Bundestags führte am 20. September 2023 eine Anhörung zur Einführung des Staatsziels Kultur durch. Bei dieser Anhörung wurde deutlich, dass die CDU/CSU-Fraktion einem entsprechenden Gesetzesentwurf nicht zustimmen und damit die erforderliche Zwei-Drittel-Mehrheit im Deutschen Bundestag nicht erreicht würde. Der Vorwand für die Ablehnung wurde von den Ampelfraktionen frei Haus geliefert, indem nicht mehr auf den einstimmig verabschiedeten Satz der Enquete-Kommission verwiesen wird, sondern explizit Kultur in ihrer Vielfalt Erwähnung findet. Das ist letztlich eine Tautologie, denn Kultur ist per se vielfältig.

So ist aktuell, 75 Jahre nach Verabschiedung des Grundgesetzes, die Verankerung des Staatsziels Kultur erneut in weite Ferne gerückt. Das ist sehr, sehr bedauerlich.

OLAF ZIMMERMANN



In der **Evangelischen Akademie Frankfurt** ist zum nächstmöglichen Zeitpunkt die Stelle einer **Theologischen Studienleitung (m/w/d)** 100 % zu besetzen. Eine Reduzierung oder Teilung ist möglich.

Infos: www.evangelische-akademie.de/ueber-die-akademie/ausschreibungen/



Künstliche Intelligenz & Co.

Die Evangelische Akademie im Rheinland bietet Veranstaltungen zu Themen aus Gesellschaft, Politik und Kirche an.

Online und in Präsenz. Kostenfrei.

www.ev-akademie-rheinland.ekir.de

Hier gibt es zum Thema KI Veranstaltungen und Videos.

Stresstest für die Demokratie

Die Feinde unserer Verfassung und wie wir mit ihnen umgehen müssen

FRANK JANSEN

2024 könnte ein dunkles Jahr für die Bundesrepublik werden, befürchtet Frank Jansen. Der Journalist und Rechtsextremismus-Experte warnt vor einer immer stärker werdenden AfD und mangelnder Empathie für die Opfer rechter Gewalt. Und er fordert mehr zivilgesellschaftliches Engagement zur Verteidigung von Demokratie und Menschenwürde.

Er ist einer der gefährlichsten Politiker in der Geschichte der Bundesrepublik. Aktuell sogar der gefährlichste. Björn Höcke propagiert den Kampf für eine rechtsextreme Republik und hat ein mächtiges Instrument in der Hand – die inzwischen weitgehend rechtsextremistische AfD, derzeit im Bund laut Umfragen die zweitstärkste Oppositionspartei. Das ist der Mann, der 2023 in Dresden „das Stadium des Vorbürgerkriegs“ verkündete. Der Mann, der Migration in die Bundesrepublik als „bevorstehenden Volkstod durch Bevölkerungsaustausch“ bezeichnet. Der Mann, der wegen seiner rechtsextremen Tiraden vom Verwaltungsgericht Meiningen (Thüringen) bescheinigt bekam, die Bezeichnung als „Faschist“ beruhe „auf einer überprüfbaren Tatsachengrundlage“. Ausgerechnet dieser Mann wird in diesem Jahr bei den Landtagswahlen in Thüringen vermutlich einen Triumph feiern. Trotz oder gerade wegen seiner Hetze.

Ist die Zivilgesellschaft stark genug, der Herausforderung standzuhalten?

Die AfD im Freistaat, vom Verfassungsschutz schon seit 2021 als „gesichert rechtsextremistisch“ eingestuft, hat in diesem Jahr bei Umfragen bis zu 36 Prozent erreicht. Aktuell ist es etwas weniger, dennoch besteht die Gefahr, Höcke könnte als Chef der stärksten Fraktion im Thüringer Landtag der erste rechtsextreme Ministerpräsident in der Geschichte der Bundesrepublik werden. Auch bei den ebenfalls im September anstehenden Wahlen in Sachsen und Brandenburg dürfte die AfD jede andere Partei überflügeln.

2024 könnte ein dunkles Jahr für die Bundesrepublik werden. Und das 75 Jahre nach der Verkündung des Grundgesetzes, mit der Achtung der Menschenwürde als Leitmotiv. Dennoch breiten sich in Deutschland braune Flecken aus. Rechtsextremismus, das sagen Bundesinnenministerin Nancy Faeser wie auch viele weitere Politiker und Experten, sei die größte Bedrohung für die Demokratie. Diese steht offenkundig vor der härtesten Belastungsprobe seit der Gründung der Bundesrepublik.



Demonstration gegen die AfD in München am 21. Januar 2024.

Sind die Demokratinnen und Demokraten diesem Stresstest gewachsen? Ist die Zivilgesellschaft stark genug, der Herausforderung durch Höckes AfD und den Rechtsextremismus insgesamt nicht nur standzuhalten, sondern sie auch wieder herunterzudimmen? Auf den ersten Blick scheint zumindest ein Teil der Bevölkerung die Gefahr begriffen zu haben. Die vielen Demonstrationen von insgesamt weit mehr als einer Million Menschen im Januar gegen die AfD und Rechtsextremismus zeugen von einem schockartigen Erwachen. Ausgelöst durch den Bericht der Rechercheplattform „Correctiv“ über ein Treffen von AfD-Politikern, parteiunabhängigen Rechtsextremisten sowie CDU-Mitgliedern in Potsdam, bei dem über die „Remigration“, also Deportation, mehrerer Millionen Migranten sowie eingebürgerter Menschen mit Migrationshintergrund, die angeblich nicht assimiliert sind, gesprochen worden sein soll. Solche Pläne sind allerdings nicht neu.

Makaberer Begriff

Im AfD-Programm zur Bundestagswahl 2021 war bereits von Remigration die Rede. Die Partei betont heute, Deutsche mit Migrationshintergrund seien nicht gemeint. Andererseits hat Björn Höcke bereits 2018 in seinem Buch „Nie zweimal in denselben Fluss“ die „Rückführung der nichtintegrierbaren Migranten“ gefordert. Und ein „groß angelegtes Remigrationsprojekt“. Höcke zitiert zudem den Philosophen Peter Sloterdijk, man werde um eine Politik der „wohltemperierten Grausamkeit“ nicht herumkommen. Den zumindest makaberen Begriff hatte Sloterdijk 2015 verwandt, als er über ein „Abwehrsystem“ zur Begrenzung des Zustroms von Flüchtlingen sprach. Schon damals und in den Jahren danach immer wieder gab es genügend Anlässe für



Foto: picture alliance/Zumapress.com

rung der AfD tolerieren? Auszuschließen ist das nicht. Im Februar sagte Wagenknecht im Talk bei Maybrit Illner der ebenfalls eingeladenen AfD-Politikerin Beatrix von Storch, die AfD habe „gefährliche Leute“, aber in der Migrationspolitik „einen Punkt“. Auch beim Thema Ukraine-Krieg sind AfD und Wagenknecht nah beieinander. Beide fordern einen „Frieden“, der Russlands Aggression belohnen würde.

Doch dass Rechtsextremismus im wiedervereinigten Deutschland eine kritische Größe werden konnte, ist nur zu einem kleineren Teil durch den Furor von Figuren wie Björn Höcke und Alexander Gauland zu erklären. Gravierender erscheint die Frage, mit welcher Intensität Demokratinnen und Demokraten die Demokratie in der Bundesrepublik leben. Angesichts der Rahmenbedingungen scheint eine positive Antwort zwingend zu sein.

Wird Wagenknecht womöglich eine Minderheitsregierung der AfD tolerieren?

Die Wahlen sind frei, Parlamente und Regierungen sind in eine funktionierende Gewaltenteilung eingebunden, der Rechtsstaat ist trotz einiger Schwächen in der Bekämpfung von Kriminalität, speziell auch bei Extremismus und Terror, intakt. Die soziale Marktwirtschaft hat Deutschland einen historisch einmaligen Wohlstand beschert. Und doch müsste Demokratie gerade auch im Alltag stärker gelebt werden. Aber es tun sich Lücken auf, in die Rechtsextremisten, mit weit weniger Erfolg auch Linksextremisten, Islamisten und weitere politische Ultras vorstoßen. Und langfristigen Schaden anrichten.

Ein Beispiel ist der Fall der beiden Lehrer, die im April 2023 in der brandenburgischen Kleinstadt Burg Hakenkreuzschmiedereien, Hitlergrüße und weitere rechtsextreme Vorfälle an ihrer Schule in einem Brandbrief publik machten. „Wir wenden uns an die Öffentlichkeit, da wir in unserem Arbeitsalltag als Schulpersonal täglich mit Rechtsextremismus, Sexismus und Homophobie konfrontiert werden und nicht mehr länger den Mund halten wollen“, schrieben Max Teske und Laura Nickel. Die Resonanz in den Medien war enorm, es gab auch eine kleine Demonstration vor dem Schulamt im nahen Cottbus. Doch in Burg selbst kam es für die couragierten Lehrer noch schlimmer. Eltern von Schülern verlangten die Entlassung der Pädagogen, ein Teil des Lehrerkollegiums grüßte die beiden nicht mehr. An Laternenpfählen wurden Aufkleber angebracht mit Fotos von Teske und Nickel und der Hassparole „Pisst euch nach Berlin“. Die Anfeindungen machten den Alltag für die Lehrer unerträglich. Sie kündigten an, die Schule in Burg zu verlassen. Ein Sieg für die Rechtsextremisten. Eine Niederlage für die Demokratie.

Verfestigte Milieus

Der Fall ist symptomatisch für Landstriche, nicht nur in Brandenburg, in denen sich über Jahrzehnte hinweg rechtsextreme Milieus verfestigt haben. Waren früher NPD und DVU die Speerspitzen, ist es heute die AfD. Wer sich dagegen wehrt, lebt gefährlich. Die Rechtsextremisten profitierten im Fall Burg auch vom mangelnden Engagement der Landesregierung. Anstatt nach Burg zu eilen und sich demonstrativ hinter Teske und Nickel zu stellen, beließ es Ministerpräsident Dietmar Woidke bei starken Sprüchen. Die Lehrer seien „Menschen, die Mut bewiesen haben“,

Massenprotest gegen Rechtsextremismus, wie Deutschland ihn in diesem Jahr erlebt, etwa die Verharmlosung des NS-Regimes durch den AfD-Patriarchen Alexander Gauland im Juni 2018 als „Vogelschiss“ in der deutschen Geschichte. Warum nahm die Republik nur mit mäßiger Empörung hin, dass der Chef einer im Bundestag und vielen Landtagen sitzenden Partei die Barbarei des Nationalsozialismus abtat, als handele es sich um einen lästigen Flecken auf einem Gartenstuhl? Ist Auschwitz zu lange her?

Nützliche Angst

In der Pandemie erlebte der Rechtsextremismus einen weiteren Aufschwung, als Corona-Leugner massiv und mit antisemitischen Verschwörungstheorien den Staat attackierten und braunes Fußvolk durchaus willkommen war. Die AfD biederte sich bei den Protestierern an und konnte ihre Basis ausbauen. Heute profitiert die AfD vom schlechten Ruf der Ampel-Regierung. Hinzu kommt die Verunsicherung vieler Menschen durch den Ukraine-Krieg, den Konflikt zwischen Israel und der Terrororganisation Hamas, den sich verschärfenden Klimawandel und eine nur langsam nachlassende Inflation. Angst nützt Populisten und Extremisten.

Das kommt auch Sahra Wagenknecht zugute, die mit ihrem rechts-linken Mischmaschpopulismus der AfD Konkurrenz macht. Auch wenn sich Wagenknecht von Höcke distanziert, ist bei der Wahl in Thüringen und womöglich auch in Sachsen und Brandenburg ein Horrorszenario zu befürchten. AfD und Bündnis Sahra Wagenknecht könnten zusammen rechnerisch stärker werden als die anderen Parteien, die es in den Landtag schaffen. Wird Wagenknecht womöglich eine Minderheitsregie-

sie verdient „unsere uneingeschränkte Unterstützung“. Genau die war jedoch viel zu schwach.

Teske und Nickel müssen vermutlich sogar froh sein, dass die psychische Gewalt, die sie erlebt haben, nicht umschlug in körperliche Attacken. Rechtsextreme Angriffe, bei denen Menschen verletzt oder auch getötet wurden, sind deutschlandweit ein

180 Menschen verloren durch rechtsextreme Attacken seit 1990 ihr Leben.

grauenhaftes Phänomen. Dessen Dimension allerdings bis heute kaum wahrgenommen wird. Seit der Wiedervereinigung sind bei rassistischen und sonstigen rechtsextremen Attacken mehr als 180 Menschen ums Leben gekommen. Das ergeben jahrelange Recherchen des *Tagesspiegels*. Die offiziellen Zahlen sind deutlich geringer, trotz einiger Korrekturen und Nachmeldungen. Das ist aber nur ein Teil des Dramas. Weit mehr als 10 000 Menschen

wurden seit 1990 durch rechte Gewalt körperlich verletzt. Das lässt sich Statistiken der Polizei entnehmen. Doch die gesellschaftliche Wahrnehmung dieser nicht enden wollenden Tragödie ist bescheiden.

Niemand weiß, wie die mehr als 10 000 Opfer die physischen und psychischen Folgen der Verletzungen überstanden haben. Bekannt sind nur Einzelfälle. Ein dünnes Netz zivilgesellschaftlicher Beratungsstellen für Opfer rechter Gewalt befasst sich vor allem mit akuten Vorfällen. Die wenigen Aktivistinnen und Aktivisten sind damit voll ausgelastet. Für ein bundesweites Monitoring der humanitären Dimension rechter Gewalt seit der Wiedervereinigung reichen die Kapazitäten und offenbar auch der zivilgesellschaftliche Druck nicht. Nötig wäre es, wie eine exemplarische Langzeitstudie zeigt, die der Autor dieser Zeilen seit 1997 für den *Tagesspiegel* schreibt.

Im September 1996 schlug im brandenburgischen Trebbin ein Skinhead mit seiner Baseballkeule den Italiener Orazio Giambianco beinahe tot. Giambianco ist seit der Tat schwer behindert. Der heute 82-Jährige in Bielefeld lebende Mann leidet unter spastischer Lähmung, Kopfschmerzen, Sprachstörungen, Depressionen und weiteren Beschwerden. Giambiancos Lebensgefährtin Angelica Stavropolou und deren Tochter Efthimia Berdes pflegen ihn, buchstäblich bis zum Umfallen. Beide Frauen leiden an Depressionen, geben aber nicht auf. Sie trotzen auch den Widrigkeiten im Umgang mit Behörden, Krankenkassen und missgünstigen Mitbürgern. Der *Tagesspiegel* schildert seit dem ersten Besuch bei Giambianco und den beiden Frauen jedes Jahr in einer Reportage, wie es ihnen geht. Viele Leserinnen und Leser reagieren mit Spenden, um das Leid ein wenig zu lindern. Dennoch bleiben Fragen offen: Wie vielen Opfern rechter Angriffe geht es ähnlich schlecht wie Orazio Giambianco? Wie viele Menschen haben seit 1990 in Deutschland vergleichbare Verletzungen erlitten? Wie viele körperlich geschädigte und vermutlich für lange Zeit traumatisierte Menschen bekommen angemessene Hilfe? Und: wie viele nicht?

Beachtlicher Empathiemangel

Die Bundesrepublik leistet sich einen beachtlichen Mangel an Empathie beim Umgang mit Opfern rechtsextremer Gewalt. Das begünstigt die Versuche der AfD, Rechtsextremismus zu verharmlosen und sich selbst als angeblich menschenfreundliche Partei zu präsentieren. Viele Wählerinnen und Wähler scheinen das zu glauben. Sie ignorieren selbst die faktensatten Warnungen des Verfassungsschutzes. Es reicht offenkundig auch nicht, dass die demokratischen Parteien eine „Brandmauer“ zur AfD beschwören. Zumal die Abgrenzung punktuell bröckelt, nicht nur bei der CDU.

Wohin das führt, dürfte sich in diesem Jahr bei der Wahl zum Europaparlament, bei den Kommunalwahlen in neun Ländern und den Landtagswahlen in Thüringen, Sachsen und Brandenburg zeigen. Am Ende von 2024 wird zu bilanzieren sein, wie verletzlich die Demokratie der Bundesrepublik 75 Jahre nach dem Inkrafttreten des Grundgesetzes geworden ist. Oder wie resilient sie trotz Schrammen noch immer ist. ▽

Eines von über 10 000 Opfern rechter Gewalt: Orazio Giambianco mit seiner Lebensgefährtin Angelica Stavropolou.



Foto: Frank Jansen

Der Verfassungsschutz sind wir

Die Herausforderungen für Kirche und Diakonie im Kampf für die Demokratie

STEPHAN KOSCH



Fotos: Diakonie/Alek Zivanovic

Der Wichernempfang der Diakonie Deutschland widmete sich diesmal dem Kampf für die Demokratie. Festredner war Thüringens Verfassungsschutzpräsident Stephan Kramer (Seite 36).

Mehrere leitende Geistliche der deutschen Kirchen haben sich jüngst öffentlich klar gegen die AfD positioniert. Doch der Einsatz für die Demokratie in Kirche und Diakonie findet auf vielen Ebenen statt, mit jeweils unterschiedlichen Herausforderungen. *zeitzeichen*-Redakteur Stephan Kosch beschreibt eine manchmal schwierige Gratwanderung.

Der „Brennende Dornbusch“ ist beeindruckende 18 Meter hoch. Einige Dutzend Glasscheiben in Blau und Grün, eingefasst in einen rot-braunen Rahmen, daraus besteht das Kunstwerk von HAP Grieshaber aus den frühen 1960er-Jahren in der Genezarethkirche in Berlin-Neukölln. Es trennt die Orgel vom Altarraum ab, soll erinnern an die erste Begegnung zwischen Mose und Gott, lässt an diesem Abend aber auch andere Assoziationen aufkommen. Eine Schutzwand für die Demokratie etwa, oder eine Brandmauer gegen ihre Feinde.

Die Diakonie Deutschland hat zum traditionellen Wichernempfang geladen, die Kirche ist voll besetzt mit Gästen aus Kirche, Politik und Diakonie. Und vor dem Dornbusch hält einer eine flammende Rede, Thüringens Verfassungsschutzpräsident Stephan Kramer. Bereits vor vier Jahren warnte er im *zeitzeichen*-Interview vor den „Neuen Rechten“ und die Bedrohung, die sie für die Demokratie darstellen. Aber heute Abend schlägt er mit

Blick auf die kommenden Landtagswahlen einen noch schärferen Ton an. „Ist 2024 ein Schicksalsjahr? Wenn es der AfD gelingt, Regierungsverantwortung zu übernehmen, dann wird es ernst mit der Frage, wie geht es mit unserem Rechtsstaat weiter.“ Das Gleiche gelte für die unabhängige Justiz, die Demokratie, die Meinungs- und Versammlungsfreiheit. Und wer meine, dass sich die Partei demaskieren würde, wenn sie in politische Verantwortung käme, dem müsse er sagen „das wird schiefgehen, wie das schon mal schiefgegangen ist.“

Er erinnerte an das Beispiel der NSDAP und der national-konservativen DNVP unter Franz von Papen, der glaubte, Hitler in einer Koalition kontrollieren zu können. Was Björn Höcke, Spitzenkandidat der AfD in Thüringen, sagt und schreibt, müsse

Es geht um Rechtsextremismus im vermeintlich bürgerlichen Schlafrock.

man ernst nehmen, meint Kramer. Es gehe um Rechtsextremismus im vermeintlich bürgerlichen Schlafrock. Die Neue Rechte und die klassischen Rechtsextremen seien sich in vielem einig, lehnten beide die parlamentarische Demokratie ab. „Die Weimarer Republik ist nicht an zu vielen Nazis gescheitert, sondern an zu wenigen, die die Demokratie jeden Tag verteidigt haben.“

Dass Kirche und Diakonie zu den Verbündeten im Kampf für die Demokratie gehören, daran ließ auch Diakonie-Präsident

Rüdiger Schuch, der zum ersten Mal zum Wichernempfang lud, keinen Zweifel. „Rechtsextreme behaupten, soziale Organisationen müssten sich politisch neutral verhalten, wenn sie öffentliche Fördergelder erhalten“, sagte er. Auf diese Weise solle Kritik an rassistischen, antisemitischen, antimuslimischen, minderheitenfeindlichen und antidemokratischen Positionen und Äußerungen delegitimiert werden. „Richtig ist, dass deutliche Kritik an solchen menschenverachtenden Positionen geradezu geboten ist. Wir verhalten uns gegenüber diesen Parolen nicht neutral“, sagte er. Man müsse deutlich machen, „welche verheerenden Folgen ein weiterer Zugewinn an Einfluss und an politischer Macht der extremen Rechten für unser demokratisches Gemeinwesen hätte“. Er stellte klar: „Wir sind Verfassungsschützer:innen.“

Für Christen nicht wählbar

Damit reihte sich Schuch ein in viele deutliche Statements aus dem kirchlichen Raum, die in diesem Superwahljahr klar Position für die Demokratie und gegen die AfD und andere Rechtsextreme bezogen. Die Deutsche Bischofskonferenz hatte schon im Februar erklärt, dass die AfD für Christen nicht wählbar sei. Einige Tage später schloss sich Kirsten Fehrs, amtierende Ratsvorsitzende der EKD, dieser Warnung an. Völkisch-nationale Gesinnungen sowie menschenverachtende Haltungen und Äußerungen seien mit den Grundsätzen des christlichen Glaubens in keiner Weise vereinbar, betonte die Hamburger Bischöfin. „Wir ziehen daraus die gemeinsame Konsequenz, vor der Wahl rechtsextremer Parteien einschließlich der AfD zu warnen, weil sie Minderheiten ausgrenzen und die Demokratie gefährden.“ Zudem sprach sie sich für eine rechtliche Prüfung der Vereinbarkeit von Kirchenämtern und dem Engagement für die AfD aus.

Hintergrund dafür ist die Kandidatur eines Pfarrers in Sachsen-Anhalt als Parteilosler für die AfD bei der Stadtratswahl in Quedlinburg. Die Mitteldeutsche Landeskirche (EKM) hat ihm die Beauftragung für eine Pfarrstelle entzogen und ein Disziplinarverfahren eingeleitet (siehe Seite 7). Auch die Synode der EKM bezog jüngst klar Position gegen die AfD. Vor einer Regierungsbeteiligung der AfD werde eindringlich gewarnt, erklärte das Kirchenparlament zum Abschluss seiner Frühjahrstagung. Dies gelte auf allen politischen Ebenen.

So weit, so wichtig und anders als vor gut 90 Jahren, als die Spitzenvertreter der Kirchen nicht zu Verteidigern der Demokratie gehörten und „Deutsche Christen“ der Nazi-Ideologie die Kirchentüren öffneten. Aber, so Stephan Kramer an diesem Abend, Politik ist „Kontaktsport“, und die Demokratie müsse

Sympathisanten der AfD grundsätzlich auszugrenzen, ist keine Lösung.

täglich verteidigt werden. Zum Beispiel, wenn eine Pfarrperson beim Kirchkaffee einen Satz wie diesen hört: „So ein schwuler Pfarrer ist nicht gerade ein gutes Vorbild für unsere Jugend.“ Oder wenn eine Pflegekraft von einer Patientin gefragt wird, ob sie nicht immer anstelle der Kollegin aus Polen komme könnte, weil die



einen schlechten Ruf wegen Diebstahls hätten. Oder, wenn bei einer Diskussion ein Kollege aus der Mitarbeitervertretung darauf hinweist, dass Juden für viele ein Feindbild wären, weil sie sich ja für das auserwählte Volk hielten.


Diese und viele andere Beispiele sind zu finden in einer Broschüre und einer Website der Diakonie Berlin-Brandenburg-schlesische Oberlausitz mit dem Titel „Zusammen streiten“. Sie liefern auch mögliche Reaktionen und Argumentationshilfen für solche Situationen. Denn klar ist: So wichtig eine inhaltliche Abgrenzung von rechtspopulistischen Narrativen ist, eine Ausgrenzung derjenigen, die diesen glauben, ist auf Dauer auch keine Lösung. Etwa ein Drittel der AfD-Wähler:innen gelten zwar als Menschen mit einem geschlossenen rechtsextremen Weltbild, die sich wohl nur schwer davon abbringen lassen. Doch Gespräche mit den anderen könnten sich lohnen, sagt Ursula Schoen im Gespräch mit *zeitzeichen*. Sie ist Direktorin des Diakonischen Werkes Berlin-Brandenburg-schlesische Oberlausitz. „Wir wollen Raum geben, auch Ängste auszusprechen, und gleichzeitig trotzdem Haltung zeigen und für unsere Werte einstehen.“

Deshalb beteiligt sich die Diakonie in Berlin und Brandenburg, wie auch andere Landesverbände der Diakonie, an dem überwiegend aus Bundesmitteln finanzierten Projekt „Demokratie gewinnt“ und bildet seit über zehn Jahren „Demokratieberater“ aus. In unterschiedlichen Modulen haben mittlerweile 88 Menschen aus unterschiedlichsten Arbeitsbereichen gelernt, wie man mit Anhängern von Verschwörungstheorien oder rassistischen Ideologien umgeht, wie man Haltung klar kommuniziert und rote Linien markiert, die nicht mit dem an der Bibel und der Menschenwürde ausgerichteten diakonischen Leitbild in Einklang zu bringen sind. Aber auch hier gilt: „Sympathisant:innen rechtspopulistischer Positionen und Vorurteile in der Mitarbeiterschaft oder Klientel werden nicht kategorisch ausgeschlossen. Kritischer Austausch und Aufklärung stehen an erster Stelle.“ So steht es in der erwähnten Broschüre „Zusammen streiten“.

Und es fällt auf: Anders als in den offiziellen Statements von der Kircheng Spitze wird kein einziges Mal ausdrücklich die AfD als Gegner genannt. Ursula Schoen beschreibt es so: „Wir positionieren uns klar gegen Rechtsextremismus und -populismus. Dieser findet sich auch eindeutig in den Programmen und öffentlichen Aussagen der AfD wieder. Unsere Strategie zielt aber darauf, für Vielfalt, Toleranz und Menschenwürde ins Gespräch zu kommen.“ Die Erfahrung in den diakonischen Einrichtungen zeige, dass sich die Gesprächspartner in Mitarbeiterschaft und Klientel verschließen, wenn eine Partei pauschal abgeurteilt wird. Eine gute Gesprächskultur macht diese auch für die dringend benötigten Fachkräfte attraktiv. „Es ist ein schmaler Grat. Aber wir müssen jetzt die Wege offen halten und Ängste ernst nehmen. Für eine lebenswerte Gesellschaft“, stellt Ursula Schoen fest.

Zusammenarbeit der Akademien

Das Miteinander von Abgrenzung und Gespräch beschäftigt auch die Evangelischen Akademien in Ostdeutschland, deren Direktor:innen im Superwahljahr 2024 bei monatlichen Treffen mit Wissenschaftler:innen, Medienvertreter:innen und Theolog:innen über den Umgang mit rechtsradikalen Parteien reden. Im März ging es um die Frage „Dialog oder klare Kante“. Friederike Krippner, Direktorin der Evangelischen Akademie in Berlin, erklärte dazu: „Das Gespräch zu suchen mit dem einzelnen Menschen, den ich kenne, lohnt immer. Beziehung ist stärker als Propaganda. Aber das Gespräch im öffentlichen Rahmen mit AfD-Funktionären lehne ich mittlerweile ab. Wir erleben, wie das öffentliche Gespräch durch Missachtung aller Regeln des Diskurses für Propaganda missbraucht wird.“

Sebastian Kranich, Direktor der Evangelischen Akademie in Thüringen, beschreibt im Gespräch mit *zeitzeichen* den Hintergrund der Veranstaltungsreihe „Wir wollen in Ostdeutschland enger zusammenarbeiten, denn unsere Demokratie ist gerade besonders herausgefordert.“ Eine Regierungsübernahme durch die AfD in Thüringen, Sachsen oder Brandenburg halte er für unwahrscheinlich. Aber möglicherweise erhalte sie so viele Stimmen, dass sie über eine Sperrminorität verfüge. Deshalb gehe es den Akademien nun auch darum, Positionen zu markieren und den öffentlichen Raum nicht der AfD zu überlassen. „Der Montag darf nicht von den anderen besetzt werden. Das ist schließlich der Tag, an dem zur Wendezeit auch mit kirchlicher Beteiligung die Demokratie erstritten wurde.“ Nun gehe es darum, sie zu verteidigen. 

Ein moderner Blick auf das Buch der Bücher



Gebunden mit Schutzumschlag - €20,- (D)

Sachkundig und klug zeigt dieses Buch, wie man die Bibel als aufgeklärter Mensch wertschätzen kann, ohne seine Vernunft an der Garderobe abgeben zu müssen. Auch wir Menschen des 21. Jahrhunderts kommen in ihr vor, darum bleibt die Bibel ein Leitfaden für zeitgenössische ethische Fragen.

Leseprobe:



GÜTERSLOHER
VERLAGSHAUS 



Blick in den leeren Ratssaal der Stadt Magdeburg.

„Demokratie braucht Demokraten“

Gespräch mit der früheren Journalistin Elisabeth Niejahr über das Superwahljahr 2024, „strickjackige Politik“ und den Sexappeal einer Bezirksverordnetenversammlung

zeitzeichen: Frau Niejahr, Sie sind aufgewachsen in einem christlichen Elternhaus, Ihr Vater war Pfarrer. Hatte das Auswirkungen auf Ihr Demokratieverständnis?

ELISABETH NIEJAHR: Auf jeden Fall. Ich glaube, dass das biblische Gebot der Nächstenliebe auch sehr gut mit den Werten zusammenpasst, die für eine liberale Demokratie essenziell sind. Der Respekt vor Andersdenkenden etwa, oder auch die Unhinterfragbarkeit der Menschenwürde, und zwar unabhängig von Status, Geschlecht oder Herkunft. Da gibt es eine Verbindungslinie, übrigens auch bei vielen Politikern und Politikerinnen, die auch durch ihren Glauben oder eine kirchliche Sozialisation zu ihrer politischen Arbeit motiviert werden. Denken Sie etwa an Andrea Nahles, Manuela Schwesig, Annette Schavan, Herrmann Gröhe, Ursula von der Leyen, Angela Merkel ...

War das bei Ihnen auch so? Sie haben lange Zeit als Journalistin für die politische Meinungsbildung und für die Demokratie gearbeitet.

ELISABETH NIEJAHR: Bevor ich lesen konnte, kannte ich schon viele Bibelzitate, die auf die Macht von Werten und Idealen abzielen, etwa „Der Mensch lebt nicht vom Brot allein“. Das ist sicher eine lebenslängliche Prägung, die sich in meiner journalistischen Arbeit niedergeschlagen hat. Eine Stiftung, die sich dem Thema Demokratie verpflichtet fühlt, ist aber auch kein schlechter Ort für Leute wie mich.

Sie leiten seit vier Jahren den Bereich „Demokratie stärken“ der Hertie-Stiftung. Ist die Demokratie heute gefährdeter als damals?

ELISABETH NIEJAHR: Objektiv schon, etwa mit Blick auf die gestiegene Zahl der Menschen weltweit, die nicht in einer Demokratie leben. Subjektiv war aber damals schon die gefühlte Bedrohung der Demokratie, die ja ohnehin schwer messbar ist, ähnlich ausgeprägt wie heute. 2019, als ich mich zu diesem Schritt entschied, war die öffentliche Debatte sehr stark geprägt durch die Trump-Wahl, durch den Brexit, durch die ersten Wahlerfolge der AfD.

Und nun müssen wir mit Trumps Wiederwahl und noch mehr Stimmen für die AfD rechnen.

ELISABETH NIEJAHR: Wir erleben gerade einen absoluten Stresstest für die Demokratie. In diesem Superwahljahr ist die Demokratie vielfältig herausgefordert, unter anderem durch die Wahl in den Vereinigten Staaten, aber auch in Indien, was nicht viele auf dem Schirm haben. Mit Blick auf die Europawahl bin ich jetzt in der ersten Jahreshälfte 2024 wieder etwas optimistischer als in der Weihnachtszeit, denn wir erleben gerade in Deutschland eine starke demokratische Bewegung und vielerlei Initiativen aus der Zivilgesellschaft. Es wird in den kommenden Wochen aber sehr darauf ankommen, dass die Menschen nicht nur über die Krise der Demokratie reden, sondern ihr Wahlrecht auch wirklich nutzen. Gerade auch junge Menschen ab 16, die ja bei der Europawahl zum ersten Mal dabei sind.

Für die Landtagswahlen in Ostdeutschland werden der AfD große Gewinne vorhergesagt. Viele sehen das als Zeichen für ein Demokratiedefizit durch 40 Jahre sozialistische Diktatur. Sie auch?

ELISABETH NIEJAHR: Ausdrücklich nein. Diese Einschätzung halte ich auch für vermessen. Ich tue mich sehr schwer damit, verallgemeinernd über die Ostdeutschen zu sprechen und ihnen bestimmte Eigenschaften zuzuschreiben. Immerhin waren es Ostdeutsche, die sich in der ehemaligen DDR unter persönlichen Risiken für die Demokratie eingesetzt haben. Sicher ist aber, dass in Ostdeutschland die Zivilgesellschaft deutlich schwächer ausgeprägt ist, sie muss unterstützt werden.

Wie kann das geschehen?

ELISABETH NIEJAHR: Zum Beispiel so, wie es die Initiative Zukunftswege Ost tut. Sie sammelt Geld bei Stiftern und Unternehmern in ganz Deutschland ein, um gezielt in den Neuen Bundesländern zu investieren. Es gibt im Osten einfach weniger Erbschaften und weniger Vermögen, und das schlägt sich zum Teil eben auch in geringeren Ressourcen für zivilgesellschaftliche Akteure nieder.

Aber wird neues Geld aus dem Westen das Grundgefühl verändern, von Westdeutschland übernommen worden zu sein? Keine Experimente, Marktwirtschaft, Grundgesetz – alles wie im Westen, ohne wirklich darüber entschieden zu haben. Das hat doch eine Distanz zum parlamentarischen System Bonner Prägung erzeugt, oder?

ELISABETH NIEJAHR: Ich würde das anders beschreiben. In den so genannten neuen Bundesländern haben die Menschen die Erfahrung gemacht, dass man ein politisches System abschütteln kann, dass jede politische Ordnung endlich ist und morgen die Karten wieder ganz neu gemischt werden können. Das ermutigt einige, das System grundsätzlich in Frage zu stellen. Richtig ist aber auch, dass viele Menschen im Osten Deutschlands Politikern und vor allem Parteien generell mit viel größerem Misstrauen begegnen. Das hat wahrscheinlich auch damit zu tun, dass es in der DDR viele scheindemokratische Institutionen gab und der Opposition nicht viel zugetraut wurde. Und das

Misstrauen gegenüber den Medien ist ebenfalls größer. Wer über Jahrzehnte Medien vor allem als Ort der Propaganda erlebt hat und die Wahrheit in der Zeitung mit der Lupe suchen musste, begegnet Journalismus wahrscheinlich grundsätzlich mit einer großen Skepsis.



Foto: Hertie-Stiftung/Stefan Lucks

Elisabeth Niejahr ist seit Januar 2020 Geschäftsführerin des Bereichs „Demokratie stärken“ der Gemeinnützigen Hertie-Stiftung. Zuvor arbeitete sie als Journalistin, unter anderem 18 Jahre lang im Berliner Büro der Wochenzeitung „Die Zeit“, zudem beim „Spiegel“ und als Chefreporterin der „Wirtschaftswoche“. Im Jahr 2020 erhielt sie für ihre Berichterstattung über Ökonomie und Gesellschaft die Auszeichnung „Wirtschaftsjournalistin des Jahres“. Sie studierte Volkswirtschaftslehre in Köln, London und Washington.

War es damals ein Fehler, dass wir nicht eine gemeinsame neue Verfassung geschrieben haben, sondern das Grundgesetz einfach übernommen wurde? Hätte das vielleicht etwas verändert? Würde es jetzt noch etwas verändern?

ELISABETH NIEJAHR: Wir haben ein sehr, sehr gutes Grundgesetz. Es ist gut, an so etwas nicht zu rühren und stabile Institutionen, die man hat, als fix zu betrachten. Man hat ja zum Beispiel in den USA gesehen, dass die Verfassungsinstitutionen auch unter widrigen Bedingungen funktio-

nieren und zu einer Stabilisierung einer Demokratie sehr viel beitragen können. Ich habe großen Respekt vor den Vätern und Müttern des Grundgesetzes, die so ein Werk in einer Zeit, in der Deutschland teilweise noch in Trümmern lag, hervorgebracht haben. Aber vielleicht ist es wirklich unglücklich, immer von „75 Jahren Grundgesetz“ zu sprechen. Das blendet mal wieder die erlebte Geschichte der Ostdeutschen aus.

Aber auch die ist ja bei den meisten weniger mit Verfassungsparagrafen als mit emotionalen Erinnerungen verbunden. Um da ein Gegengewicht zu schaffen: Müsste Demokratie nicht eigentlich emotionaler und charismatischer sein, als sie es jetzt ist?

ELISABETH NIEJAHR: Emotionaler? Da bin ich skeptisch. Unsere Debatten sind derzeit emotional so aufgeladen, voller Wut, manchmal Hass. Das dient selten dem Erkenntnisgewinn. Ich wünsche mir eher Versachlichung, Gelassenheit und kühle Analysen. Wir brauchen aufklärerische Tugenden, um in der Demokratie gut zurechtzukommen. Könnten unsere

Immer von „75 Jahren Grundgesetz“ zu sprechen, blendet mal wieder die erlebte Geschichte der Ostdeutschen aus.

Politiker trotzdem etwas charismatischer sein? Im Zweifel ja, auch hier haben wir es sicher mit einem historischen Erbe zu tun. Der große Auftritt der charismatischen Persönlichkeit mit brillanter Rhetorik stand bei uns lange unter Pauschalverdacht und wurde schnell mit Goebbels und Propaganda assoziiert. Das führte in Deutschland zu einer Strickjackisierung der Spitzenpolitik. Helmut Kohl, Kurt Beck, Angela Merkel, Olaf Scholz – ich sehe da eine Linie. Die Deutschen suchen andere Qualitäten bei ihrem Spitzenpersonal als Glamour und die Neigung zur großen, glanzvollen Geste.

Andererseits ist ein Streit auf hohem rhetorischem Niveau ja auch ein kultureller Genuss ...

ELISABETH NIEJAHN: ... und eine wichtige Tugend in einer demokratischen Gesellschaft. Deshalb gehört Rhetorik auch in die Schule. Die Hertie-Stiftung hat vor 20 Jahren den Wettbewerb „Jugend debattiert“ gegründet, an dem sich mittlerweile knapp 1 500 Schulen und 200 000 Jugendliche pro Jahr beteiligen. Da geht es auch nicht nur ums Reden, sondern auch ums Zuhören, zu lernen, andere Meinungen auszuhalten, es geht um Ambiguitäts- und Frustrationstoleranz und vor allem um den Perspektivwechsel. Die Jugendlichen debattieren nach dem Anwaltsprinzip, es wird ausgelost, welche Meinung sie zu vertreten haben. Das macht natürlich was im Kopf, wenn man das immer wieder übt.

Ein anderes Ihrer Programme zur Demokratieförderung will Menschen für den Politikberuf begeistern, aber auch Verständnis für Politiker und Politikerinnen vermitteln. Wie wollen Sie das erreichen?



Unterzeichnung des Grundgesetzes im Parlamentarischen Rat in Bonn am 23. Mai 1949.

ELISABETH NIEJAHN: Wir laden ganz unterschiedliche Gruppen in Workshops ein, etwa Menschen, die in die Kommunalpolitik wollen, oder auch Alleinerziehende, weil sie einfach aus Zeitmangel oft unterrepräsentiert sind. Wir haben das mit Wissenschaftlern gemacht, mit Menschen mit Migrationsgeschichte und holen demnächst noch junge Menschen als Zielgruppe dazu. Denn es gibt eine große Diskrepanz zwischen dem Wunsch, politisch gestalten zu wollen, und der Bereitschaft, das in einer Partei zu tun. Ohne die Parteien geht es nicht. Aber sie müssen einladender werden, familienfreundlichere Formate schaffen, die kommunale Ebene stärken.

Was machen Sie mit den Menschen in den Workshops?

ELISABETH NIEJAHN: Wir schulen diejenigen, die sich vorstellen können, ein Mandat zu übernehmen und vielleicht noch eine letzte Ermutigung und Inputs dazu brauchen. Die bekommen sie, etwa von Professoren von der Hertie-School, die theoretischen Überbau liefern. Aber wir beschäftigen uns auch mit Social-Media-Kommunikation und politischer Kultur, zum Beispiel dem Umgang mit Fehlern. Wir haben zu Corona-Zeiten eine Fehlerkultur-Challenge organisiert: Politiker haben in Kurzvideos über Fehler, die sie gemacht haben, gesprochen und dann jeweils jemand anderes nominiert, der weitermachen sollte. Diese Videos haben fünfstelligen Abrufzahlen erreicht. Das haben wir weiterentwickelt zu „FuckUp-Nights“ für Demokratie, inzwischen eine ganze Serie in vielen Städten mit Hunderten von Zuschauern. Da haben wir ein innovatives politisches Format mit auf den Weg gebracht.

Sie gehen auch in die Betriebe und bieten dort Schulungen an. Dabei geht es ja dort nicht immer demokratisch zu, und das akzeptieren wir.

ELISABETH NIEJAHN: In vielen Bereichen der Gesellschaft wird nicht demokratisch agiert, nicht nur in Betrieben, sondern auch in der Familie, in der Schule und vielen anderen Lebensbereichen sind wir ständig mit

Entscheidungen konfrontiert, die nicht demokratisch zustande kommen. Insofern stimme ich Ihnen zu. Gleichzeitig sind Betriebe Orte, an denen zumindest der berufstätige Teil der Bevölkerung wahnsinnig viel Zeit verbringt und wo sehr unterschiedliche Menschen zusammenkommen. Deswegen können dort Pluralismus, Vielfalt, Toleranz und gutes Streiten geübt und praktiziert werden. Und wenn ein Unternehmen mit seiner Kultur dazu beiträgt, dass demokratische Tugenden angewendet werden und vielleicht auch noch ein bisschen zu Zivilcourage ermutigt, dann zahlt das auf die ganze Demokratie ein. Denn Demokratie funktioniert nicht nur durch gute Institutionen. Eine Demokratie braucht Demokraten – Menschen, die demokratische Werte verinnerlicht haben und leben wollen. Da können Arbeitgeber einen wichtigen Beitrag leisten.

Sie haben lange als Journalistin bei sehr renommierten Medien gearbeitet. Jetzt schauen Sie von außen darauf. Machen die Medien einen guten Job als Vermittler und Wächter der Demokratie?

ELISABETH NIEJAHN: Medien sind gleichermaßen Teil der Lösung wie Teil des Problems. Ich fühle mich dem Journalismus immer noch so nahe, dass ich in erster Linie mit ganz viel Loyalität und Bewunderung für viele Journalisten und Journalistinnen auf die Branche blicke. Gerade für diejenigen, die berichtend ihren Job machen unter erschwerten Bedingungen. Ich sehe gleichzeitig, wie sehr die Branche unter Druck ist. Das größte Defizit im Journalismus im Moment ist, dass es in vielen Orten keine Lokalberichterstattung mehr gibt. Demokratie wird besser, wenn kritische Journalisten hinsehen, auch auf kommunale Vorgänge. Es ist wichtig, dass die Menschen in den Kommunen ihren Abgeordneten oder ihr Ratsmitglied kennen und wissen, was diese tun. Wenn aber erstens die Kandidaten fehlen und zweitens Berichterstattung, ist es wirklich ein Alarmsignal.

Wie bewerten Sie den Nutzen von Social Media für die Demokratie?

ELISABETH NIEJAHR: Social Media werden von der Opposition in Teheran genutzt, um die Weltöffentlichkeit auf ihre Themen aufmerksam zu machen. Das ist ein klarer Nutzen für die Demokratisierung. Und gleichzeitig nutzen rechtsextreme Trolle diese Kanäle, um ihre Meinung unter das Volk zu bringen. Die KI wird diese Spannung noch verstärken. Wir sind in einem historischen Wettlauf: Wird die KI für noch mehr Desinformation sorgen durch gefakte Videos, oder wird die Bevölkerung ihre Medienkompetenz stärken, so dass diese Desinformation am Ende nicht gelingt? Dieses Rennen scheint mir noch nicht entschieden zu sein.

Damit sind wir beim Thema Demokratie als Bildungsaufgabe.

ELISABETH NIEJAHR: Und da gibt es Riesendefizite. Umfragen zufolge sehen Schulleiter und Schulleiterinnen Demokratie als absolutes Topthema. Aber wenn sie dann gefragt werden, wie viel Zeit sie im Schulalltag diesem Thema widmen, steht das in keinem Verhältnis zu der erklärten Wichtigkeit des Themas. Dabei haben wir durch den Rechtsanspruch auf Ganztagsbetreuung jetzt ein historisches Fenster der Möglichkeiten, das wir nutzen sollten. Im Lebensraum Schule verbringen nun auch junge Kinder mehr Zeit. Das ist eine gute Gelegenheit, sich in Projektwochen oder nachmittags im Hort mit Fragen der Demokratie zu beschäftigen. Ich würde mir vor allem wünschen, dass Schüler viel mehr über die Kommunalpolitik lernen.

Warum?

ELISABETH NIEJAHR: Kommunalpolitik steht oft unter Piefigkeitsverdacht. Ich finde sie besonders relevant. Denn Entscheidungen, die im Rathaus gefällt werden, wirken oft viel direkter in das Leben der Menschen hinein als viele bundespolitische Debatten. Aber für diesen Blick muss man werben. Dass die Menschen mittlerweile schrumpelige Brandenburger Äpfel schöner finden als einen glatten Granny Smith, ist ja auch nicht vom Himmel gefallen.

Könnte man nicht auch die schrullige Bezirksverordnetenversammlung sexy finden? Wo kann man sonst gut politisch gestalten wie auf kommunaler Ebene? Trotzdem gibt es unheimliche Barrieren zwischen Schulen und Kommunalpolitik. Wir versuchen aber, diese Welten zusammenzubringen.

Sie beziehen sich auf das Projekt ihrer Stiftung, bei dem Jugendliche tatsächlich Entscheidungen treffen dürfen in Kommunen, wenn sich die Kommunen dazu bereit erklären.

ELISABETH NIEJAHR: Nicht nur das. Die Bürgermeister und Bürgermeisterinnen müssen sich mit einem Video persönlich um die Teilnahme bewerben. Denn wenn der Chef einmal seine Nase für ein Projekt hingehalten hat, dann ist die Wahrscheinlichkeit auch groß, dass er hinterher auch für dessen Durchsetzung sorgt. Es ist wirklich immer wieder anrührend zu sehen, was die Kommunen sich dazu alles einfallen lassen. Wir hatten zum Beispiel einen Bürgermeister als Bewerber, der hat sich an seinen dicken Bürgermeisterschreibtisch gesetzt, und zwar mit den Füßen nach oben, und den Jugendlichen zugesagt, dass sie in der Gemeinde alles auf den Kopf stellen dürfen, wenn sie wollen.

Wollen die Jugendlichen das denn auch?

ELISABETH NIEJAHR: Das ist sehr unterschiedlich. Wenn die Kommune wenig Geld hat, geht es manchmal um eher kleine symbolische Dinge. Oft sind es Ökothemen, von der Blühwiese bis zu Aufforstungsprogrammen, manchmal agieren die Jugendlichen auch in eigener Sache und sorgen für einen neuen Bolzplatz oder einen Skater-Park. Aber es gibt auch Kommunen, die jüngere Menschen in Sanierungsprogramme für die ganze Stadt einbinden. Ein Bürgermeister hat mal gesagt, die Jugendlichen brächten ganz ähnliche Themen nach vorne wie der Seniorenbeirat. Denn beide Gruppen verbringen besonders viel Zeit im öffentlichen Raum, weshalb sie oft ein besonders gutes Gespür für dessen Gestaltung besitzen. Und das ist in der Demokratie ein wichtiges

Thema. Es geht am Ende also gar nicht nur um ein pädagogisches Projekt, bei dem die Jugendlichen ein bisschen üben dürfen. Die Kommunalpolitiker und die Jugendlichen profitieren voneinander.

Wo sehen Sie die Aufgabe der Kirchen und der kirchlichen Einrichtungen im Kampf für die Demokratie?

ELISABETH NIEJAHR: Unter anderem darin, Menschen den Rücken zu stärken, für Schwächere einzustehen, die in diesen Zeiten besonders attackiert, ausgegrenzt werden. Es gibt nun mal Orte, mehr in Ostdeutschland als in Westdeutschland, wo rechts-extreme Gewalttätige unterwegs

Es hat mich etwas überrascht, dass die Kirchen sich so deutlich gegen die AfD positioniert haben.

sind, so dass etwa für People of Color Gewalt alltäglicher geworden ist. Denjenigen den Rücken zu stärken, die in so einem Kontext für Mitmenschlichkeit eintreten, gegen Ausgrenzung, für Toleranz, das können Kirchen besonders gut. Sie können Mitglieder und die Gläubigen emotional erreichen durch die starken Werte. Ich fand es interessant, dass die Kirchen sich jetzt so deutlich gegen die AfD positioniert haben. Das hat mich auch etwas überrascht.

Positiv überrascht?

ELISABETH NIEJAHR: Ich glaube, dass es viele Menschen in den Kirchen gibt, die Orientierung auch bei dieser Frage suchen. Gleichzeitig ist es ein Balanceakt, wenn sich Institutionen mit sehr heterogener Mitgliedschaft zur Parteipolitik äußern. Wir in der Stiftung reden ganz bewusst in diesem Diskurs darüber, wofür wir sind, und nicht, wogegen wir sind. Die Kirchen haben aber teilweise eine andere Rolle und haben gute Gründe, sich so zu verhalten, wie sie es tun. ◀

Das Interview führte Stephan Kosch am 15. März 2024 in Berlin.

Kein Widerstand gegen die Nazis

Ein Kampf für eine freie Kirche und ein Kompromiss: 90 Jahre Barmer Synode

THOMAS MARTIN SCHNEIDER

Sie waren meist alles andere als Nazi-Gegner, die knapp 140 Synodalen, die vor 90 Jahren bei der ersten Bekenntnissynode Ende Mai 1934 in Wuppertal-Barmen ihre berühmte Erklärung erarbeiteten. Und in das Reich der Legende gehört wohl auch das viel zitierte Bonmot Karl Barths, die Lutheraner hätten sich einem Mittags-schlaf hingegeben, während er wach geblieben und den Text allein verfasst habe. Dies erklärt der Kirchenhistoriker Thomas Martin Schneider.

Sie hätte eine vorbildliche Gestalt der Kirchengeschichte werden können: Stephanie von Mackensen, die einzige Frau unter 139 Synodalen auf der ersten Reichsbekenntnissynode, die vor 90 Jahren, vom 29.–31. Mai 1934, in Wuppertal-Barmen tagte und unter anderem die berühmte Theologische Erklärung verabschiedete. Auf dem Foto auf der Titelseite der „Barmer Zeitung“ von damals sticht sie im hellen Kostüm in der Mitte von lauter dunkel gekleideten kirchenleitenden Männern deutlich hervor. Aus heutiger Sicht eignet sich Mackensen leider nicht als Vorbild, weil sie seit 1932 Mitglied der NSDAP war und sich 1938 sogar erfolgreich gegen ihren Parteiausschluss wehrte, der wegen ihres bekenntniskirchlichen Engagements angestrebt wurde. Genau wie Mackensen

Es war offenbar kein Problem: der Kampf für eine freie Kirche und die Zustimmung zum NS-Regime.

dachten die allermeisten männlichen Synodalen. Das, was für uns heute kaum verständlich ist, war für die große Mehrheit der Delegierten von Barmen offenbar kein Problem: den Kampf für eine freie Kirche mit einer Zustimmung zum Nationalsozialismus in Einklang zu bringen.

Mit der Barmer Erklärung verfolgte man deshalb auch keine politischen, ge-

schweige denn widerständigen Absichten. Der Hauptverfasser, der Schweizer reformierte Theologe Karl Barth, damals bereits ein bekannter Professor an der Bonner Universität, erinnerte sich 30 Jahre später: „Die Barmer Synode und diese Theologische Erklärung waren ja damals eine strenge theologisch-kirchliche Angelegenheit, und von vielen Seiten wurde größtes Gewicht darauf gelegt zu beteuern, behüt' uns Gott davor, daß das irgend etwas mit Politik, vielleicht mit oppositioneller Politik zu tun haben könnte! Nein! Es geht uns nur um die Kirche, nur ums Evangelium und seine Reinheit.“ Barth, der dem Nationalsozialismus kritisch gegenüberstand, war sich darüber im Klaren, dass es eine unpolitische Haltung eigentlich gar nicht geben kann. Er fügte deshalb sofort hinzu: „Faktisch aber hat diese Barmer Synode damals, ob wir es wollten oder nicht, auch ihre hochpolitische Bedeutung gehabt.“

Totalitäre Ideologie

Wie ist das zu verstehen? Für gewöhnlich stützen diejenigen, die sich aus der Politik heraushalten wollen, faktisch die herrschenden Machtverhältnisse – ein Vorwurf, den sich auch die Bekennende Kirche, die sich in Barmen formierte, immer wieder gefallen lassen musste. Die nationalsozialistischen Machthaber stuften allerdings den sogenannten „Kirchenkampf“ zwischen den „Deutschen Christen“ und der Bekennenden Kirche, je länger, je mehr, als politisch oppositionell ein. Denn ihrer totalitären Ideologie entsprechend, wollten sie sämtliche Bereiche der Gesellschaft, also auch die damals durchaus noch einflussreichen Kirchen, gleichschalten. Das bekam sogar Stephanie von Mackensen zu spüren, die selbst glimpflich davonkam, deren Ehemann aber im Zuge des Parteigerichtsverfahrens seinen Posten als Vizepräsident der Provinz Pommern verlor.

In einer hochpolitisierten Zeit mit agitatorisch aufgeputschter ideologischer Stimmung, in der erwartet wurde, dass alle stets freudig miteinstimmten in den

Ruf „Heil Hitler!“ und ein unbeteiligtes Abseitsstehen bereits als Verrat galt – in einer solchen Zeit galt die heutzutage ganz harmlos anmutende Beanspruchung eines kirchlichen Freiraums, in dem man nichts weiter tun wollte, als „Theologie und nur Theologie zu treiben“, bereits als ein Politikum. Das hatte Barth so bereits knapp zwei Jahre zuvor in seiner programmatischen Schrift „Theologische Existenz heute!“ ausgeführt. Mit dieser Schrift hatte er auf den erzwungenen Rücktritt Friedrich von Bodelschwinghs reagiert, der nur 30 Tage lang erster Reichsbischof der neu gegründeten Deutschen Evangelischen Kirche gewesen war. Durch die Schaffung der Reichskirche und Bodelschwinghs Wahl hatten die kirchlichen Repräsentanten gehofft, die Gleichschaltung der Kirche noch abwenden zu können. In der „Theologischen Existenz heute!“ hatte Barth das nun heftig kritisiert: Man habe sich überstürzt auf (kirchen-)politisches Terrain begeben, ohne dies theologisch weiter zu reflektieren, und auf diesem Terrain habe man gegen den übermächtigen Zeitgeist nur verlieren können. Notwendig aber sei, so Barth, ein geistliches Widerstandszentrum.

In diesem Punkt traf Barth sich ungeachtet aller Differenzen mit den Vertretern des lutherischen Flügels der Bekennenden Kirche. Diese klammerten sich an die lutherischen Bekenntnisschriften aus dem 16. Jahrhundert, mit denen sie sich vor den Gefahren der aktuellen Ideologie immunisieren wollten. Die Barmer Erklärung war ein historisch bemerkenswerter Brückenschlag zwischen Kirchenleuten, die stark von der Wort-Gottes-Theologie Barths geprägt waren, und traditionell lutherisch geprägten Kirchenleuten. Während jene sich vor allem in den von den „Deutschen Christen“ beherrschten unierten Landeskirchen wie in Preußen zu oppositionellen Bruderräten zusammengeschlossen hatten, hatten diese ihre Basis in den sogenannten „intakten“ lutherischen Landeskirchen Bayern, Hannover und Württemberg, in denen die „Deutschen Christen“ das

Kirchenregiment nicht hatten erobern können.

Wenn Barth auch der Hauptverfasser der Barmer Erklärung war, so waren doch lutherische Theologen, vor allem der frühere Altonaer Pfarrer Hans Asmussen und der bayerische Oberkirchenrat Thomas Breit, von Anfang an an der Abfassung beteiligt. Das viel zitierte Bonmot Barths, die Lutheraner hätten sich einem Mittagsschlaf hingegeben, während er wach geblieben und den Text allein verfasst habe, gehört wohl eher in das Reich der anekdotenhaften Legenden.

Die Barmer Erklärung war ein aktuelles Bekennen allgemeiner reformatorischer Grundwahrheiten. Sie war zugleich eine – Barthianer und Lutheraner miteinander verbindende – „antimodernistische Ab-

sage“ (Martin Honecker) an den liberalen Kultur- und Neuprottestantismus, den man für die Irrlehren der „Deutschen Christen“ verantwortlich machte. Hier haben insbesondere die Warnungen davor, Botschaft und Ordnung der Kirche „dem Wechsel der jeweils herrschenden weltanschaulichen und politischen Überzeugungen [zu] überlassen“ (These III, ähnlich These VI), ihren Sitz im Leben.

„Verwüstung der Kirche“

Bereits in der „Theologischen Existenz heute!“ hatte Barth die „fatale Theologie des 19. Jahrhunderts“ für den „theologischen Modernismus bei den ‚Deutschen Christen‘“ verantwortlich gemacht. Das deckte sich mit der Einschätzung Asmussens, der

in seinem Einbringungsreferat auf der Synode betonte, die Theologische Erklärung erhebe Protest „gegen dieselbe Erscheinung, die seit mehr als 200 Jahren die Verwüstung der Kirche schon langsam vorbereitet hat“.

Die Tatsache, dass die Barmer Erklärung nur im Zusammenhang mit dem Referat Asmussens angenommen wurde, und zwar einstimmig, zeigt, dass diese Interpretation keine Einzelmeinung war.

Der Kompromisscharakter der Barmer Erklärung zeigt sich auch in der Spannung zwischen den Thesen II und V. Während jene Barths Lehre von der „Königsherrschaft Christi“ entspricht und dem Totalitätsanspruch der Nationalsozialisten gewissermaßen den Totalitätsanspruch Christi entgegenstellt, entspricht diese der lutherischen Lehre von den zwei zu unterscheidenden Regimenten. Barths exklusives Offenbarungsverständnis spiegelt These I, die im Übrigen an die allgemein-reformatorischen Exklusivartikel „solus Christus“ und „sola scriptura“ erinnert und dabei den Wortlaut des Heidelberger Katechismus (Frage 1) aufgreift. In den Thesen III und VI dagegen klingt das Kirchenverständnis des lutherischen Augsburger Bekenntnisses (Artikel VII) an. These IV ist eine Absage an das Führerprinzip im kirchlichen Bereich, kann aber wohl auch als Abgrenzung gegenüber dem katho-

These IV ist eine Absage an das Führerprinzip im kirchlichen Bereich.

lischen Amts- und Kirchenverständnis verstanden werden. Dass die Barmer Erklärung keineswegs intendierte, die verschiedenen evangelischen Konfessionen miteinander zu vermischen und eine Einheitskirche anzustreben, machen Prolog und Epilog unmissverständlich deutlich.

Die Barmer Erklärung wurde bald zu einem der bekanntesten Dokumente der evangelischen Kirchengeschichte Deutschlands – mit Wirkungen weit über den deutschen Raum und die evangelische Kirche hinaus. In vielen, insbesondere reformierten und unierten Kirchen hat sie den Rang eines Bekenntnisses erlangt, auf

Ein Reprint der „Barmer Zeitung“ vom 31. Mai 1934 mit einem Bericht über die Synode.



Foto: epd-bild/Uwe Möller

das Pfarrerinnen und Pfarrer bei der Ordination verpflichtet werden. Sie wird nicht nur als „Magna Charta“ der Bekennenden Kirche, sondern auch als Dokument kirchlichen Widerstandes rezipiert.

„Barmen-Jubiläen“ wurden und werden regelmäßig gefeiert. „Barmen“ hat Künstlerinnen und Künstler inspiriert. Eine Briefmarke ist dem Thema gewidmet. Es gehört zu den verbindlichen Inhalten des

Theologisch und politisch hat man „Barmen“ für gegensätzliche Interessen in Anspruch genommen.

evangelischen Religionsunterrichtes. Theologisch und politisch hat man „Barmen“ für ganz unterschiedliche, ja sogar gegensätzliche Interessen in Anspruch genommen. Auf „Barmen“ beriefen sich gleichermaßen

Konservative, Evangelikale, Lutheraner, Reformierte, Unierte, politisch Progressive, Marxisten-Leninisten und Antimarxisten, DDR-Kritiker und DDR-Befürworter, CDU und SPD.

Neue Israel-Theologie

„Barmen“ wurde zur Begründung einer neuen Israel-Theologie herangezogen, aber auch als damit gänzlich unvereinbar angesehen; Entsprechendes gilt für die evangelisch-katholische Ökumene. Die sozialen Protestbewegungen haben sich auf „Barmen“ berufen, vom Kampf gegen die Apartheid bis zum Kampf gegen Kapitalismus und Globalisierung, aber auch deren konservative Gegner. „Barmen“ konnte entweder insgesamt – nicht selten euphorisch – positiv oder, wie von liberaler, jüdischer und islamischer Seite, wegen des

christologischen Exklusivitätsanspruchs eher negativ bewertet werden.

Durch die Berufung auf „Barmen“ wollte man sich einen höheren Legitimationsgrad für die jeweils eigenen Ziele verschaffen. Schon 1984 urteilte der Jurist Martin Kriele: „In der Anlehnung an die Barmer Theologische Erklärung leiht man sich etwas von dem Pathos des Widerstands, der Redlichkeit, der Klarsicht, des Mutes, des Erfülltseins vom Heiligen Geist. Ein wenig von der Dankbarkeit und Ehrfurcht [...] mag dann auch auf die Positionen abgeleitet werden, die sich heute auf die Barmer Erklärung beziehen.“ Die Wirkungsgeschichte der Barmer Erklärung ist ein Lehrbeispiel dafür, wie sich die Rezeption eines bedeutenden Textes gewissermaßen verselbständigen und dessen ursprüngliche, eher theologisch-konservative Intention gleichsam überlagern kann. ◀

Eine Skulptur in Erinnerung an die „Barmer Erklärung“ in der Fußgängerzone von Wuppertal-Barmen.



Foto: epd-bild/Uwe Möller

Christus in der Kraft des Geistes

Barmen 1934, Belhar 1982, Luther 1518 und die religiösen Herausforderungen in Europa heute

MICHAEL WELKER

Ausgehend von der Barmer Theologischen Erklärung von 1934 und dem südafrikanischen Bekenntnis von Belhar von 1982 skizziert der Heidelberger Systematische Theologe Michael Welker im Rückgriff auf Martin Luther die Möglichkeit einer lebendigen Geist-Christologie. Sie ist für ihn der notwendige Impuls gegen eine heute weit verbreitete „Christophobie“. Ein Beitrag zum Barmen-Jubiläum und zum Pfingstfest.

Die Theologische Erklärung der Bekenntnissynode in Barmen vom 31. Mai 1934 ist bis heute ein kirchengeschichtliches und theologiegeschichtliches Ereignis mit weltweiter Ausstrahlung. In dieser Erklärung setzt sich die Bekennende Kirche in Deutschland mit der seit 1933 bestehenden nationalsozialistischen Diktatur auseinander. Sie richtet sich gegen die fatale Theologie der sogenannten Deutschen Christen, die mit ihrer „Ein Gott – ein Volk – ein Führer“-Ideologie die Evangelische Kirche der Diktatur Hitlers anpassen wollen (siehe Seite 43).

Kern der Erklärung ist eine strenge Konzentration von Theologie und Kirche auf Jesus Christus und seine Bezeugung in den biblischen Texten. „Jesus Christus ist das eine Wort Gottes, das wir zu hören, dem wir im Leben und im Sterben zu vertrauen und zu gehorchen haben.“ Das sagt die erste „Barmer These“. Durch Jesus Christus „widerfährt uns die frohe Befreiung aus den gottlosen Bindungen der Welt ...“ (2. These). Die christliche Kirche bezeugt, dass sie allein das Eigentum von Jesus Christus ist, dass sie „allein von seinem Trost und von seiner Weisung ... leben will“ (3. These). Als „Leib Christi“ ist sie eine geschwisterliche Gemeinschaft, die sich einem König, der Bruder und Freund, arm und ausgestoßen ist, zugehörig weiß (4. These). Sie lebt in der Erwartung auf das jetzt und endgültig kommende Reich



Foto: picture alliance/Rainer Hackenberg

Evangelische Kirche Gemarke in Wuppertal/Barmen. Hier wurde am 31. Mai 1934 die Barmer Theologische Erklärung verabschiedet.

Jesu Christi (5. These) und im Dienst an seinem Wort und Werk (6. These).

Die Barmer Erklärung ist eine Auseinandersetzung mit diktatorischer politischer und korrupter kirchlicher Macht, ein Kampf gegen die Unterdrückung von Freiheit und Wahrheit durch Gewalt und Lüge. Indem sie diese Auseinandersetzung unter Berufung auf Gottes Offenbarung in Jesus Christus und die biblischen Zeugnisse führt, folgt

die Barmer Erklärung dem großen Vorbild reformatorischer Theologie. Und sie wird selbst zum Vorbild für andere kirchliche Kämpfe in vergleichbar gefährlichen Situationen. Ein Beispiel dafür aus neuerer Zeit ist „Das Bekenntnis von Belhar“, das eine Gruppe von Theologen um Allan Boesak, Dan Clote und Dirkie Smit im Oktober 1982 der Generalsynode der Uniting Reformed Church in Southern Africa vorlegte.

Diese Kirche war damals innerhalb des südafrikanischen Apartheidssystem eine Kirche für „Farbige“, das heißt, für Menschen mit sogenannter gemischter Abstammung. Die Synode tagte damals in Belhar, einem Vorort von Kapstadt.

Das Bekenntnis orientiert sich an der Barmer Theologischen Erklärung. Darin wendet sich die „Uniting Reformed Church in Southern Africa“ gegen das brutale, rassistische Regime des Landes und eine von ihm dominierte Kirche. Dabei erweitert Belhar die strikt christologische und biblisch-theologische Orientierung Barmens trinitätstheologisch. Jesus Christus regiert die Kirche in der Gemeinschaft mit Gott dem Schöpfer und dem Heiligen Geist. Der Glaube an Jesus Christus und das Vertrauen auf die Macht des göttlichen Geistes und sein befreiendes und Menschen segensreich verbindendes Wirken befähigen zur Auseinandersetzung mit rassistischen, spaltenden und unterdrückenden Kräften in Politik und Kirchen.

Südafrikanische Freunde berichteten damals: Solange wir nur politisch und moralisch gegen das rassistische Apartheidregime zu kämpfen versuchten, gelangen befreiende Entwicklungen nicht. Erst als wir die politi-

Die revolutionäre Kraft Jesu Christi stellte Martin Luther 1518 in der Heidelberger Disputation vor Augen.

schon und kirchlichen Machenschaften und Kräfte theologisch orientiert entlarvten, begannen die Veränderungsprozesse.

Die revolutionäre Kraft einer an Jesus Christus und an den biblischen Überlieferungen orientierten Theologie hat bereits mehr als 450 Jahre vor dem Belhar-Bekenntnis der Reformator Martin Luther in seiner berühmten Heidelberger Disputation am 26. April 1518 vor Augen gestellt. Auch darin geht es um eine an Jesus Christus und an biblischer Theologie orientierte friedlich-kämpferische Auseinandersetzung mit unterdrückerischer Politik und einer ebensolchen Kirche.

Luther hatte sich zunächst in Predigten gegen das Ablassdenken und den Ablasshandel gewendet. Von tiefer Sorge bewegt, richtete er am 31. Oktober 1517, dem Tag, den wir heute als Beginn der Reformation ansehen, ein Schreiben an den Erzbischof von Mainz und an seinen Diözesanbischof von Brandenburg: „Ich beklage die falsche

Auffassung im Volk ... Die unglücklichen Seelen glauben, wenn sie nur Ablassbriefe lösen, seien sie ihrer Seligkeit sicher. So werden die Eurer Sorge anvertrauten Seelen, teurer Vater, zum Tode unterwiesen.“ Dann wurde Luther schärfer im Ton: „Welche Schande für einen Bischof, wenn er für das Evangelium kein Wort übrig hat und bloß den Ablasslärm in sein Volk ausgehen lässt.“

Öffentliche Anklage

Luther hatte in beigelegten Thesen provokativ gefragt: „Warum befreit der Papst nicht alle Seelen zugleich aus dem Fegfeuer um der allerheiligsten Liebe willen“, warum nur einzelne Zahlungswillige „um des allerunheilvollsten Geldes willen“? Buße könne allein aus der Erkenntnis der Sündenschuld des Menschen und der Gnade Gottes kommen. Beides aber werde offenbar, wenn die Christen „ihrem Haupte Christus durch Kreuz, Tod und Hölle nachzufolgen sich befleißigen“.

Als immer deutlicher wurde, dass die Angriffe auf den Ablasshandel zu einer öffentlichen Anklage gegen den Missbrauch kirchlicher Macht und die Verbreitung falscher religiöser Lehre wurden, verstärkten sich die Angriffe auf Luther. In dieser brisanten Situation baten Luthers Ordensoberen ihn wiederholt, auf das Ansehen des Augustinerordens Rücksicht zu nehmen: „Denn die andern Orden hupften schon vor Freuden ... die Augustiner mussten nu auch brennen.“ Vermutlich am 13. April 1518 machte sich Luther von Wittenberg aus – zunächst eine weite Strecke zu Fuß – auf den Weg zur Generalversammlung der Augustinereremiten in Heidelberg am 25. und 26. April 1518.

Sichtbar und zugewandt

Vorbereitet hatte er eine große, ja revolutionäre Auseinandersetzung mit der vorherrschenden scholastischen und metaphysischen Theologie seiner Zeit, die er als Grundlage der unheilvollen Ablasspraxis ansah. Luthers 28 theologische und zwölf philosophische Thesen wurden in Gegenwart einer großen Öffentlichkeit von fünf Doktoren der Theologie diskutiert.

Kerngedanken sind die Thesen: Nicht der heißt mit Recht ein Theologe, der Gottes unsichtbares Wesen durch seine Werke wahrnimmt und versteht. Wer diese Er-

kenntnis anstrebt, wird versuchen, „in die absoluten Spekulationen von der Gottheit“ sich einzuschleichen, wirft Luther den scholastischen Theologen vor. Sondern der heißt mit Recht ein Theologe, der das, was von Gottes Wesen sichtbar und der Welt zugewandt ist, als in Leiden und im Kreuz dargestellt, begreift. Gott hat der Welt in Jesus Christus seine Menschheit und Schwachheit zugewandt. Gott will, dass er, Gott, aus den Leiden erkannt werde. Gott will die „Weisheit des Unsichtbaren“ verwerfen und durch eine „Weisheit des Sichtbaren“ ersetzen.

Die Theologie des Kreuzes ist eine revolutionäre Theologie. Erst im Licht des Lebens Jesu und im Licht der „Ausgießung“ seines Geistes auf die Menschheit in der Macht seiner Auferstehung lässt sich diese Revolution in ihrem ganzen Ausmaß erfassen. Sie richtet sich – wie Luther klar erkennt – gegen Gottesvorstellungen und Gottesgedanken, die nur in tiefsinnigen Spekulationen ausgebildet werden und nur geistigen Eliten zugänglich sind. Und sie richtet sich gegen Formen von Religiosität, die von Gottes Auseinandersetzung mit dem Leiden, der Not und der vielfältigen Selbstgefährdung der Welt und der Menschen absehen. Die christologisch und biblisch-theologisch orientierte reformatorische Theologie führte zu einer umfassenden Bildungsbewegung, die langfristig menschliche Emanzipation und Freiheit fördernden Entwicklungen zuträglich war.

Zurück in unsere Gegenwart: Joseph H. H. Weiler, ein 1951 in Südafrika geborener orthodoxer Jude, Professor für Internationales Recht und Europarecht an der School of Law der New York University und am Europakolleg in Brügge, hat bereits vor zwanzig Jahren in seinem Werk „Ein christliches Europa“ unserem Kontinent eine Haltung der „Christophobie“ vorgeworfen. Im ängstlichen Bemühen, eine öffentliche Bezugnahme auf Jesus Christus und das Christentum zu vermeiden, würden der Rückgriff auf die kulturellen und geistigen Grundlagen Europas und ihre kreative Weiterentwicklung blockiert. So habe der letzte Entwurf der Verfassung der Europäischen Union mit einem Umfang von 70 000 Wörtern nicht ein einziges Mal das Wort Christentum zu erwähnen gewagt.

Zu Weilers Beobachtung passt die Feststellung, dass selbst konservative Verteidiger eines „christlichen Europas“ und seiner „christlichen Werte“ häufig mit einer chris-



Foto: picture alliance/imageBroker

Martin-Luther-Gedenkplatte in Heidelberg.

tologischen Leerstelle und ohne erkennbare biblische Bildung operieren, auch wenn sie dieses Fehlen zu beklagen scheinen. Wenn religiöse Orientierung noch Thema ist, wird allerdings gern darauf verzichtet, inhaltlich-theologische Grundlagen einzubeziehen. Stattdessen beschwört eine subjektivistische Frömmigkeit eine unbestimmte Transzendenz, eine vage Sinnrhetorik, Naturromantik oder Symbolkitsch. Sie verbindet dies mit dem Bemühen, säkularen und agnostischen Einstellungen keinen Anstoß zu geben und die interreligiöse und weltanschauliche Offenheit nicht mit Bekenntnissen zu belasten. Es gibt aber auch tiefere theologische Begründungen für diese Neigungen zu einer Haltung der „Christophobie“, denn wer Gott den Schöpfer nur mit einer aus Natur und Kosmos bestehenden „Schöpfung“ verbindet, hat es heute mit der Religiosität schwer. Die Naturwissenschaften besetzen diese Gebiete kompetent. Nach biblischen Einsichten verbindet die „Schöpfung“ aber Natur und Kultur, materielle und geistige Wirklichkeiten. Doch auch geistigen Wirklichkeiten gegenüber gab und gibt es (trotz der großen Macht der Mathematik und der Musik) viele Denkblockaden. Unter dem Einfluss der Philosophen und des gesunden Menschenverstands wurde der Geist primär mental verstanden, auf Denken, Emotion, Bewusstsein und Selbstbewusstsein reduziert oder aber in metaphysische Spekulationen verlagert. Die Berufung auf den Heiligen Geist war in Theologie und Frömmigkeit weitgehend ein Lippenbekenntnis.

Doch ohne den Schöpfer auch der geistigen Welt und ohne die Macht des göttlichen Geistes sind die wahre Macht Jesu Christi

und seine Gottheit nicht zu erfassen. Man gelangt dann nicht über den guten Menschen von Nazareth hinaus. Mit diesem Verständnis von Jesus als gutem Menschen von Nazareth lässt sich aber keine überzeugende Christologie vertreten, sondern es kommt angesichts des Bekenntnisses zur Gottheit Christi ehrlicherweise zur Christophobie.

Westlichem Denken befremdlich

Einen anderen Ansatz verfolgen die Pfingstbewegung und die charismatischen Bewegungen, die im 20. Jahrhundert vor allem in Südamerika entstehen und mit gut 600 Millionen Anhängern heute die größte Frömmigkeitsbewegung der Menschheitsgeschichte bilden. Sie sehen ihre Lebendigkeit und Ausstrahlung gegründet in ihrer Konzentration auf den Heiligen Geist und dessen „Ausgießung“ auf Menschen, ohne Ansehen von deren Geschlecht, Rasse, Bildungsschicht und anderen sozialen Differenzen. Viele Erscheinungen der Pfingstbewegung und der charismatischen Bewegungen erscheinen westlichem Denken befremdlich. Der Abstand wird verstärkt durch die Beobachtung, dass vor allem in Lateinamerika Medienmacht, politische Macht und Korruption sich dieser religiös spektakulär erfolgreichen Entwicklung bemächtigt haben.

Dennoch zeigt sich auch bei uns und anderswo ein theologisches Gespür für die Polyphonie des göttlichen Wirkens, das den Reserven gegenüber der „Geistausgießung“ und auch der „Christophobie“ entgegenwirken kann. Es wird greifbar in der sich in Deutschland und weltweit ausbreitenden Begeisterung für Worte, die

Dietrich Bonhoeffer zum Jahreswechsel 1944/45 aus seiner Berliner Gefängniszelle an seine Verlobte und seine Familie schickte: „Von guten Mächten wunderbar geborgen, erwarten wir getrost, was kommen mag. Gott ist bei uns am Abend und am Morgen. Und ganz gewiss an jedem neuen Tag.“

Was aber sind die guten Mächte Gottes? Es sind die biblisch bezeugten Kräfte des göttlichen Geistes, eines Geistes der Gerechtigkeit, der Freiheit, der Wahrheit, des Friedens, der Menschenfreundlichkeit und der Nächstenliebe. Dieser Geist ist in vielen guten Lebensverhältnissen – auch im Recht, in der Wissenschaft, in der Bildung, der Medizin, in einer verantwortungsvollen

Gottes Geist umgibt und ergreift Menschen „von allen Seiten“, ob sie es wahrhaben wollen oder nicht.

Politik und Zivilgesellschaft und an vielen anderen Orten – am Werk. Er umgibt und ergreift Menschen „von allen Seiten“ – ob sie es wahrhaben wollen oder nicht.

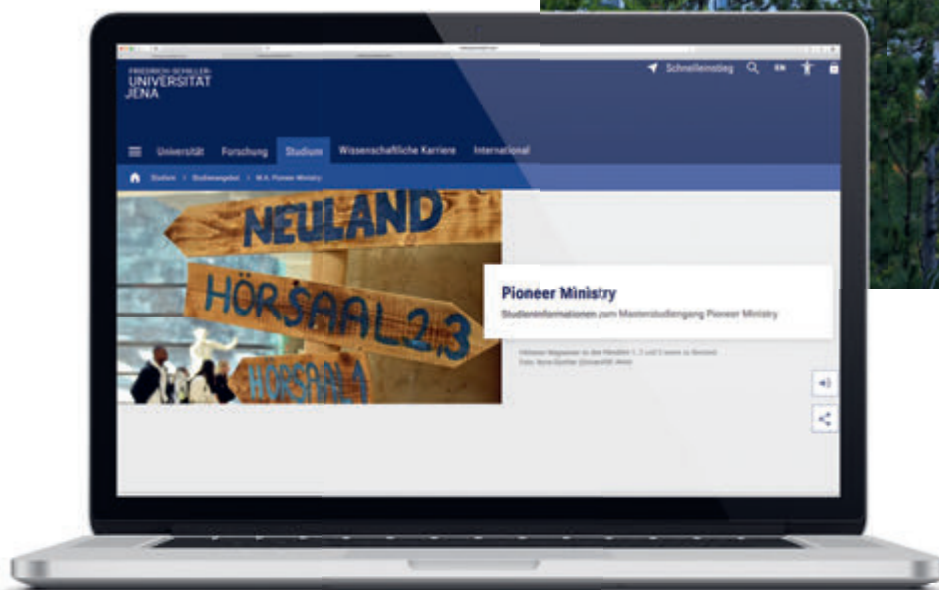
Für Christinnen und Christen hat dieser Geist in Jesus Christus klare Gestalt gewonnen. Er kommt in seinem Leben und in seinem Werk, aber auch in seinem Leiden und in der Kraft seiner Auferstehung im Geist den Menschen nahe. Der göttliche Geist ist kein Privileg, das nur den verfassten Kirchen und dem etablierten Christentum zukommt. Barmen, Belhar und die Anfänge der Reformation machen dies in ihrem Kampf gegen eine korrumpierte Kirche im Namen Jesu Christi überwältigend deutlich. ◀

Fehlstart in Jena

Warum ein neuer
Studiengang so nicht
fortgesetzt werden sollte

JOHANNES GREIFENSTEIN

„Pioneer Ministry“ heißt ein Studiengang an der Universität Jena, der seit dem vergangenen Jahr eine mögliche Alternative zum klassischen Studium der Theologie bieten soll. Johannes Greifenstein, seit März Professor für Praktische Theologie an ebendieser Universität, hält den neuen Studiengang in dieser Form allerdings für einen Irrweg.



Blick auf Jena und die Homepage des neuen Studiengangs an der dortigen Universität.

Es wird wieder einmal lebhaft über das Theologiestudium und den Pfarrberuf diskutiert. Das betrifft nicht nur altbekannte Fragen nach den Sprachanforderungen oder nach dem Verhältnis von Studium und Vikariat. Vor allem über neue Qualifikationsmöglichkeiten und alternative Berufsbilder denkt man intensiv nach. Und wegen Nachwuchsmangels werden Möglichkeiten eines Quereinstiegs immer wichtiger.

In diesen Kontext gehört auch ein neuer Studiengang an der Theologischen Fakultät Jena mit der Bezeichnung „Pioneer Ministry“, den man seit dem Wintersemester 2023 belegen kann. Nun ist es nicht neu, dass theologische Fakultäten ihr traditionelles Angebot über Lehramts- und Pfarramtsstudiengänge hinaus erweitern – etwa mit „Master of Religion and Culture“ in Berlin oder „Medien – Ethik – Religion“ in

Erlangen. Und auch andere Optionen, um jenseits des traditionellen Theologiestudiums Wege zum Pfarrberuf zu eröffnen, sind etwa aus Frankfurt, Greifswald oder Marburg bekannt. Trotzdem soll das Angebot in Jena laut zugehöriger Homepage der „erste und bislang einzige Studiengang seiner Art im deutschsprachigen Raum“ sein. Auch die Evangelische Kirche in Mitteldeutschland sieht als zuständige Landeskirche und



Foto: picture alliance/imagebroker

maßgebliche finanzielle Unterstützerin ein „Alleinstellungsmerkmal“ darin, „dass es im Raum der EKD keinen vergleichbaren Masterstudiengang gibt“. Ein solcher Anspruch fordert heraus: Der neue Studiengang verdient eine entsprechende Erstbegegnung.

Schon die Bezeichnung wirft Fragen auf: „Pioneer Ministry“ – was soll das sein? Eine erste Recherche führt auf eine Seite der anglikanischen Church of Ireland (www.pioneerministry.org) und macht deutlich: Das Stichwort entstammt dem weiten Horizont des Themenfelds Kirchenreform. Man denke an die (auch thematisch verwandte) Übernahme des Begriffs ‚fresh expressions of church‘. Ob hier ‚frisch‘ oder dort ‚pionierhaft‘, es zählen Innovation und Progression. Die Recherche führt aber auch an andere Orte. So lädt die Seite www.pioneerministry.com ein: „watch miracles now“. Ein Video zeigt einen Menschen, der seine

Gehilfe beiseitelassen und selbständig zu laufen anfangen kann. Das lässt sich zwar als mehr oder weniger interessantes religionskulturelles Phänomen einordnen, sorgt aber aus Sicht einer wissenschaftlichen evangelischen Theologie für ein – diplomatisch gesagt – erstes Befremden. Sollte es der Pionierdienst damit zu tun haben, mit Zeichen und Wundern, die man sehen muss, damit man glauben kann (Johannes 4,48)?

Eigentümliche Allianz

Doch im Blick auf Jena geht es nicht um die Frage, wie offen die Theologie für religionskulturelle Phänomene ist. Es geht um das Verständnis eines Studiengangs, der an der Theologischen Fakultät einer staatlichen Universität angeboten und von einer evangelischen Landeskirche finanziert wird. Hat dieser Studiengang in erster Linie

mit einem gestiegenen Interesse an Mission im Horizont von Konfessionslosigkeit zu tun? Oder geht es um mehr: um ein anderes Verständnis von Religion? Um eine Neuausrichtung der Kirche? Läuft es gar darauf hinaus: hier die Theologie mit den alten Sprachen, dem historischem Ballast und der – kurzum – jede Unmittelbarkeit störenden Kritik, dort ein frommes Leben in echter Gemeinschaft, gebunden an die Bibel und geleitet von Gottes Hand? Geht hier Schleiermachers berühmter ‚Knoten der Geschichte‘ zwischen Wissenschaft und Christentum auseinander? Noch dazu aufgeknüpft in einer eigentümlichen Allianz von staatlicher Hochschul- und kirchlicher Theologiepolitik, von Universitäts- und Kirchenleitung?

Auf solche Fragen führt nicht nur die Bezeichnung des neuen Studiengangs. Auch die Kooperationen, die man eingeht, machen Herausforderungen sichtbar. Als besonderes Kennzeichen von Pioneer Ministry wird nämlich die Vernetzung mit einer ganzen Reihe von Einrichtungen betont. Dabei geht es nicht nur um andere Disziplinen neben der Theologie – wie bei so manchem Studiengang, dessen Lehrangebot von verschiedenen Fachrichtungen bereitgestellt wird. Vielmehr führt die Reihe der Kooperationspartner aus dem universitären Raum und dabei auch aus Deutschland heraus. Während Hochschulen anderer Kirchen noch vergleichsweise zugänglich sind

Geht hier der Knoten zwischen Wissenschaft und Christentum auseinander?

(wie zum Beispiel in Reutlingen oder Elstal), ist die „Organisation Dynamic Church Planting International (DCPI)“ mit Sitz in den USA vielleicht nicht nur mir unbekannt.

Ein – offen gesagt – Vorurteil bestätigt sich leider schnell. Die Selbstdarstellung weist diese Einrichtung als fundamentalistisch aus, und dies in einem bestimmten Wortsinn. Was nämlich ihre Geschichte betrifft – so kann man nachlesen –, so habe sie Gott selbst aufgebaut. Der „Herr“ habe dem Gründer in einer Vision den Weg gewiesen, und so fort. Daneben betont man die strenge Überwachung eines „Doctrinal Statement of Faith“, Ausweis eines vormodernen Biblizismus und Weltbilds: Von Jungfrauengeburt über Himmelfahrt bis Verbalinspiration der Bibel. Ähnlich ist

das übrigens auch im „Statement of Faith“ der „World Assemblies of God Fellowship“ zu lesen, deren Mitglied der „Bund freikirchlicher Pfingstgemeinden“ ist, die das ebenfalls als Kooperationspartner genannte Theologische Seminar Erzhausen unterhalten.

Nun gibt die Homepage dieses Studiengangs keine genauere Auskunft über die Ausgestaltung einer solcher Kooperation. Doch in diesem Fall ist die Grenze schon dort überschritten, wo eine solche Organisation überhaupt als Kooperationspartnerin auftaucht. Als neuberufener Professor an die Universität Jena, die diesen Studiengang eingerichtet hat, aber auch als Mitglied der Evangelischen Kirche in Deutschland, deren Gliedkirche diesen Studiengang mitfinanziert, möchte ich am liebsten fragen: Ist das euer Ernst? Hat denn hier niemand das Kleingedruckte gelesen?

Um das klarzustellen: Es gibt viele Gründe, in der gegenwärtigen kirchlichen Lage über eine Differenzierung beruflicher Qualifikation nachzudenken, über multiprofessionelle Teams und eine Reform des Theologiestudiums. Es gibt viele Gründe, dabei zu experimentieren und zu explorieren, Traditionen zu überprüfen und Kompromisse einzugehen. Zu einer erst gedanklichen und dann pragmatischen Beweglichkeit (und Belastbarkeit) gehört es in diesem Kontext auch, eventuell liebgegewordene Konzepte von akademischer Bildung selbstkritisch zu reflektieren – und

stehen nicht nur Unterschiede – um von konkreten Streitfeldern zu Themen wie Homosexualität einmal abzusehen.

Es besteht ein Konflikt. Genau jener Konflikt übrigens, den unsere auch in Sachen Religion an Freiheit orientierte Gesellschaft nicht zuletzt im Umgang mit dem Islam immer wieder als Herausforderung diskutiert – und in diesem Fall eine Theologie an staatlichen Universitäten aufbauen will, um sie mit besagten Prinzipien in ein konstruktives Verhältnis setzen zu können.

Vielleicht entspricht es gerade dieser Ausrichtung von Pioneer Ministry, dass die Berührung mit der sozusagen herkömmlichen Theologie ohnehin eher vermieden wird.

Unklares Bild

Das Bild ist allerdings nicht eindeutig. Denn was die konkrete Gestaltung der Lehre betrifft, so wird die Theologie einerseits wie eine Bezugsdisziplin neben anderen aufgeführt, andererseits sollen theologische Inhalte vermittelt werden. Welche aber sollen das sein – und welche bitte lieber nicht? Ein Blick in das Lehrangebot zeigt beispielsweise, dass bei den explizit mit dem Studiengang verbundenen Angeboten das Fach Kirchengeschichte überhaupt nicht auftaucht. Man wird eine freiwillige Teilnahme weder empirisch ausschließen noch normativ verwehren können, aber gebraucht wird diese Disziplin offenbar nicht.

Fast ebenso gilt das für die marginal bedachten bibelwissenschaftlichen Fächer, bei denen gerade das ausgespart scheint, was man mit historisch-kritischer und hermeneutischer Kompetenz in Verbindung bringt. Dem Bereich der Praktischen Theologie zugeordnet werden vor allem der Leitbegriff der Spiritualität und entsprechende Praxisvollzüge („Ausbildung und Formung einer eigenen Spiritualität“). Zwar ist immer wieder auch von Reflexion die Rede. Doch offenbar soll man vor allem nicht nur schon im Studium, sondern durch das Studium lernen, als Christenmensch zu leben. Wohl denen, die das auch lehren können – und die zuerst einmal wissen, was das ist!

Umgekehrt fällt auf, dass die Veranstaltungen für den neuen Studiengang nicht für Theologiestudierende vorgesehen sind – zumindest im Blick auf die zu erwerbenden ‚Credits‘. Wird hier bereits im Studium das spätere Leben in der Sozialform der ‚Sekte‘ (Ernst Troeltsch) eingeübt? Aber warum

beansprucht man zugleich denkbar vollmundig, hier lerne man eine Vermittlung des Evangeliums jenseits bestehender Gemeindestrukturen und traditioneller kirchlicher Milieus? Genauer gesagt lautet der Anspruch sogar: Wenigstens hier lerne man es, oder endlich lerne das einmal jemand. Denn das Theologiestudium, von dem man zur eigenen Profilierung ein schlechterdings respektloses Zerrbild zeichnet (Pfarrer:innen halten lange Predigten und hören nicht zu), befähigt dem Selbstverständnis des neuen Studiengangs zufolge dazu gerade nicht. Weshalb aber bietet man die traditionelle Theologie dann überhaupt noch an?

Von anderen Anfragen abgesehen sei am Schluss an die gedacht, die den Studiengang Pioneer Ministry seit kurzem als Einstieg in ihre berufliche Zukunft wählen können. Wo die Homepage die Aussichten zu einem entsprechenden Berufsbild bewirbt, wird der Fokus auf einen kirchlichen Beruf einerseits überboten, so dass der Eindruck entstehen kann: Was die mit ihrem Theologiestudium können, könnt ihr dann sowieso auch! Andererseits geraten sehr vage Kompetenzen in den Blick: Hier werden sogenannte Entrepreneur:innen befähigt, Startups zu gründen, die der Gesellschaft neue Impulse geben.

Verantwortung zum Handeln

Ein neuer Studiengang soll zweifellos neue Wege beschreiten. Wie bei allem Neuen muss nicht alles schon beim ersten Mal gelingen. Doch umso größer ist die Verantwortung zunächst derer, die ein professionelles Interesse an solchem Gelingen zu nehmen haben. Dabei ist die Verantwortung, die man am Ort einer staatlichen Universität für Leitbilder von Wissenschaftlichkeit hat, nur das eine. Das andere ist die Verantwortung für die Menschen, die man mit diesem Studiengang gewinnen will, und denen man mit diesem Studiengang nicht nur ein Angebot macht, sondern denen gegenüber man auch eine gewisse Verpflichtung eingeht. Diese Verantwortung fordert im Fall des neuen Studiengangs Pioneer Ministry zu schleunigem Handeln auf. Denn so jedenfalls sollte es in Jena nicht weitergehen. ◀

INFORMATION

Homepage des Studiengangs:
www.uni-jena.de/ma-pioneer-ministry

*Hat denn hier
 niemand das Kleingedruckte
 gelesen?*

sich umgekehrt auf das einzulassen, was mit anderen Frömmigkeitsstilen, anderen Kirchlichkeitsbegriffen oder überhaupt mit anderen Milieus oder Habitus zu tun hat.

Aber so weit sollte es nicht kommen: Dass an ein und demselben Ort (und teils mit demselben Personal) nicht nur die Theologie ihren Weg fortsetzen soll, sondern auch noch Phänomene befördert werden, die mit Prinzipien universitärer Bildung und staatlicher Wissenschaftspolitik nicht mehr im Einklang sind. Zwischen Ideen wie Gedankenfreiheit und Kritik auf der einen Seite, und jenen Vorstellungen von ‚göttlicher‘ Führung und ‚biblischer‘ Legitimation auf der anderen Seite be-

Historisch missverstanden

Wilhelm Voss aus Neuruppin zu Henning Theißen „Symbolische Wirklichkeiten“ (zz 2/2024):

In den beiden zentralen Stücken der christlichen Lehre, Auferweckung Jesu Christi und Sünde, sieht Professor Henning Theißen große Zumutungen für die Vernunft zu Ostern und für das optimistische Menschenbild zur Sünde. Ihnen begegnet er mit seinem Anschluss an den „modernen Siegeszug der Symbolkategorie“. Ostern und die Sünde sind für ihn keine „historischen Wirklichkeiten“, vielmehr „symbolische Wirklichkeiten“. Keine Frage: Die Auferstehung Jesu Christi ist unserer gewohnten gleichförmigen Erfahrung nicht zugänglich. Die Evangelien schildern deshalb auch nicht das Geschehen der Auferweckung, sondern sie berichten von Begegnungen mit dem Auferstandenen, wie auch uns der Auferstandene im Wort der Verkündigung, in unseren Liedern, Gebeten, Gedanken begegnet. Die Wirklichkeit der Sünde dagegen erleben wir in uns selbst und beobachten sie und ihre Spuren allerorten. Sie ist eine „historische Wirklichkeit“, wie wir zum Beispiel am 7. Oktober 2023 beim Überfall der Hamas auf Israel gesehen haben. Mich wundert, wie wenig Platz in den systematisch-theologischen Ausführungen Theißens für den Heiligen Geist ist, denn der Geist ist's, der lebendig macht (Römer 8,2). Es ist „der Geist dessen, der Jesus von den Toten auferweckt hat“ (Römer 8,11). Der Geist erschafft die ihm gemäße Wirklichkeit: „Liebe, Freude, Friede, Geduld, Freundlichkeit, Güte, Treue ...“ (Galater 5,22). In Theißens Begriff „symbolische Wirklichkeit“ sehe ich einen von allem Lebendigen abgelösten leeren Kokon. Wilhelm Voss

Leserbriefe geben die Meinungen der Leserinnen und Leser wieder – nicht die der Redaktion. Kürzungen müssen wir uns vorbehalten – und leider können wir nur einen Teil der Zuschriften veröffentlichen.
leserbriefe@zeitzeichen.net

Aufwändiger Beitrag

Hans-Christoph Gaitzsch aus Dresden zu Eve-Marie Becker „Zeiten doppelten Verrats“ (zz 3/2024):

Sie veröffentlichen einen aufwändigen Beitrag von Professorin Eve-Marie Becker, der bei mir einige Fragen hinterlässt, inwieweit die Autorin dem von ihr versuchten Vergleich zwischen Fehlleistungen der Jünger Jesu im Passions- und Ostergeschehen und dem sexuellen Missbrauch kirchlicher Vertreter an ihnen anvertrauten Kindern und Erwachsenen gerecht geworden ist. Erstens: Wenn auch die biblischen Autoren einzelne Handlungen der Jünger als Verrat bezeichnen, sind diese Handlungen doch in das gesamte Heilsgeschehen einzuordnen und haben niemandem der ihnen anvertrauten Menschen ursächlich geschadet. Wären sie nun in der Nacht in Gethsemane nicht eingeschlafen oder hätte Petrus seine Jüngerschaft nicht verleugnet – alles wäre ebenso abgelaufen wie uns von den Evangelisten geschildert. Ganz andere Folgerungen hat aber der Missbrauch geistlicher und sozialer Macht, der sich auch in sexuellen Misshandlungen an anvertrauten Mitmenschen äußern kann, über die heute gesprochen wird. Diese sind und bleiben meist lebenslang in die Opfer eingegraben. Zweitens: Zwar entschuldigt Frau Becker die Jünger: „Zu oft hatten sie ihm (Jesus) nicht vertrauen können, auch wenn sie ihn bewundert hatten“, aber weil sie „ewig wiederkehrende Strukturdebatten untereinander und gegenseitig darüber geführt hätten, wer unter ihnen der Größte sei, seien sie am Ende alle verunsichert, eingeschüchtert und verlassen gewesen“. Das Letzte hatte wohl noch ganz andere und tiefere Gründe! Und drittens: Eve-Marie Becker benennt einige Horizonterweiterungen durch das Einschreiten von Paulus in die biblische Geschichte. Darin eingeschlossen ist das Thema Sexualität. Kaum einem von uns wäre ein Lebensvollzug des Apostels Paulus zuzumuten. Aber ein – wenn auch kaum erreichbares – Vorbild sollte er uns Christen auch heute sein, nicht auszuschließen dabei alle mit Seelsorge und Verkündigung Beauftragten. Hans-Christoph Gaitzsch

Realität anerkennen

Oberkirchenrat i. R. Paul Oppenheim aus Hannover zu Katja Dorothea Buck „Irgendwann falsch abgebogen“ (zz 4/2024):

Ich unterstelle Frau Buck keine böse Absicht, weise aber darauf hin, dass sie sich, wie viele andere, weigert, das wahre Ausmaß des israelo-palästinensischen Konflikts zu sehen beziehungsweise zu benennen. Indem sie von der „Hoffnung auf Rückkehr der 750 000 Palästinenserinnen und Palästinenser“ schreibt, verschweigt sie, dass es inzwischen über fünf Millionen sind, die dieses Rückkehrrecht für sich reklamieren. Wegen des Beschlusses 194 der UNO, der das Rückkehrrecht auch allen Nachfahren der palästinensischen Geflohenen und Vertriebenen zubilligt, und wegen der daraus folgenden Betreuung der wachsenden Anzahl „staatenloser Flüchtlinge“ durch die – maßgeblich von den USA, Deutschland und der EU finanzierten – UNO-Organisation UNRWA ist die Forderung der Palästinenserinnen und Palästinenser nach einer Rückkehr gleichbedeutend mit der Auslöschung des Staates Israel. Wer nicht träumt, sondern der Wahrheit in die Augen schaut, nimmt auch zur Kenntnis, dass heute die Hälfte der jüdischen Bevölkerung Israels aus arabischen beziehungsweise muslimischen Ländern stammt, aus denen seit 1948 – gewissermaßen im Gegenzug zur Vertreibung der Araber aus Israel – die Juden restlos vertrieben worden sind. Etwa 900 000 Juden wurden enteignet und vertrieben. Die meisten von ihnen fanden in Israel eine neue Heimat und wurden dort integriert, während die vertriebenen Palästinenser in den arabischen Nachbarländern Israels seit 1948 auf Kosten der Weltgemeinschaft als rechtlose Flüchtlinge in Lagern leben. Wer spricht vom Rückkehrrecht der Armenier, die aus der Türkei und vor Kurzem aus Bergkarabach vertrieben wurden? Palästinenserinnen und Palästinenser wird von der UNO ein Sonderrecht zugebilligt, das auf friedlichem Weg nicht eingelöst werden kann. Diese Realität anzuerkennen und auszusprechen wäre der Ausgangspunkt einer Politik der Versöhnung. Paul Oppenheim

Heilige Mitbringsel

Maraike Heymann nähert sich praktisch-theologisch dem Thema Souvenirs aus dem Urlaub

Im Urlaub transzendieren wir uns von unserem Alltag. Gleichzeitig sind auch Erinnerungen daran eine Form der Transzendierung. Dabei hilft uns oft ein Souvenir. Deshalb hat Maraïke Heymann über dieses Thema promoviert.

Aufgewachsen in einer christlichen Familie, habe ich etwa mit 16 Jahren angefangen, mich in der Kirchengemeinde zu engagieren. Ich habe jahrelang Kindergottesdienst gestaltet und mich nach dem Abitur entschlossen, Theologie zu studieren. Mit Freude habe ich dabei schnell gemerkt, dass es um viel mehr geht als um die Leitung einer Gemeinde. Mir haben im Studium die breite Ausbildung und die Vielfalt der Fächer und Schwerpunkte gefallen.

Zu meinem Promotionsthema „Souvenir aus dem Paradies: Praktisch-theologische Erkundungen materieller Erinnerungen zwischen Urlaub und Alltag“ bin ich nicht dadurch gekommen, dass ich gerne in den Urlaub fahre oder Souvenirs aufhebe. Mich hat bei diesem Thema vielmehr die Nähe von Theologie und Tourismus gereizt, und damit meine ich nicht nur, dass viele Menschen sich am Urlaubsort Kirchen anschauen.

Meine Arbeit interessiert sich weniger für die Seelsorge in Urlaubsregionen, was zudem schon erforscht wurde. Mir geht es vielmehr um das, was im Urlaub geschieht: andere Perspektiven, andere Lebensstile werden gepflegt oder neu ausprobiert. Manche sagen dazu: Selbsttranszendierung. Im Urlaub transzendieren wir uns von unserem Alltag. Gleichzeitig ist die Erinnerung an den Urlaub eine Form der Transzendierung aus dem Alltag. Dabei hilft uns oft ein Souvenir, in ihm materialisiert sich diese Transzendierung.

Dabei ist nicht wesentlich, ob das Souvenir nun kitschig oder billig ist, so dass man sich darüber gepflegt gruseln könnte. Die Käuferinnen und Käufer von Souvenirs wissen ja in der Regel um den materiellen oder ästhetischen Wert des Souvenirs.



Foto: Christine Fauerbach

Aber das spielt in dem Fall meist keine Rolle für den persönlichen Wert, mit dem das Stück sich auflädt. Kitsch liegt oft ja erst in den Augen der Betrachterin. Ist es kitschig, sich von jedem Urlaubsort einen Stein nach Hause mitzunehmen – oder eine liebgewonnene Routine? Ich selbst bringe mir seit ein paar Jahren durchaus kitschige Weihnachtsbaumkugeln mit, aber für mich ist wichtig, was damit zuhause passiert, nämlich wie sie dafür sorgen, dass gegensätzliche Pole des Jahres zusammenkommen.

Klar ist, Souvenirs polarisieren. Was der einen banal vorkommt, anrühlich erscheint oder sie peinlich berührt, schätzt der nächste hoch. Und mit Souvenirs verbinden sich individuelle Erlebnisse, die

Eingang in die persönliche Erinnerung finden sollen, so dass sich über die Gegenstände nur unter Einbeziehung der beteiligten Subjekte sprechen lässt.

Sicherlich, ich musste gerade am Anfang meines Forschungsprojekts immer wieder begründen, weshalb ich Souvenirs als ein lohnendes Thema für meine Promotion empfinde. Zudem bekam ich gut gemeinte Ratschläge, dass ich meinen Religionsbegriff enger fassen sollte oder ich mich etwa auf Pilgerreisen konzentrieren sollte, bei denen der Zusammenhang zwischen Souvenir und Theologie offensichtlicher ist. Aber in den ganz weltlichen Souvenirs, wo das Label ‚religiös‘ nicht draufsteht, gibt es mehr Spielraum, etwas zu entdecken. Und dass Pilgersouvenirs auch

eine religiöse Dimension haben, ist keine große Erkenntnis.

Generell wird die Souvenirforschung im deutschsprachigen Bereich weit weniger intensiv betrieben als im englischsprachigen. Mitunter hängt dies mit

einer deutschsprachigen Wissenschaftstradition zusammen, die den Anspruch hat, ernste, gewichtige oder geistige Themen zu erforschen – und Bereiche eher meidet, die als leicht, spielerisch oder konsumorientiert erscheinen. Es ist gerade das Interessante an Souvenirs, dass es sich dabei um Objekte handelt, die mitgenommen und geschätzt werden, und zwar bei gleichzeitigem Wissen um ihre vermeintliche oder oberflächliche Austauschbarkeit. Der neue Zusammenhang eines mitgebrachten Souvenirs etwa im heimischen Wohnzimmer verändert seinen Gehalt. Es ist die Erinnerung, die ein Souvenir wertvoll macht.

In Souvenirpraktiken lassen sich religionsanaloge Muster entdecken, gerade wenn man davon ausgeht, dass Religion die Möglichkeit ist, für etwas einen Ausdruck zu finden, das sich uns am Ende entzieht. Souvenirs spiegeln, so beschreibt das ein Interviewpartner in meiner Arbeit, das „Puzzle des Lebens“. Zugleich werden

Unter der Rubrik „Das Projekt“ berichten Wissenschaftlerinnen und Wissenschaftler in *zeitzeichen* über ihre Forschungsarbeiten.

sie vielleicht das eigene Leben überdauern, da gibt es Verbindungen zur Theologie. Die Theologie befasst sich viel mit den Übergängen des Lebens, in den Kasualien werden diese Übergänge religiös-spirituell aufgeladen und gespiegelt.

Die Selbsttranszendierung im Urlaub stammt als Konzept aus der Philosophie. Aber auch die Theologie wird angesprochen, denn im Urlaub schwingt oft viel Ungelebtes mit, es wird probeweise erlebt. Etwa wenn ich im Hotel kurzzeitig das Leben eines reichen Menschen lebe, der bedient wird, oder wenn ich bei einem Kanu-Urlaub das Leben eines Abenteurers erlebe. Hier geht es um den Menschen, der aufbricht und zurückkehrt, der sich weiterentwickelt und Erfahrungen macht – der dadurch keine andere Person wird, aber seinem Alltags-Selbst andere Versionen an die Seite stellt.

Dabei geht es übrigens nicht nur um Glücksgefühle, an die mich Souvenirs erinnern. Anhand der Interviews, die ich für meine Dissertation geführt habe, wird deutlich, dass auch ambivalente Erfahrungen im Urlaub durchaus als bereichernd empfunden werden. Warum? Weil sie zu meiner eigenen Geschichte gehören, selbst

dann, wenn sie belastend waren, wenn sie mit einem Abenteuer oder gar mit Angst zu tun haben, aber am Ende einen guten Ausgang hatten.

Meine Arbeit trägt den Titel „Souvenir aus dem Paradies“, weil wir beim Reden über den Urlaub das Wort „Paradies“ nutzen – nicht zuletzt spricht die Tourismuswerbung gern von „paradiesischen Stränden“. Hier changiert sprachlich Religiöses und Lebensweltliches. Das Souvenir kann eine Erinnerung aus dem Paradies sein – und gleichzeitig hilft es, später wieder gedanklich in ein Paradies einzutauchen oder eben an den Ort, den man als Facette des Paradieses erlebt hat oder zuhause als solche konstruiert. Und das, obwohl wir natürlich wissen, dass es das Paradies auf Erden nicht gibt. ◀

INFORMATION

Maraike Heymanns Dissertation ist gerade unter dem Titel *Souvenir aus dem Paradies: Praktisch-theologische Erkundungen materieller Erinnerungen zwischen Urlaub und Alltag* im Kohlhammer Verlag erschienen. 526 Seiten. Euro 59,-.

Aufgezeichnet von Philipp Gessler

Für Sie reingeschaut

material religion

Die englischsprachige Fachzeitschrift „material religion“ (Untertitel: *the journal of objects, art and belief*) hat auf dem Cover ihrer Ausgabe 20/1 vom Februar dieses Jahres eine leicht schockierende Installation des Künstlers Jean Claude Saintilus. Es ist seine Arbeit „Notre Dame de Sept Douleurs“ (also etwa: Unsere Liebe Frau der Sieben Schmerzen), die vor zwei Jahren auf der „documenta 15“ in der Kirche St. Kunigundis in Kassel gezeigt wurde. In diesem Heft von „material religion“ findet sich ein Aufsatz von Hui-Han Jin mit dem schönen Titel *Handwerk zum Dienen*. Es geht um Handwerker und den Grabbau vom 11. bis 14. Jahrhundert in Chinas Zentralebene. Passend zur Ausrichtung des Magazins vertieft sich Hanna Nieber in die Macht des geschriebenen Korans und entdeckt darin, so auch der Titel ihres Beitrags, eine „Autorität mit Textmaterialien“. Schließlich widmet sich Lina Aschenbrenner der besonderen Bewegungspraxis Gaga aus Israel, einer Art Mischung aus Tanz und Yoga. Der Titel ihres Aufsatzes: *Ästhetische Assemblagen: Relationale Ästhetik der israelischen Bewegungspraxis Gaga*.

Weitere Infos: www.tandfonline.com/journals/rfmr20



Großes Kino

DOROTHEE LÖHR

Mut zur Lücke

SONNTAG EXAUDI, 12. MAI

Aber ich sage euch die Wahrheit: Es ist gut für euch, dass ich weggehe. Denn wenn ich nicht weggehe, kommt der Tröster nicht zu euch. Wenn ich aber gehe, werde ich ihn zu euch senden. (Johannes 16,7)

Aus meiner Zeit in der Krankenhausseelsorge ist mir ein Kreuz lieb geworden, das Jesus als Lücke darstellt. Denn die Lücke, die Jesus nach seinem Tod hinterlassen hat, ist nicht nur Grund zur Trauer, sondern auch zum Trost. Und dieser kommt in Person, wird Begleiter und Führer auf dem Weg. Tröster, „Paraklet“, wie der Heilige Geist genannt wird, war ursprünglich die Bezeichnung für einen Anwalt vor Gericht.

Der Geist bringt Erinnerungen an Jesus zurück und vermittelt daraus neue Einsichten. Schritt für Schritt. Nicht auf einmal. Und Jesus sagt der verunsicherten Jüngerschaft mit diesem Augenöffner: Habe Mut zur Lücke! Versuche nicht, die Lücke zu füllen, die Menschen im Innersten bewegt. Denn es gibt einen Mangel oder eine Leere, die kostbar ist. Hüte sie, statt sie selbst zu füllen. Halte die Lücke offen für Gott und das Wirken seines Geistes. Und habe keine Angst vor Wunden – nicht vor denen der anderen und nicht vor den eigenen.

Die Jünger erkennen Jesus an seinen Wunden. Und auch uns bestimmen und prägen Verletzungen, die wir in unserer Lebensgeschichte erfahren. Wer liebt, leidet. Auch wir werden an unseren Wunden erkannt. Achte deshalb auf sie! Und sei Zeuge für die Kraft des Geistes Jesu. Seine Sendung und seine Botschaft mit einem Mut zur Lücke zu hören und weiterzutragen, ist unsere Aufgabe.

Licht am Horizont

PFINGSTSONNTAG, 19. MAI

Und er sprach zu mir: Du Menschenkind, meinst du wohl, dass diese Gebeine wieder lebendig werden? Und ich sprach: Herr, mein Gott, du weißt es. Und er sprach zu mir: Weissage über diese Gebeine und sprich zu ihnen: Ihr verdorrten Gebeine, höret des Herrn Wort! So spricht Gott der Herr zu diesen Gebeinen: Siehe, ich will Odem in euch bringen, dass ihr wieder lebendig werdet. (Hesekiel 37,3–5)

Herr, mach uns stark zum Mut, der dich bekennt.“ Mit diesen Worten beginnt Choral 154 im Evangelischen Gesangbuch (EG). Er gleicht einer Musik zu Hesekiels Vision, dem großartigen Film über das Lebendigwerden.

Aber glaubt Hesekiel, was er sieht? Bilder von dahingemetzelten Toten kennen wir zum Glück fast nur aus dem Kino. Und bei Hesekiel gibt es keine Täter, Opfer und Ankläger. Denn alle sind tot. Glaubst du der Prophet, was Gott ihm zu predigen aufgibt? Auferweckung der Toten? Hesekiel glaubt es nicht wirklich. Aber er glaubt auch nicht, dass er mehr weiß als Gott, sondern vertraut darauf, dass Gottes Horizont weiter reicht als sein eigener.

Und es kommt anscheinend auch nicht darauf an, dass der Prophet mehr glaubt als die Anderen. Denn Hesekiel ist sterblich, wie wir alle. Der einzig Ewig-Lebendige ist nur Gott. „Ich rede es, und tue es auch, spricht der Herr“ (Hesekiel 37,14). Und so endet das Drehbuch für dieses unglaubliche Kino, dessen Autor Gott ist. Er allein ist die Quelle für den Mut, von dem das Lied singt, der Soundtrack zum Film. Die



Dorothee Löhr,
Pfarrerin in Mannheim

dies singen, sind nicht mutiger als andere. Aber sie geben dem Lebensatem Gottes eine Chance und vertrauen sich dem Gott an, der allein verwandeln kann.

Gott sagt zum Propheten: „Sprich zum Odem: So spricht der Herr, komm herzu von den vier Winden und blase die Getöteten an, dass sie wieder lebendig werden“ (Hesekiel 37,9).

Wir spulen die Filmrolle der Schöpfung Gottes an den Anfang der Bibel zurück. Auch da hauchte Gott dem Menschen seinen Odem ein, nachdem alle Glieder geformt worden waren. Der Geist Gottes blieb eben nicht schwebend über den Wassern stehen, sondern wurde zum Atem alles Lebendigen.

Ein paar Kapitel weiter im Film erreichen wir ein grausames Ereignis der Menschheitsgeschichte: Jerusalem und sein Tempel wurden im Jahre 587 vor Christus durch Nebukadnezar zerstört. Die Schlachten sind geschlagen. Und die Toten Israels liegen zerstreut auf dem Feld. Ihre Klage hallt dem Propheten in den Ohren: „Unsere Gebeine sind verdorrt und unsere Hoffnung verloren“ (Hesekiel 37,11). Aber Hesekiel verkündet die Neuschöpfung des Gottesvolks aus den Gräbern. Er kennt das Drehbuch, auch wenn er es noch nicht erlebt hat.

Wir sind im Kino Gottes schon einige Kapitel weiter als Hesekiel. Denn wir kennen den Menschensohn und Mittler Jesus Christus. Er besuchte nicht ein Totenfeld, sondern wurde selber ermordet und begraben. Aber Jesus nahm Gott mit in die tiefste Todeserfahrung hinein. Und – er ist nicht im Tod geblieben.

Verborgener Wille

TRINITATIS, 26. MAI

In ihm (Christus) seid auch ihr, die ihr das Wort der Wahrheit gehört habt, nämlich das Evangelium von eurer Rettung – in ihm seid auch ihr, als ihr gläubig wurdet, versiegelt worden mit dem Heiligen Geist, der heißen ist. (Epheser 1,13)

Manches Testament wird durch den weisen, vorausschauenden Erblasser mit einem Siegel versehen, das erst aufgebrochen wird, wenn der Erbberechtigte volljährig geworden ist. Vorher bleibt es beim Anrecht.

Dieses Bild scheint für den Autor des Epheserbriefes ein Gleichnis der Heilsgeschichte zu sein, die noch nicht abgeschlossen ist. Der Geist ist das Angeld und Unterpfang, das an dem versiegelten Testament hängt, um zu zeigen, von wem es stammt. Aber eröffnet ist es noch nicht. Deshalb verstehen wir auch die innertrinitarischen Gespräche zwischen Vater, Sohn und Geist noch nicht. Unendlich, geheimnisvoll und mysteriös ist die Trinität Gottes.

Wir können sie am Fest der Dreieinigkeit besingen und loben, aber nicht alles verstehen. Denn der Christ ist im Werden, nicht im Sein.

Mut zur Wahrheit

SONNTAG NACH TRINITATIS, 2. JUNI

Ein Prophet, der Träume hat, der erzähle Träume; wer aber mein Wort hat, der predige mein Wort recht. Wie reimen sich Stroh und Weizen zusammen?, spricht der Herr. Ist mein Wort nicht wie ein Feuer, spricht der Herr, und wie ein Hammer, der Felsen zerschmeißt? (Jeremia 23,28–29)

Ein Prophet ist jemand, der pfingstlichen Rückenwind hat, Gottes fernes Wort seinen Nächsten weitersagen kann, für andere verständlich Zukunftsweisendes sagt. Auch jeder Getaufte ist fähig, Gottes Wort zu hören und weiterzusagen. Denn Prophezie hat nichts mit Wahrsagerei zu tun. Sie ist vielmehr ein Übersetzungsdienst. Wir sollen die Liebe Gottes ins Leben übersetzen, uns gegenseitig Orientierung geben, wahrhaftig sein und – auch vor denen warnen, die Menschen manipulieren wollen. Sagen, was Sache ist. Kurz, all das, was wir von wahren Freunden erwarten. Das ist unser prophetischer Dienst aneinander. Und wahre Liebe treibt sogar die Furcht aus, uns unbeliebt zu machen, wenn wir wahrhaftig sind und Unangenehmes ansprechen.

Jeremia hat sein ganzes Leben mit seinem Auftrag gehadert. Er wäre lieber ein unbeachteter Zeitgenosse in der Provinz geblieben, statt als ungeliebter und ungehörter Warner nach Jerusalem zu wandern, das bald zerstört werden wird. Vielleicht hätte er lieber das gesagt, was die Menschen hören wollten, auch wenn es nicht der Wahrheit entspricht.

Unheilspropheten warnen vor der Katastrophe, auch wenn sie wissen, dass Menschen deshalb nicht umkehren und das Unheil daher nicht mehr aufgehalten werden kann. So erging es auch bekennenden Christen in der Nazizeit. Bis zu deren Ende blieben sie einsame Rufer. Aber dann gab es plötzlich viele, die es schon immer gewusst hatten und auf der richtigen Seite standen.

Jeremia verkündet schon vor der Katastrophe die unangenehme Wahrheit. Wie später Johannes und Jesus fordert er die Leute auf, umzukehren: Bessert euer Leben und euer Tun! Alle anderen Botschaften sind nur beschwichtigende Träume, irreführende Lüge, leeres Stroh.

Jeremia ist sehr deutlich: Er gibt hartes Brot statt leeres Stroh, Wahrheit statt Lügen. Er sagt Unwetter voraus, den Zorn Gottes über die Ungerechtigkeit. Mein Wort ist nicht harmlos, spricht der Herr, sondern brennt wie Feuer. Es ist „wie ein Hammer, der Felsen zerschmettert“ (Jeremia 23,29).

Pfingsten, das Fest der brennenden Liebe ist schon gewesen, und wir sind alle mit dem prophetischen Geist begabt. Wer Gottes Wort hört, versteht und in brennender Liebe beherzigt, hat die Kraft, auch versteinerte Verhältnisse aufzusprennen. Wir brauchen uns nicht mit Verharmlosungen

und Vertröstungen abzugeben, weder für uns noch für andere. Vielmehr sind wir alle Propheten, können die Wahrheit wissen und weitersagen.

Neue Maßstäbe

2. SONNTAG NACH TRINITATIS,
9. JUNI

So seid ihr nun nicht mehr Gäste und Fremdlinge, sondern Mitbürger der Heiligen und Gottes Hausgenossen, erbaut auf den Grund der Apostel und Propheten, da Jesus Christus der Eckstein ist, auf welchem der ganze Bau ineinandergefügt wächst zu einem heiligen Tempel in dem Herrn. (Epheser 2,19–21)

Jeder ist Ausländer und hat kein Bürgerrecht, fast überall. Doch für das Bürgerrecht im Himmel gelten andere Regeln, weil Jesus „der Eckstein“ ist und für Christen Erkennungszeichen und Fundament. Damit ist er der Maßstab für alles gemeinschaftliche Bauen der Christenheit, ob wir eine Kathedrale mit Gewölbe planen, ein Zeltlager, ein Iglu, eine Höhle, ein Baumhaus oder eine Unterkunft für eine Wohngemeinschaft. Ob wir die Kirche ausbauen, rückbauen, umbauen, abbauen oder überbauen, Jesus zieht mit ein.

Jesus, der Außenstehende, der Schwache und Sterbende, der sich nicht mit Gewalt durchgesetzt hat, ist der Maßstab jeder christlichen Lebensform. Er hat durch sein Leben, Sterben und Auferstehen die Maßstäbe dieser Welt durcheinandergebracht. Er hat die Liebe in den Hass eingepflanzt, die Gerechtigkeit in das gesetzliche Durcheinander, die Langmut in die Kurzatmigkeit der Welt. „Der immer schon uns nahe war, stellt sich als Mensch den Menschen dar“, beginnt ein Weihnachtschoral (EG 56).

Fremde? Einheimische? Anwohner? Gäste? Wir sind alle fremd. Aber er, der fremd war, kam uns nahe, so nahe wie ein Hausgenosse, Mitbürger, Mitmensch. So verwandelt uns Gott zu seinen Mitbürgern, Heiligen, Hausgenossen. ◀



Mit Müll Geld verdienen

Eine preisgekrönte Organisation
in Kambodscha sorgt für weniger
Abfall und mehr Einkommen

MARTIN EGBERT (TEXT) · KLAUS SIEG (FOTOS)

Die Meere sind voller Plastikmüll.
Die Auswirkungen zeigen sich auch am Golf
von Siam, wo die Strände von Kunststoff
bedeckt sind. Die Menschen von TonToTon
arbeiten dagegen an. Martin Egbert und
Klaus Sieg haben sie besucht.

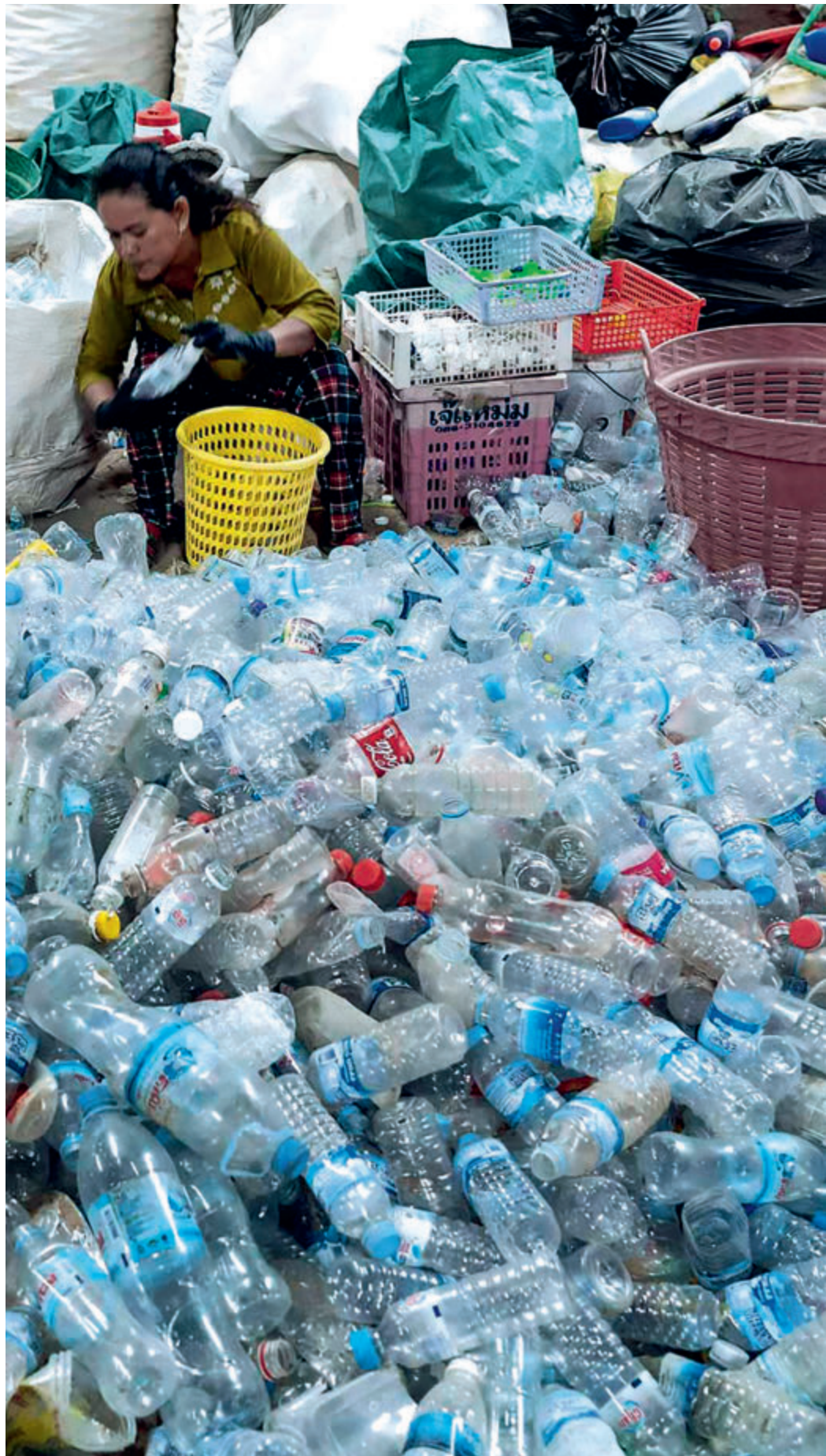
Cham Roun braucht nicht weit zu fahren, um das Ausmaß der Plastikvermüllung in Sihanoukville zu zeigen. Er stoppt den Wagen an einer der zahlreichen kleinen Buchten der Stadt am Golf von Siam, der einzigen in Kambodscha mit einem Tiefseehafen. Cham Roun klettert eine Böschung hinunter. Und bleibt abrupt stehen. „Hier hatten wir mit einer Sonderaktion erst vor einem Monat sauber gemacht.“ Der Anblick ist schwer zu verkraften. Styropor-Packungen, Tüten, Teller, Becher und Besteck aus Plastik, PET-Flaschen, zerrissene Fischernetze, kaputte Eimer, Müllsäcke, zerborstene Kühlboxen, Flipflops, Windeln und Kinderspielzeug – vom Sandstrand ist kaum etwas zu sehen. Es stinkt. Möwen picken in dem Abfall. Ein Fischer wadet durch das schmutzige Wasser und zieht seine Dschunke ans Ufer. Cham Roun nickt ihm schweigend zu.

Vermüllte Meere

Die Meere dieser Welt sind wichtig für Klima und Artenvielfalt. Zudem bieten sie Nahrung für zwei Milliarden Menschen. Doch ihr Zustand verschlechtert sich dramatisch. Neben Überfischung, Erwärmung, Korallensterben und der Abholzung von Mangroven ist daran die rasante Vermüllung schuld. Ungefähr drei Viertel dieses Mülls besteht aus Kunststoffen. Bereits jetzt verschmutzen 150 Millionen Tonnen Plastikabfall die Meere. Jährlich kommen 4,8 bis 12,7 Millionen Tonnen dazu. Nach Angaben des Umweltprogramms der Vereinten Nationen (UNEP) treiben inzwischen auf jedem Quadratkilometer Meeresoberfläche bis zu 18 000 Plastikteile unterschiedlicher Größe.

„Wenn das hier keiner wegräumt, treibt das bald alles auf dem Meer.“ Der Anblick der vermüllten Bucht scheint selbst Cham Roun zu verstören. Eigentlich ist er ein fröhlicher und zuversichtlicher Mensch, um einen Scherz oder kessen Spruch nie verlegen. Jetzt aber wirkt er niedergeschlagen. Doch dann rappelt Cham Roun sich wieder auf und zeigt auf seinem Smartphone Fotos von der Aufräumaktion. „Es war nicht die erste – und wird wohl auch nicht die letzte

PET-Flaschen gehören zu den hochwertigeren Kunststoffen, doch ihre Deckel werden geschreddert.



gewesen sein“, sagt er und klettert wieder die Böschung hoch.

Cham Roun trägt eine Arbeitsweste mit Reflektoren und Sicherheitsschuhe. Aber er kommt nicht von der Stadtreinigung des 90 000-Einwohner-Ortes Sihanoukville. Er hat zwei Jobs. Neben seiner Tätigkeit als Englischlehrer arbeitet Cham Roun als Community Manager bei TonToTon. Die Nichtregierungsorganisation mit Sitz in Vietnam und Kambodscha will die Welt und vor allem ihre Ozeane vor Plastik schützen. Gerade hat die NGO die Plastic Pollution Innovation Challenge des Entwicklungsprogramms der Vereinten Nationen gewonnen. Auch wurde sie in das UNESCO-Green-Citizen-Programm aufgenommen. Das Konzept der Organisation ist besonders.

Niemanden zurücklassen

„Wir lassen nichts und niemanden zurück“, sagt der Gründer Barak Ekshtein. Was meint er damit? TonToTon organisiert Menschen und Communities, damit sie gegen Bezahlung Plastikmüll auch dort sammeln, wo die offizielle Entsorgung nicht hinkommt. Das verhilft armen Menschen zu einem Einkommen und füllt eine Entsorgungslücke. Zwar gibt es in Kambodscha eine im staatlichen Auftrag privat organisierte Müllabfuhr. Sie in Anspruch zu nehmen aber kostet Geld. Private Haushalte zahlen zwischen zwei und fünf Dollar pro

Abholung. Gewerbe bis zu dreißig Dollar. Vor allem aber ist die Teilnahme an diesem System freiwillig. Zudem wird die Entsorgung nicht überall angeboten. In die schmalen Wege und Gassen von Armenvierteln oder entlegene ländliche Regionen zum Beispiel fährt diese Müllabfuhr nicht. Die

„Wenn wir uns nicht um diesen Abfall kümmern, macht es niemand.“

Folgen lassen sich im ganzen Land beobachten. Überall brennen und schwelen wilde Müllkippen vor sich hin. Straßen, Felder, Wälder, Flüsse, Kanäle, Ufersäume und Buchten sind extrem verschmutzt. Regen, Wind und Strömungen treiben den Müll ins Meer. „Wenn wir uns nicht um diesen Abfall kümmern, macht es niemand“, sagt Barak Ekshtein. Der Unternehmer kennt sich aus. In seinem Hauptberuf besitzt und leitet er eine Firma, die Tragetaschen und Tüten aus recyceltem Plastik für die Mehrfachverwendung herstellt, für Supermärkte, Möbelhäuser oder andere Abnehmer auf der ganzen Welt.

Deswegen weiß er auch, welche Materialien sich für das Recyceln eignen. Und welche leider nicht. Auch die Arbeiter der Müllabfuhr in Kambodscha wissen das. PET-Flaschen oder andere hochwertige Kunststoffe sammeln sie extra in Säcken,



die an der Seite ihrer Fahrzeuge hängen. Sie lassen sich gut verkaufen. Recyclingbetriebe in Kambodscha, China oder Vietnam stellen daraus neue PET-Flaschen oder Textilien und andere Produkte aus Plastik her. Auch einzelne Sammler kümmern sich deshalb um diese Materialien. Minderwertige und verschmutzte Plastikabfälle aber lassen sie liegen. Für sie gibt es keine Abnehmer. Ganz im Gegenteil, auch in Kambodscha kostet ihre Entsorgung Geld.

TonToTon aber kauft ihren Sammlern auch diesen Plastikmüll ab. Und transportiert ihn, zusammen mit den recycelbaren Kunststoffabfällen, zunächst in die eigene Material Recovery Facility. Das ist eine Halle am Stadtrand von Sihanoukville. Eine ungepflasterte Straße mit Schlaglöchern führt dorthin. Auch hier schwelen wilde Müllhaufen am Straßenrand vor sich hin. Anders sieht es in der Halle aus. Ein Gabelstapler stapelt Ballen aus gepressten Abfällen in einer Ecke der Halle. Arbeiter



Vermüllte Strände wie diese reinigt Community Manager Cham Roun (oben) mit anderen und bringt den Kunststoff zur Weiterverarbeitung in die Fabrik von TonToTon. Was nicht recycelt werden kann, geht zur Verbrennung in die Zementfabrik. Was sich wiederverwerten lässt, wird zu neuen Produkten.

entladen Säcke voller Plastikabfälle von einem Lastwagen mit dem Logo der NGO.

Der Abfall wird getrennt und geht drei Wege. Eine Maschine presst die nicht-recyclbaren Materialien zu bunten und schmutzigen Ballen. Dieser Abfall macht weit über zwei Drittel der gesamten von TonToTon gesammelten Menge aus. Er wird in einem Zementwerk verbrannt. Der Abfall ersetzt andere Brennstoffe, seine Asche wird Teil des Zementes. „Dafür müssen wir bezahlen“, sagt Barak Ekshtein. „Aber wir wollen ja nicht nur die Rosinen picken und ausschließlich gewinnbringende Materialien entsorgen.“

Neue Produkte

Was sich aber wiederverwenden lässt, wie zum Beispiel PET-Flaschen, verkauft TonToTon. Aus anderen Materialien stellen die Mitarbeiter neue Produkte her. Hinter Barak Ekshtein sitzt zum Beispiel eine Gruppe Frauen und Männer, die Deckel von PET-Flaschen abdrehen. Die Flaschen werden für den Transport ebenfalls zu Ballen gepresst. Die Deckel verschiedener Farben aber werden gewaschen und in einer ratternden Maschine geschreddert. Aus den geschredderten Deckeln schmilzt und presst eine weitere Maschine Platten, die aussehen wie eine von modernen Künstlern gestaltete Leinwand mit Farbklecksen und -spritzern. An einer Kreissäge fertigen die Mitarbeiter aus diesen Platten Teile für Sitzelemente,





Hier werden Platten für den Möbelbau gesägt, die aus recyceltem Kunststoff hergestellt wurden.

Tische, Boxen, Regale, aber auch Wandelemente zum Bau kleiner Gebäude. Etwa in einer Dorf-Schule, rund eineinhalb Stunden mit dem Auto entfernt von hier.

Doch der Verkauf von recycelfähigen Materialien und Upcycling-Produkten kann nur einen geringen Teil der Aktivitäten der NGO finanzieren. Den Großteil der Finanzierung von TonToTon haben

die Kritik geratene System für Kompensationszertifikate für den Ausstoß von Klimagasen. Deshalb schwächt die Nachfrage auch bei TonToTon. Spendengelder sollen künftig die Lücke schließen. Seit ihrer Gründung 2019 konnte die NGO rund 2 700 Tonnen nicht recycelbaren Plastikabfall sammeln. Das ist gut, aber eine überschaubare Menge. Barak Ekshtein hat das Konzept deshalb auf Umweltbildung und Community-Organisation ausgewei-

tet. Ein Showroom in der Material Recovery Facility soll informieren und Spendengelder einbringen. Regelmäßig besuchen Schulklassen, Touristen und andere Gruppen die Halle am Stadtrand von Sihanoukville. In einer Gemeinde mit dreihundert Haushalten hat die NGO zudem Mülltrennung eingeführt und die Bewohner entsprechend trainiert. So wird die Community sauber, und TonToTon bekommt besser sortierte Stoffströme. ◀

Seit ihrer Gründung 2019 konnte die NGO rund 2 700 Tonnen nicht recycelbaren Plastikabfall sammeln.

bisher Unternehmen und Organisationen geleistet, die Zertifikate für eine bestimmte Menge eingesammelten, nicht recycelbaren Plastikmüll kaufen. Damit können sie ihren eigenen Plastik-Fußabdruck verbessern oder ausgleichen. Sie können mit den Zertifikaten aber auch unabhängig davon in ihren Nachhaltigkeitsberichten werben oder in PR-Kampagnen. Bisher haben das Unternehmen wie etwa der italienische E-Bike-Hersteller Nilox oder der Kreuzfahrtanbieter Celebrity Cruises in Anspruch genommen.

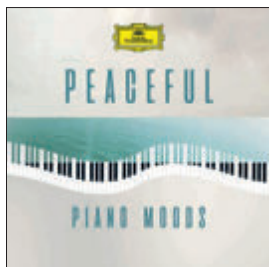
Die Idee erinnert an das seit einiger Zeit wegen Greenwashing-Vorwürfen in

Diese Wandelemente einer nahegelegenen Schule waren früher Plastikmüll.



Ankommen im Jetzt

Immer der passende Pianoklang



Vikingur Ólafsson, Ludovico Einaudi, Alfred Brendel, Max Richter u. a.: **PEACEFUL – piano moods**. DG, 2022, (4 CDs).

Lebhaft erinnere ich mich an erste eigene Best-of-Zusammenstellungen: Tagelang nahm ich mir Zeit für Auswahl und Reihenfolge, musste rechnen, was auf jeder Seite einer Kassette Platz findet und hatte schließlich ein Unikat, das ich in den kommenden Wochen hoch und runter hörte. Die ersten professionellen Best-of-CDs ernüchterten mich dann gehörig – ich musste feststellen, dass immer nur eine Hälfte Best-of war, die andere mitunter unerträglich. Willkommen im Business, wo auch Best of nur häppchenweise veräußert wird!

Entsprechend machte ich fortan einen Bogen um derlei – um nun doch wieder einmal zuzugreifen. Warum? Vorliegendes Klavier-Best-of köderte mich mit einem auf die Tageszeiten ausgerichteten Opus, dem ich nicht widerstehen konnte in der Aussicht auf ein wohlklingendes Setting für volle Tage – für den Morgen, den Nachmittag, den Abend, die Nacht. Nix Aufreibendes, nix Anzettelndes, keine Eruptionen, keine Explosionen. Stattdessen Ausklinken aus der vertikalen Taktung des Tages und Ankommen im horizontal strömenden Moment. Kann das dieses 4-CD-Konvolut leisten? Hat es mehr Tiefe als sein karges Cover? **MORGEN:** verträumtes Erwachen mit Gjeilo (Before Dawn), Richard Rodgers (Something Good), Schumanns Träumerei, Liszts Pastorale, Bach-Bearbeitungen von Ólafsson, Schuberts Frühlingsglaube, am Ende Abba-Boy Benny Andersson. Fazit: einnehmend. In sich stimmig. **NACHMITTAG:** gelungene Eröffnung mit Debussy, dann Neues: Chad Lawson (My father's favourite), George Gershwin (Love walked in), wunderbare Frédéric-Chopin-Etüden, Agnes Obel (September Song), Philip Glas (Etüde Nr. 14), brillante russische Klaviermusik von Tschaikowski und Prokofjew, am Ende Rachmaninoff. Fazit: sehr facettenreich und anspruchsvoll – nach vollem

Tag eine neu sich ordnende Fülle, die mit großer Erhabenheit ihren eigenen Raum einfordert, dabei von großer Finesse und Aufgeräumtheit bestimmt ist. Passt. Sogar sehr. **ABEND:** sehr inspiriert eingeläutet mit Edvard Griegs Summer Evening und dem folgenden Moment Musical Nr. 5 von Rachmaninoff, folgend Klassiker wie Beethovens Für Elise und Bagatelle in A, Chopins Largo in E und Walzer in a, aber dann auch wieder Benny Andersson mit Chess, Ludovico Einaudis ABC, Stephan Moccio mit See Change und Max Richter mit H in New England. Fazit: weiter sehr atmosphärenreich, gut ausbalanciert mit Klassik, Romantik, Neoklassik, minimalistischer und populärer Klaviermusik. **NACHT:** bezaubernde Eröffnung mit einer Chopin-Nocturne, nachthelle Bach-Bearbeitungen von Ólafsson, Joep Beving's pulsendes Ab Ovo, John Cages In a Landscape, Max Richters Dream Solo – das letzte Klingen ist Chad Lawson mit Of twilight skies vorbehalten. Fazit: alles da. Sie brauchen kein Buch, sie brauchen kein Licht. Nur offene Sinne. Dann ist dieses espritreiche CD-Quartett zu seiner Zeit genau das Richtige.

KLAUS-MARTIN BREGGOTT

Jetzt eine andere

Lusitanian Ghosts III ist raus



Lusitanian Ghosts: **Lusitanian Ghosts III**. LP, European Phonographic, Broken Silence, 2024.

Sir Harry Lauders Absacker „Just a wee deoch an doris“ singen Schotten bis heute, ein Schwellenlied: „noch einen Kleinen an der Tür“ – bevor es auseinander- und an Tastatur, Werkbank oder Lenkrad bald von vorne losgeht. Von Wehmut keine Spur, der Song umarmt unverzagt die geteilte Zeit. Das ist Haltung. Just dieselbe hat auch *The Long Train*, Opener des dritten Lusitanian-Ghosts-Albums. Er markiert zugleich, wo die Reise hingehet: perlend druckvoller Indie-Gitarrenrock aus dessen Blütezeit. Waterboys, Crowded House oder Echo &

The Bunnymen sind als Referenz seit ihrem Debüt längst benannt. Intensität, Songwriting und Art-Glam-Faktor, der deutlich an der Intonation des kanadisch-portugiesischen Leadsängers Neil Leyton hängt, treffen das gut. Auch die fickrige Woodentops-Rhythmusarbeit wäre ein Bezug. All dies mag man heraushören, muss man aber nicht: Ihr aus der Zeit gefallener Sound steht ganz gegenwärtig für sich.

Gitarren sind jedoch keine dabei. Das Musikerkollektiv mit Bass und Schlagzeug setzt auf alte Saiteninstrumente aus den Regionen Portugals, nach der einst römischen Provinz auch ‚lusitanische Geister‘ genannt. Stimmung und Saitenkombinationen variieren wie deren Klang, ob sacht rau, voluminös oder mandolinartig: statt Gitarren prägen hier also die Viola Amantina, Braguesa, Campaniça, Terceira und Beirão mit Tonfarben und Traditionen, die bis vor die muslimische Ära zurückreichen. Insofern steckt Folk auch mit drin, deutlich in den Balladen. Der Abschied „Dr. Ana Maria“ gemahnt sogar an „Alte Musik“, ist aber taufrisch. Orientalische Figuren kommen hinzu. Lusitanian Ghosts haben Spaß am Detail und verbinden wiedererweckte Klangbilder und „gitarrierte“ Indierock-Erdung. Das Album schmeichelt, streichelt und irritiert zugleich, ist sozusagen tröstlich erwachsen, weil die Musiker sich und uns nichts vormachen. Sie schauen hin, die Songstories sind aus dem Alltag vertraut, wenn auch oft übersehen. Große Botschaften zur Welt haben sie nicht, dafür aber und weitaus angenehmer einen schonungslosen Blick darauf. Spontaner Liebling mit markantem Basspulsen ist „Pure Evil“, das – obwohl eher getragen – energisch und zum Ende leicht sphärisch einen weiten Bogen schlägt. Er reicht von der Nelkenrevolution 1974 mit „echter“ Volksarmee und gemeinsam gesungenem Grândola bis zur Ukraine heute. Nostalgisch oder eskapistisch ist nichts daran, bitter-süß ironisch hingegen alles, wenn Leyton fast schwelgend singt: „The world is so different now / the world is a different place.“ Ein skeptischer Blick auf den Menschen, der ebenso angebracht wie unverzagt ist. III gibt es nur auf Vinyl, dafür aber in zwei Versionen. Die in Mono hat mehr Punch, findet der Schwede Mikael Lundin, der auch die Amantina spielt. Die hier zugrundeliegende in Stereo sei reicher. Auf jeden Fall steigert sie das Wohlbefinden: „Just a wee deoch an doris!“

UDO FEIST

Aus der Enge

Geschichten aus dem Gefängnis



Maxim Znak: **Zekamerone.** Speak Low, Berlin 2023, eine MP3-CD.

Maxim Znak, Rechtsanwalt und führendes Mitglied der Oppositionsbewegung in Belarus, wird im September 2020 verhaftet und später zu zehn Jahren Haft verurteilt. Bis heute hält ihn das Lukaschenko-Regime in einer Strafkolonie fest, seit bald eineinhalb Jahren gibt es kein Lebenszeichen von ihm. So lange ist es auch her, dass seine 100 Geschichten aus der Haft im Suhrkamp Verlag erschienen. Wie diese Texte ihren Weg aus dem Gefängnis in die Freiheit fanden, ist bis heute ein Rätsel.

Nun hat das Berliner Label speak low in Kooperation mit der EKD eine Lesung mit einer Auswahl von 40 Texten als Hörbuch vorgelegt. Gelesen und getragen von Bjørne Mädel. Er ist eine Idealbesetzung, denn seine Stimme überwindet jede Bosheit oder Niedertracht, lässt so die scheinbare Normalität des Gefängnisalltags begreifen. Er nimmt sich zurück, wo es nötig ist, wird leise. Und er widersteht der Ironie und der unfreiwilligen Komik Znak, mit der dieser die Macht und Willkür, der er ausgesetzt ist, beschreibt und die der Hörerin den Atem stocken lassen.

Es sind Texte, oft nur zwei oder drei Minuten lang, die, genau beobachtet, über Rituale und Gewohnheiten, das Zusammenleben mit den anderen Gefangenen erzählen, über die Neuankommlinge, die die Regeln lernen müssen, über Hungerstreikversuche, die enden in „einer für alle, andernfalls alle auf einen“, über Zahnschmerzen im Vollzug oder Geburtstage hinter Gittern.

Erwähnenswert ist auch das beigegefügte Booklet, in dem die Osteuropaexperten und Übersetzer der Texte Henriette Reisner und Volker Weichsel die Ereignisse einordnen und resümieren: „Es geht darum, ein wenig Licht in das Dunkel einer Zelle zu werfen ..., in der Maxim Znak wie über 1500 weitere politische Gefangene nun sein Leben verbringt.“

KATHRIN JÜTTE

Viele Impulse

Ein Sammelband zur rechten Zeit



Harald Roth (Hg.): **„Verteidigt die Demokratie!“** Dietz Verlag, Bonn 2024, 280 Seiten, Euro 24,-.

Klare Ansage im ersten Satz: „Die Demokratie ist bedroht.“ Deshalb hat Harald Roth, Herausgeber des Sammelbandes „Verteidigt die Demokratie“, eine illustre Schar von Autor:innen zusammengestellt, die eines eint: „Das Bekenntnis und das aktive Eintreten für die im Grundgesetz verankerten Menschenrechte.“ Wobei nicht alle Texte für diesen Band geschrieben wurden, manche sind gar historische Dokumente, wie ein kurzer utopischer Text von Kurt Tucholsky aus dem Jahr 1930, ein noch kürzerer von Thomas Mann von 1937 und ein Absatz von Carlo Schmid aus einer Rede im Parlamentarischen Rat 1946. Diesem programmatischen Auftakt folgen aktuelle längere Texte von der Kulturwissenschaftlerin Aleida Assmann und dem früheren Verfassungsrichter Andreas Voßkuhle.

Als Expertin für Erinnerungskultur legt Assmann erwartungsgemäß den Schwerpunkt auf die aktive Auseinandersetzung mit der Vergangenheit und erklärt nachvollziehbar, warum das Treffen von Rechtsradikalen in der Villa Adlon im Zusammenhang mit der „Wannsee-Konferenz“ zur „Endlösung der Judenfrage“ knapp 82 Jahre zuvor gesehen werden muss. Sigmund Freud habe von „Wiederholungszwang“ gesprochen und als Therapie die Arbeit des Erinnerns und Durcharbeitens empfohlen.

Andreas Voßkuhle liefert ein Plädoyer für eine Stärkung des Parlamentes als Ort des politischen Ideenwettbewerbes. „Politikerinnen und Politiker marginalisieren sich mittelfristig selbst und vor allem auch das Parlament, wenn sie größere Teile der politischen Auseinandersetzung in die so-

zialen Medien verlagern.“ Zudem bricht er eine Lanze für „Qualitätsjournalismus, eine vielfältige Medienwelt und die Gewährleistung der Grundversorgung durch den öffentlich-rechtlichen Rundfunk“, für dessen Gewährleistung und Regulierung der Staat Verantwortung trage. Eine gewiss noch aktuelle Forderung, auch wenn sie aus einem drei Jahre alten Vortrag stammt.

Es folgen noch rund 30 Texte zum Thema, darunter ein weiteres Plädoyer für Qualitätsjournalismus gerade in Lokalredaktionen, der im Zweifel öffentlich gefördert werden müsse, wenn die Marktmechanismen versagten, von Tanjev Schultz, ehemaliger Redakteur der *Süddeutschen Zeitung* und nun Professor an der Universität Mainz. Auch der frühere bayerische Landesbischof und EKD-Ratsvorsitzende Heinrich Bedford-Strohm zählt zu den Mitwirkenden und begründet luzide unter anderem, warum „die Leidenschaft für die Menschenwürde eine direkte Konsequenz aus dem Glauben an Gott“ ist und Christenmenschen in der ersten Reihe stehen müssen, „wenn es darum geht, gegenüber den menschenfeindlichen Ideologien Flagge zu zeigen, die jetzt wieder salonfähig zu werden drohen.“

Manche Texte überzeugen mehr, andere weniger, das liegt im Wesen eines solchen Buches, das ein Sammelband zur rechten Zeit ist und zahlreiche Impulse zur Diskussion liefert. Dass viele Texte schon woanders erschienen sind, wird nicht verschwiegen und gehört zum Wesen einer aktuellen Anthologie. Eine wirkliche Fehlleistung des Herausgebers ist aber, dass unter den Autor:innen nur zwei mit Ost-Biografie zu finden sind.

Einer davon ist Sebastian Krumbiegel, Sänger der Pop-Gruppe „Prinzen“, dessen Beitrag vor allem aus dem Abdruck seines Liedes für die Demokratie besteht. Nett, aber es hätte schon interessiert, wie er die Entwicklung in Ostdeutschland nach der Wende beurteilt. Was ist seitdem schiefgelaufen?

Gibt es nicht mehr kompetente Stimmen aus der Region, deren Bevölkerung schließlich vor gut 30 Jahren mutig für die Demokratie gekämpft hat und die in den Landtagswahlen in diesem Jahr besonders zur Verteidigung der Demokratie aufgerufen ist? Natürlich gibt es die, aber sie tauchen in diesem Buch kaum auf. Ärgerlich!

STEPHAN KOSCH

Weckruf

Die Christliche Rechte in Europa



Gionathan Lo Mascolo (Hg.):
The Christian Right in Europe.
Verlag transcript, Bielefeld 2023, Euro 45,-.

Ein Buch zum richtigen Zeitpunkt: Der Blick auf die Verbindungslinien zwischen Demokratiefeindlichkeit und Religion war für den europäischen Raum noch unterbelichtet. Jetzt, da auch die extreme Rechte überall in Europa deutlich an Zustimmung gewinnt, stellt sich unweigerlich die Frage, welche Rolle dem Christentum dabei zukommt. Gehen das Erstarken des Rechtsextremismus und die Demokratieskepsis, ja-feindschaft auch von Christinnen und Christen aus? Dieser Frage geht der vom Politikwissenschaftler Gionathan Lo Mascolo herausgegebene Band „The Christian Right in Europe“ nach, der im Verlag transcript open access erschienen ist. Der englischsprachige Band ist als digitale Version demnach auf der Website des Verlages kostenfrei erhältlich.

Wer an eine politisch relevante christliche Rechte denkt, hat wohl die USA vor Augen. In den 1960er-Jahren lehnten dort Teile der weißen (vor allem evangelikale) Christen die Aufhebung der race segregation ab. Die Gegnerschaft zu gesellschaftlichen Liberalisierungen setzte sich in den folgenden Jahrzehnten durch die christliche Abwehr von Abtreibungsrechten, feministischen Forderungen nach Gleichberechtigung oder der Gleichstellung von Homosexuellen fort. Heute sind es weiße, evangelikale Christen, die eine wichtige Wählerbasis von Donald Trump darstellen. Die Ablehnung von „Gender-Ideologie“ steht neben der Idee der Vorherrschaft einer weißen christlichen Nation.

Die amerikanischen culture wars seien in Zeiten der gesellschaftlichen Liberalisierungen, so eine These des Bandes, auch in

Europa erkennbar. Eine immer stärker zunehmende Polarisierung von Gesellschaften sei Resultat dieser Entwicklung. Auch in Europa lasse sich eine Gleichzeitigkeit von fortschreitenden gesellschaftlichen Liberalisierungen vor allem im Bereich der Geschlechter- und Familienpolitik und einem Aufbegehren von Christen aus unterschiedlichen Konfessionen erkennen. Und auch für die christliche Rechte in Europa, die für die kulturelle Identität Europas beziehungsweise der Nationalstaaten das Christentum in Stellung bringt, gesellt sich die Abwehr gegen muslimische Migration als zweites zentrales Thema.

Der Band, der durch eine luzide und klar argumentierende Einleitung eröffnet wird, besteht hauptsächlich aus Länderstudien. Das einzige Thema, das vertieft in einem separaten Beitrag bearbeitet wird, ist der christlich konnotierte Anti-Genderismus. Das mag ein wenig überraschen, dass hier nicht noch weitere Themenfelder – sei es eben die Ablehnung von Migration, der verbreitete Kulturpessimismus, Antisemitismus oder die Bedeutung Israels für die religiöse Rechte – konzentriert vorgestellt werden.

Dagegen liegt der Fokus auf Länderstudien: Zunächst werden dabei drei Länder vorangestellt, deren Relevanz für die Etablierung einer christlichen Rechte in Europa hervorgehoben wird. In Russland, Polen und Ungarn wird unmissverständlich deutlich, welche politische Macht die religiöse Rechte dort bereits entfaltet. Anschließend wird in weitere 16 Länder eingeführt und für diese werden Ideen, Organisationen beziehungsweise Institutionen und Strategien der religiösen Rechten betrachtet.

Deutlich wird: Bei allen historischen und nationalen Spezifika, die die einzelnen Länder prägen, ist auch in Europa ein transnationales Momentum sichtbar. Denn die christliche Rechte agiert nicht auf nationale und konfessionelle Grenzen beschränkt, sondern transnational. Das wird in jedem einzelnen Beitrag deutlich: Es gibt europaweit inhaltliche und organisatorische Familienähnlichkeiten der christlichen Rechten. Viele Organisationen, in denen über die Ablehnung von Pluralität und Diversität Menschen mobilisiert werden, agieren über Landesgrenzen hinweg. Die Blaupause für Inhalte und erfolgreiche Strategien ist dafür wiederum die religiöse Rechte in den USA, an der sich orientiert wird und von wo Gelder nach Europa fließen.

Dieser Band ist lesenswert und wichtig, denn er legt einen scharfen analytischen Blick auf ein besorgniserregendes Phänomen in Europa, ohne dabei moralisierend zu dämonisieren. Die Texte machen deutlich, dass von etablierten Kirchen, der Wissenschaft und politischen Akteuren dem Erstarken der christlichen Rechten mehr Aufmerksamkeit gewidmet werden muss, aber auch Inhalte und Strategien dagegen entwickelt werden müssen. Ein Weckruf.

HANS-ULRICH PROBST

Wie digital geht

Ratgeber für Kirchengemeinden



Philipp Greifenstein/
Hanno Terbuyken:
Vernetzt und zugewandt.
Neukirchener Verlag, Neukirchen-Vluyn, 208 Seiten, Euro 24,-.

Jeder hat unterschiedliche Kriterien für ein gutes Buch. Für mich zeichnet sich ein solches dadurch aus, dass es mehr tut, als nur das zu halten, was es verspricht. Ein gutes Buch zeichnet sich durch eine zweite (oder dritte) Ebene aus. „Vernetzt und zugewandt“ von Philipp Greifenstein und Hanno Terbuyken ist ein solches Buch.

Schon die eigentliche Aufgabe, die das Buch zu erfüllen versucht, ist nicht so leicht, wie es vielleicht den Anschein hat. Ein Praxishandbuch möchte das Buch sein, und zwar für die Gemeinde, die sich der Digitalisierung stellt. Für Greifenstein und Terbuyken ist es keine Frage, dass sich diesem Thema alle Kirchengemeinden zu widmen haben. Die Frage ist nur: Wie tun es die einzelnen Akteure? Nun hat so ein Praxishandbuch zunächst das Problem, nicht schon beim Erscheinen veraltet zu sein. Die Verfasser wählen als Lösung den Korridor zwischen zu starker Bezugnahme auf aktuelle Technik und praxis-irrelevantem Verharren in der theoretischen Ebene.

Faszinierend

Jon Fosse: Ein Leuchten. Rowohlt Verlag, Hamburg 2024, 78 Seiten, Euro 22,-.

Kurze Sätze, immer wieder redundant, präzise beschreibend, um dann fast gleichzeitig die Darstellung zurückzunehmen oder sie anders zu deuten. Dem Leuchten, von dem der Nobelpreisträger Jon Fosse, in seinem neuesten Text schreibt, nähert sich dieser auch stilistisch, indem er versucht, der weißen Gestalt, oder war es doch eine Halluzination, auf den Grund zu gehen und sie doch nicht fassen kann. Ein Mann verlässt in der Dunkelheit sein festgefahreneres Auto und ist im Wald allein auf sich gestellt, als er in der Ferne eben ein Leuchten wahrnimmt. Ein Engel? Ein Gespenst? Für Fosse und seiner Leserschaft ein religiöses Bild mit einer wehmütigen Begegnung (siehe auch zz 3/2024).

Hinter Mauern

Charlotte Wood: Tage mit mir. Kein & Aber, Zürich/Berlin 2023, 304 Seiten, Euro 22,50.

Sie hat weder jemals gebetet, noch glaubt sie an Gott. Und trotzdem verlässt eine Frau mittleren Alters ihr Stadtleben in Sidney und zieht sich müde und erschöpft in ein Kloster zurück. Dort lässt die australische Autorin Charlotte Wood ihre Protagonistin alte Schmerzen fühlen, Geschichten aus der Vergangenheit erinnern und einiges, was unbearbeitet und verschüttet zu sein scheint, wieder ans Licht fördern. Die Stille und der Rhythmus der Umgebung und die Tiefe der existenziellen Fragen übertragen sich in der Lektüre und lösen Fragen ans eigene Leben aus.

bleiben oder gehen?

Elisabeth Zoll (Hg.): Wir bleiben! Hirzel Verlag, Stuttgart 2023, 183 Seiten, Euro 22.

Eine Ankündigung, noch dazu mit Ausrufezeichen. Sie meinen es ernst, die Frauen, die die Ulmer Journalistin Elisabeth Zoll in dem von ihr herausgegebenen Buch zu Wort kommen lässt. 18 Katholikinnen mit unterschiedlichen Lebensgeschichten und Perspektiven wie die von Felicitas Hoppe, Gesine Schwan, Christel Neudeck oder Hubertine Underberg-Ruder berichten, warum sie trotz aller „chronischen Frauenbenachteiligung“ die katholische Kirche nicht verlassen, was ihnen ihr Katholisch-Sein bedeutet und wie sie ihren Weg gehen. Es sind ermutigende Erzählungen von Frauen, die kritisch sind und zeigen, warum es die Kirchen braucht.

ne. Es gibt konkrete Beispiele, diese sind umsetzbar, aber sie vermeiden eine genaue Beschreibung der Tools, mit denen sie zusammensetzen sind.

Ein zweites Problem: Die Verfasser sind ausgewiesene Profis in einem Bereich, in dem es von selbsternannten Experten wimmelt. Ihnen gelingt es, ohne hohes Ross, ihr Fachwissen zu vermitteln, und zwar so, dass sowohl die Mitarbeiterin im Gemeindesekretariat als auch die Pfarrerin, die sich bereits zur Generation der digital natives rechnet, für ihre jeweilige Praxis Neues lernen können. Gelungen ist das lange Kapitel zur Gemeindeforum. Dort wird präzise und praxisorientiert beschrieben, was auf einer Gemeindeforum zu stehen hat und vor allem, wie es dort zu platzieren ist. Ähnlich gut und hilfreich sind auch die Kapitel zu digitalen Tools und zu Social-Media, welche auch kritisch mit dem Trend der auf Instagram präsenten Pfarrer*innen umzugehen wissen. Hier zeigt sich eine Grundformel der Verfasser: Der richtige Weg ist oft der, der funktioniert und der etwas nutzt, gerade für die gemeindliche Kommunikation. Und: Das Rad muss nicht ständig neu erfunden werden. „Gemeindeforum digitalisieren“ bietet ebenfalls gute Ansätze, bleibt aber leider sehr im Prinzipiellen verhaftet. Meiner Meinung nach ist dies das Thema mit dem größten Nachholbedarf im Gemeindealltag.

So weit also zu den Teilen des Buches, die das behandeln, was angekündigt wird. Mindestens genauso interessant sind aber die ersten beiden Kapitel, die so etwas wie den theoretischen Hintergrund liefern und en passant auch die theologische Bedeutung von Digitalisierung skizzieren. Die Verfasser gehen davon aus, dass sich mit der Digitalisierung das Verständnis von Kirche(-ngemeinde) ändert und dass diese Änderung durchaus einen Fortschritt darstellt, weil es mehr einem schon in der Reformation angelegten Verständnis von Kirche entspricht. Denn das Netz, so die These, stellt einen „potentiell egalitären ‚Raum‘“ (Seite 24) dar, bei dem hierarchische Unterschiede zunächst keine Rolle spielen. Auf den Raum der Kommunikation in den sozialen Medien bezogen: Der „partizipative, hierarchiearme Gedanke“ (Seite 32) könnte dem protestantischen „Priestertum aller Getauften“ entsprechen. Freilich sehen die Verfasser die kritischen Seiten der digitalen Welt, aber ihr Grund-

urteil ist ein positives. Über diese Deutungen, die anregend zu lesen sind, würde es sich lohnen, zu diskutieren. Gerade im digitalen Raum gibt es ja in unterschiedlichen Bereichen eine Art „Herrschaftswissen“, das dem egalitären Grundprinzip entgegenläuft und das gerade auch in den Bereichen der digitalen Verwaltung zu Problemen führt. Ich selbst bin nicht so optimistisch wie die Verfasser, was zum Beispiel den (kirchlichen) Datenschutz angeht. Aber auch diese Punkte zeigen, dass das Buch äußerst hilfreich und anregend ist: Es liefert konkrete Tipps für die Praxis, leitet an, das eigene Handeln zu reflektieren, und regt zur weiteren Diskussion an. Zum Anfang zurück: ein gutes Buch!

NIKLAS SCHLEICHER

In anderer Gestalt

Umnutzungen von Kirchen



Hanna Weber: **Zwischen sakral und profan.** Bauhaus Universitätsverlag, Weimar 2023, 327 Seiten, Euro 42,-.

Nach dem Zweiten Weltkrieg setzte in Westdeutschland eine historisch einmalige Bautätigkeit ein. Zum einen mussten zerstörte Gebäude ersetzt werden. Zum anderen kamen durch die Vertreibung der Deutschen aus den östlichen Gebieten des Deutschen Reiches Katholiken in protestantische Regionen und brauchten entsprechend eigene Kirchen et vice versa. Zum Dritten sollten kleinteilige Gemeinden entstehen, um in den Großstädten Behausung zu bieten. Zum Vierten suchten neue Konzepte gemeindlicher Arbeit nach passenden Gebäuden. Möglich wurden die neuen Kirchen und Gemeindezentren durch den wachsenden Wohlstand.

Stimmen, die vor einem modernen „morbus edificandi“, also vor einer krankhaften Bauwut, warnten, verhallten. Die

Lage änderte sich mit den 1990er-Jahren. Demografie, sozialer Wandel, Traditionsabbrüche sowie weniger Kirchensteuern – nicht selten aber auch die mangelhafte Bauqualität der 1960er-Jahre – führten zu der Frage, was mit all den Kirchen zu tun sei. Kann man sie in andere Hände und andere Nutzung geben? Anfangs erschien dies als Tabubruch. Mehrere Tagungen des Evangelischen Kirchbautags bemühten sich darum, die neue Situation zu verstehen, Kriterien zu entwickeln und sinnvolle Veränderungen zu ermöglichen. Nun liegt eine kunsthistorische Doktorarbeit vor, die fünf ausgewählte frühe Beispiele einer Umnutzung von Nachkriegskirchen analysiert. Sie ist sehr willkommen, denn auf die anfängliche Skandalisierung in den Medien folgte allzu oft ein vom Problemdruck getriebener Pragmatismus. Nachdenken tut aber auch in Sachen Kirchenumnutzung Not.

Hanna Weber hat die katholischen Kirchen St. Bonifatius in Münster (1963), jetzt ein Verwaltungsgebäude des Dialogverlags, St. Agnes in Berlin (1965), heute Sitz der Galerie König, St. Elisabeth in Münster (1965), nun eine Wohnanlage, sowie St. Sebastian in Münster (1960), nun eine Kindertagesstätte, untersucht. Hinzu kommt die evangelische Kapernaum-Kirche in Hamburg (1961), aus der die Al-Nour-Moschee wurde. Indem Weber architekturhistorische und diskursanalytische Elemente verbindet, versucht sie, die Konzepte und Motive der Akteure (Kirchengemeinden, Kirchenämter, Architekturbüros, Denkmalschutz, Städte und Kommunen) besser zu verstehen. Ihr Buch ist nicht das erste über dieses Thema. Aber die Genauigkeit und Ausführlichkeit ihrer Fallanalysen bieten eine erhellende Lektüre. Zudem hat das Buch sehr viele und gute Abbildungen. Man bekommt also einen plastischen Eindruck, um sich selbst ein Urteil zu bilden.

Die katholischen Beispiele überzeugen zum großen Teil inhaltlich wie gestalterisch. Die neue Nutzung steht nicht in einem Konflikt zur alten. Die architektonischen Lösungen gehen respektvoll mit dem Ursprungsbau um. Allerdings ist Weber etwas zu vornehm, wenn es um die Kosten geht. Die ersten Umbauten waren zum Teil teuer. Man konnte sich das leisten, musste es wohl auch, um der öffentlichen Empörung zu begegnen. Das wird in Zukunft nicht mehr so oft möglich

sein. Etwas mehr Betriebswirtschaft hätte dem Buch gut getan, weil dadurch die Konflikthaftigkeit selbst gelungener Umnutzungen besser fokussiert worden wäre. Zu blauäugig ist auch die Fallbeschreibung von Kapernaum/Al-Nour geraten. Hier hätten die politischen Konflikte im Hintergrund präziser analysiert werden können. So entsteht ein zu harmonisches Bild dieser bisher in Deutschland einmaligen Umwandlung einer Kirche in eine Moschee. Auch fragt sich, ob die fünf Beispiele tatsächlich „hybride“ – ein zurzeit modischer Begriff – Gebäude darstellen. Man könnte auch nüchterner davon sprechen, dass etwas Altes aufhört und etwas Neues beginnt. Es lohnt, darüber nachzudenken und zu diskutieren. Dieses sorgfältig recherchierte, gut lesbare und feinsinnig illustrierte Buch regt dazu an.

JOHANN HINRICH CLAUSSEN

Lebensernte

Streifzüge durch Bibel und Lied



Fulbert Steffensky: **Schutt und Asche**. Radius-Verlag, Stuttgart 2023, 264 Seiten, Euro 18,-.

Die „kleine Form“ der Schriftauslegung – Radioandacht, Meditation in der Kirchenzeitung, knappe Entfaltung einer Herrnhuter Losung – hat ihre eigenen Gesetze, Grenzen und Chancen. Für dogmatische und historische Tiefenbohrungen bleibt wenig Raum, alles muss – und darf! – pointiert gesagt sein. Komplexe Gedanken gerinnen manchmal zu schlichten Schlagworten. Dafür aber spricht die kleine Form den Leser unmittelbar an, erregt spontan Interesse, trifft schärfer in das Leben hinein als der Großtext. Werden solche kleinen Gelegenheitsarbeiten gesammelt, entsteht in der Summe dann

Ermutigung

Traugott Schächtele: **geistesinzipien**. J. S. Klotz Verlagshaus, Neulingen, 88 Seiten, Euro 14,90.

Gott in der Welt im Gespräch zu halten, das ist Traugott Schächteles Beruf und Berufung, Zeit seines Lebens. Schön von Gott zu reden zudem. Der evangelische Theologe stellt sich dieser Herausforderung auch in seinem jüngsten Werk: Den Jahreszeiten und Kirchenfesten folgend dichtet er sieben Zyklen von der Menschenfreundlichkeit Gottes und endet jeweils mit einer neuen Choralichtung.

Neue Horizonte

Kia Vahland: **Caspar David Friedrich und der weite Horizont**. Insel Bücherei, Berlin 2023, 108 Seiten, Euro 16,-.

„Wir müssen ihn uns als Farbvirtuosen denken, als einen Mann, der mit dem Pinsel in der Hand denkt, mit offenem Ausgang.“ Die Kunsthistorikerin Kia Vahland korrigiert in ihrem bezaubernden, in der Insel Bücherei erschienenen Band die Forschung über Caspar David Friedrich. Sie nähert sich dem „analytischen Maler“, der der nicht nur Nähe, sondern auch Distanz zum Geschehen zu schaffen verstehe. Sie erzählt über seine Epoche und seine Gedankenwelt und nimmt die Leserschaft mit auf eine Reise zu Begegnungen mit Friedrich in Deutschland: auf den Titel des Spiegels, in den Welterbepark der UNESCO auf Rügen, nach Dresden, Berlin und Winterthur. Ein wundervoll aktuelles Büchlein, das mit seinen Abbildungen und den geistreichen gesammelten und zitierten Kommentaren der Friedrich-Fachwelt ein Kleinod in diesem Jubiläumsjahr ist.

Perspektivwechsel

Johannes Plagemann/Henrik Maihack: **Wir sind nicht alle**. Verlag C. H. Beck, München 2023, 246 Seiten, Euro 18,-.

Die Politikwissenschaftler Johannes Plagemann und Henrik Maihack wissen, worüber sie schreiben, denn sie haben beide längere Zeit in Ländern des Globalen Südens gelebt. Sie gehen der Frage nach, was es bedeutet, wenn die Abgrenzung zu anderen Ländern identitätsstiftend ist. Mit ihrem Blick auf die Krisen dieser Welt fördern sie einen Perspektivwechsel, der deutlich macht, welche neuen politischen Allianzen nötig sind. Sehr lesenswert für ein besseres Verständnis von Interessen und neuen Sichtweisen.

doch eine facettenreiche Gesamttheologie ihres Autors.

Fulbert Steffensky, ursprünglich katholischer Theologe und Ordensmann, der nicht verdient hat, auf die Rolle des Ehemannes der epocheprägenden politischen Protestantin Dorothee Sölle (1929–2003) reduziert zu werden – der gleichwohl spirituell stark von dieser Bindung zehrt –, hat eine derartige Sammlung kleiner biblisch angeregter Texte vorgelegt. Als Frucht eines langen Theologenlebens vermacht er seinen Lesern ein vielfältiges Werkstück. Schade ist, dass das konkrete Alter der Texte nicht vermerkt wird. Dies nämlich ermöglichte es, Entwicklungen nachzuvollziehen und Themenkreise zu begleiten. Das Buch folgt der kanonischen Reihenfolge der Bibelstellen und hängt, zu seinem und des Lesers Gewinn, noch eine Anzahl Liedinterpretationen an.

Auffällig scheint dem Rezensenten ein Fremdeln Steffenskys mit der paulinischen Botschaft von der geschenkten Rechtfertigung des Gottlosen. Paulustellen kommen spärlich zum Zuge, wiederholt verwarnt der Schriftausleger sich gegen die Anmutung eines Sünderlebens, für das Christus „die Zeche zahlt“. Ob dies nun mehr der katholischen Wurzel oder politreligiösen Ambitionen geschuldet ist, sei dahingestellt. Bewegend aber lässt sich miterleben, wie sich bei den von Steffensky, dem Seelsorger und Trostsucher, heiß geliebten Liedern Paul Gerhards der paulinisch-lutherische Fokus auf den Gekreuzigten schließlich doch Bahn bricht und die Vorbehalte gegen die auf Christus abgewälzte Zeche überwindet. Der Charme der kleinen Form liegt ja darin, nicht alles harmonisieren zu müssen. Biblisch wohl berechtigtes Insistieren auf persönlicher Schuld und Verantwortung und der Heilandsruf „Du sollst ja gute Dinge sein, ich zahle deine Schulden!“ tun einander gut. Seelsorglich stimmt, was lehrhaft klemmt – und dass der Leser mehr als einmal angestoßen wird, eine Bibelstelle ganz anders aufzufassen als der Autor, ist eine weitere Stärke dieser sympathischen Sammlung, die Steffensky sich zum 90. Geburtstag selbst geschenkt hat. Bestimmte politische Schlagseiten mögen für die Zeitgebundenheit der Bibelinterpretationen stehen – richtig bleibt dabei allemal: Was immer stimmt, stimmt nie. Stark wird der Autor als Seelsorger, vorzüglich beim Punkt der *self forgiveness*, des

getrösteten Lebenlernens mit dem, was an der eigenen Biografie schmerzt. Um so sprechen zu können, muss ein Mensch im Glauben geprüft sein.

Der Titel verdankt sich der Erinnerung an ein verfallenes Haus, dessen Keller einen uralten Schatz barg. Die lebensstarken Gedanken der Bibel und des christlichen Liedgutes lagert Steffensky so der Ruine der Kirche ein. Ob da nicht allzu katholisch gedacht werde, fragt der Rezensent, ist die Bibel doch kaum im Keller der Kirche lokalisiert und schon gar nicht deren Besitz. Wie dem auch sei: Dass Steffensky im Vorwort die politische Belehrungsabsicht „geschlechtergerechter“ Sprache abweist – aus Respekt auch vor dem Sprachgefühl der Lesenden –, zeigt ihn einmal mehr als souveränen, weisen Mann, der in seiner Zeit dachte, schrieb und redete, weit über seine Zeit hinausschauend. Wie groß die kleine Form doch sein kann.

KLAUS BECKMANN

Überall und nirgends Jazz und Spiritualität



Uwe Steinmetz:
**Jazz und
Spiritualität.**
Claudius Verlag,
München 2023,
167 Seiten,
Euro 20,-.

Kann man „An Wasserflüssen Babylon(s)“ Zionslieder singen? Wäre solcher Gesang, ohne Zion und Tempel, fern von Heimat und Tradition, dafür unter der Fuchtel spottender Schergen, mehr als Demütigung, Folter und Qual, am Ende gar Bekenntnis und Gebet?

Man kann, wie Psalm 137 beweist. Ja, man kann sogar mit vorher nie vernommener Eindringlichkeit, weil ohne verfassten Rahmen, ganz ohne Ordnung und deren Hüter, nur bleibt, was unverlierbar in Herz, Hirn und Haut eingepägt ist: Wie viel biblische *poiesis* hat sich im Exil, in der

An dieser Ausgabe haben mitgearbeitet:

Ferda Ataman
Unabhängige Bundesbeauftragte für
Antidiskriminierung und Leiterin der
Antidiskriminierungsstelle des Bundes, Berlin

Dr. Klaus Beckmann
Schulpfarrer, Frankenthal

Klaus-Martin Bresgott
Germanist, Kunsthistoriker und Musiker, Berlin

Dr. Johann Hinrich Claussen
Kulturbeauftragter der EKD, Berlin

Martin Egbert
Fotograf, Tecklenburg

Dr. Regina Elsner
Wissenschaftliche Mitarbeiterin am Zentrum für
Osteuropa- und internationale Studien, Berlin

Dr. Sebastian Engelbrecht
Journalist und Kirchenhistoriker, Berlin

Dr. Matthias-W. Engelke
Pfarrer i. R., Köln

Udo Feist
Autor, Dortmund

Dr. Johannes Greifenstein
Professor für Praktische Theologie
an der Universität Jena

Daniel Grein
Geschäftsführer des Kinderschutzbundes
Bundesverband e. V., Berlin

Dr. Thomas Groß
Kulturredakteur des *Mannheimer Morgen*,
Mannheim

Maraike Heymann
Pfarrerin, Bad Vilbel-Gronau

Dr. Beate Hofmann
Bischöfin der Evangelischen Kirche
von Kurhessen-Waldeck, Kassel

Frank Jansen
Redakteur beim *Tagesspiegel*, Berlin

Matthias Krieg
Theologe und Autor, Männedorf (Schweiz)

Christian Lehnert
Leiter des Liturgiewissenschaftlichen
Instituts der VELKD und Schriftsteller, Rötha

Dorothee Löhner
Pfarrerin, Mannheim

Uwe Michelsen
Redakteur i. R., Hamburg

Elisabeth Niejahr
Geschäftsführerin des Bereichs
„Demokratie stärken“ der gemeinnützigen
Hertie-Stiftung, Berlin

Franziska Ortgies
Referentin Kommunalen Klimaschutz und
Gebäude der Klima-Allianz Deutschland, Berlin

Dr. Hans-Ulrich Probst
Wissenschaftlicher Mitarbeiter
an der Universität Tübingen

Niklas Schleicher
Pfarrer, Göppingen

Dr. Thomas Martin Schneider
apl. Professor am Institut für Evangelische
Theologie an der Universität Koblenz

Klaus Sieg
Journalist, Hamburg

Dr. Jochen Theurer
Jurist, Tübingen

Dr. Christiane Tietz
Professorin für Systematische Theologie
an der Universität Zürich

Dr. Dr. Michael Welker
Senior-Professor für Systematische
Theologie an der Universität Heidelberg

Olaf Zimmermann
Geschäftsführer des Deutschen
Kulturrates e. V., Berlin

zeitzeichen-Service

Lesertelefon 0711/826 51-230
zeitzeichen@zenit-presse.de

zeitzeichen ist die Nachfolgepublikation von: „Evangelische Kommentare“, „Die Zeichen der Zeit/Lutherische Monatshefte“ und „Reformierte Kirchenzeitung“. ISSN 1616-4164

Herausgegeben von
Heinrich Bedford-Strohm, München
Rita Famos, Bern
Isolde Karle, Bochum
Friederike Krippner, Berlin
Annette Kurschus, Bielefeld
Bettina Limperg, Karlsruhe
Ralf Meister, Hannover
Friederike Nüssel, Heidelberg
Rüdiger Schuch, Berlin
Christiane Tietz, Zürich
Friedhelm Wachs, Berlin
Olaf Zimmermann, Berlin

Redaktion
Reinhard Mawick (Chefredakteur)
Philipp Gessler
Kathrin Jütte
Stephan Kosch
Ständiger Mitarbeiter: Jürgen Wandel
Sekretariat: Claudia Hollwedel
Abo-Marketing: Bernd Hummel

Jebensstraße 3, 10623 Berlin
Tel. 030/310 01 13 00, Fax 030/310 01 18 00
E-Mail: redaktion@zeitzeichen.net
Internet: www.zeitzeichen.net

Beratende Mitarbeiter
Johann Hinrich Claussen (Berlin),
Johanna Haberer (Erlangen), Klaas Huizing
(Würzburg), Jürgen Israel (Berlin),
Reinhard Lassek (Celle)

Träger
zeitzeichen gGmbH
Geschäftsführer: Reinhard Mawick
Jebensstraße 3, 10623 Berlin
Vorsitzender des Verwaltungsrates:
Christian Frehrking

Verlag und Anzeigen
Gemeinschaftswerk der
Evangelischen Publizistik gGmbH,
Emil-von-Behring-Straße 3,
60439 Frankfurt am Main
Anzeigen: m-public (www.m-public.de)
Anzeigenleitung: Yvonne Christoph
Tel. 030/325 32 14 32, E-Mail: christoph@m-public.de
Mediaberatung: Karin Dommermuth-Hoffmann
Tel. 0261/39 49 53 36
E-Mail: dommermuth-hoffmann@m-public.de

Abonnement-Verwaltung
ZENIT Pressevertrieb GmbH
Julius-Hölder-Str. 47, 70597 Stuttgart
Tel. 0711/826 51-230, Fax 0711/826 51-333
E-Mail: zeitzeichen@zenit-presse.de

Zeitzeichen erscheint monatlich und kann über
jede Buchhandlung oder direkt vom Verlag
bezogen werden. Das Jahresabonnement kostet
EUR 102,- (inkl. Versandkosten). Ruheständler,
Studierende, Vikare und Auszubildende erhalten
bei Direktbezug Nachlässe. Einzelheft EUR 9,00.
Preisänderungen vorbehalten.

Zeitzeichen im Daisy-Format für blinde und
sehbehinderte Menschen. Tel. 0561/72 98 71 61
oder per E-Mail: buero@deboss.de

Satz
Anika Müller-Näthe, verbum-berlin.de

Druck
Strube Druck & Medien oHG
Stimmerswiesen 3
34587 Felsberg



Wüste, im institutionellen Niemandsland zu Wort gemeldet! Ganz ohne das hütende Gewölbe einer Kathedrale und die gnädige Geste eines Bischofs! Ohne solche Schriften keine Bibel. Auch der Choral von 1525 hatte, als er seinen Siegeszug durch alle protestantischen Gesangbücher antrat, noch kein institutionell gesichertes Dach über dem Kopf.

Ähnlich ergeht es der afroamerikanisch entstandenen und mittlerweile weltweit vernetzten Musiksprache des Jazz. Dass sie oft auch spirituell geleitet ist, zuweilen gar individuelle Glaubenssprache, weist der Berliner Saxophonist und Komponist Uwe Steinmetz eindringlich und mit hörbaren Beispielen nach: Was 2021 in seiner Götterborger Dissertation *Jazz in Worship and Worship in Jazz* akademischen Regeln folgen musste (vergleiche *zeitzeichen* 1/2023), ist nun, lesbar in Sprache und Umfang, allen erreichbar, die Jazz als inspirierte und Klang werdende Sehnsucht nach dem ganz Anderen hören wollen. Fünfzig QR-Codes (und das eigene Smartphone) ermöglichen nahezu unmittelbar ein Hineinhören ins soeben Gelesene.

Die Architektur der 167 Seiten folgt barocker Spiegelsymmetrie: Tord Gustavens anfänglichem Pädoyer für die Rolle des Jazzmusikers als eines Mitgestaltenden an einem Stück des Himmelreichs korrespondieren am Schluss hilfreiche Listen mit sehr vielen Einspielungen derart Mitgestaltender. Der euphorischen Einstimmung von Steinmetz antwortet der Ausklang mit seiner Variante des Soli Deo Gloria. Zum Auftakt meditiert er die Kunst des Hörens als Bedingung, das Andere zu vernehmen, und im Nachklang die Realität einer Musiksprache, die überall und nirgends zu Hause ist.

Drei große Kapitel mit den Titeln Fire, Truth, Prayer bilden das Zentrum mit einer Geschichte des Sehnsucht formulierenden Jazz von etwa 1850-2020. In der Mitte steht also Truth, die Wahrheit: Gottes, des Menschen und der musikalischen Kommunikation über sie.

Vor wenigen Wochen stand ich in Venedig, ohne sie eigentlich gesucht zu haben, plötzlich vor zwei Gräbern: in Santa Maria Gloriosa dei Frari an dem Claudio Monteverdis, eines Vaters europäischer Tonsprache, und in Madonna dell'Orto an dem Jacopo Tintoretts, eines Vaters europäischer Bildsprache. Frische Schnittblumen lagen auf ihren Grabplatten. Zwei-

fellos haben sie das verdient. Ihr Zion war ihr Auftraggeber, und ihr Tempel wurde ihr bleibendes Gewölbe. Und doch, warum nur tun sich die Kirchen europäischer Weißer, deren Herkunft gewaltige Migrationshintergründe aufweist und die einst wussten, wie man in kritischen Zeiten „By the rivers of Babylon“ singt, so schwer damit, die Musiksprache des Jazz ehrlich zu integrieren, wo es Menschen mit Ohren für sie gibt?

Mit einem Jazzgottesdienst im Monat, einer Jazzkirche in jeder Großstadt, einem Lehrstuhl an einer Fakultät? Woran liegt es? Der Praktiker und Theoretiker mit dem besten Wissen davon ist, wie figura zeigt, ja vorhanden. Erfahrungen dazu sind an vielen Orten gesammelt. Kongresse darüber dokumentiert. Netzwerke geknüpft. Monteverdi würde begeistert auf seiner Gambe improvisieren und Tintoretto seinem aufstehenden Christus in der Accademia ein Saxophon in die Hand malen ...

Möge dieses Buch Studierenden welt-offener Kirchenmusik und Theologie zum Standardwerk werden und mit seinen fünfzig QR-Codes allen Verantwortlichen für Zion und Tempel in den Ohren liegen, ohne Unterlass.

MATTHIAS KRIEG

Problematisch

Über die orthodoxen Kirchen



Gerhard Schweizer:
Kreuz und Schwert.
Herder Verlag,
Freiburg 2023,
240 Seiten,
Euro 24,-.

Die Verbindung von Kirche und Politik in Russland hat in den vergangenen Jahren große Aufmerksamkeit erhalten. Dabei provoziert die offene Unterstützung der Kirchenleitung der Russischen Orthodoxen Kirche für die repressive Innenpolitik und

aggressive Außenpolitik Russlands unter Wladimir Putin häufig einfache Schlussfolgerungen auf eine grundsätzliche, essenzielle Politisierung der Orthodoxie. Das vorliegende Buch von Gerhard Schweizer gehört zu diesen Versuchen, das Verhältnis von politischer Macht und orthodoxem Glauben zu erklären. Schweizer greift auf seine Erfahrungen als Autor und Kulturwissenschaftler in verschiedenen orthodox geprägten Ländern – Russland, Serbien und Griechenland – zurück und erläutert anhand dieser Erfahrungen und der ihm möglichen Vergleiche, wie sich das Zusammenspiel von Orthodoxie und Politik entwickelt hat. Er beginnt mit einer Darstellung der unterschiedlichen Entwicklungen im westlichen und östlichen Christentum in den ersten Jahrhunderten und der Verschiebung der orthodoxen Zentren von Konstantinopel nach Moskau ab dem 15. Jahrhundert. Daran schließen drei Kapitel zu den jeweiligen Zusammenhängen in den drei Beispielländern an, die unterschiedliche zeitliche Rahmen umfassen. Für Russland beginnt der Autor die Analyse mit dem Ende der Sowjetunion. In allen drei Fällen und auch für die daran anschließende Betrachtung der Ukraine werden historische und aktuelle Ereignisse miteinander verflochten, um so zu zeigen, wie die Geschichte jeweils für die Konstruktion der Identitäten benutzt wird. Am Ende schließt ein Kapitel mit möglichen Perspektiven den Band ab.

In den einzelnen Kapiteln geht es dem Autor um eine gut nachvollziehbare Darstellung, die jedoch aufgrund des großen Zeithorizonts notgedrungen verkürzt sein muss. So werden Zusammenhänge und langfristige Entwicklungen in den je sehr unterschiedlichen Gesellschaften

zwar erkennbar, allerdings bleiben die Schlussfolgerungen an einer vereinfachten Oberfläche, die den historischen und gesellschaftlichen Komplexitäten nicht gerecht wird. Das Buch versteht sich nicht als wissenschaftliche Auseinandersetzung, sondern eher als Erfahrungsbericht aus der Sicht, wie Schweizer selbst schreibt, eines westlichen Besuchers. Der Autor beschreibt viele persönliche Begegnungen und bezieht sich häufig auf Ereignisse, die es bis in unsere westliche Öffentlichkeit geschafft haben. Dieser Zugang macht die Darstellung leicht verständlich und setzt für ein breites Publikum tatsächlich bei dem aufrichtigen Interesse an, diese fremde Welt der orthodoxen Konfession, wie Schweizer seine eigene Position beschreibt, besser zu verstehen. Das hat aber offensichtliche Nachteile. Ein großer Teil der innerkirchlichen Auseinandersetzungen in den jeweiligen Kirchen und der komplexen gesellschaftlichen Entwicklungen nach dem Ende des sozialistischen Blicks bleibt unsichtbar. Der „westliche Blick“ verhindert es so auch, den Dualismus zwischen einem aufgeklärten modernen Westen und einem vormodernen Osten wirklich zu überwinden.

Besonders deutlich und problematisch wird dies in dem Kapitel zur Ukraine. Die Ukraine wird als orthodoxes Land zum einen nur unter dem Aspekt der Zugehörigkeit zum russischen historischen Einflussgebiet betrachtet, gilt also nicht als eigenständiger Fall der Analyse von Politik und Kirche wie die drei anderen Länder. Damit folgt der Autor der russischen, aber auch der weit verbreiteten sehr problematischen westlichen Sicht auf die Ukraine. Er verpasst die Chance, mit der Ukraine ein Beispiel zu sehen und zu zeigen, wo Orthodoxie nicht wie in einem Automatismus mit der politischen Macht verknüpft ist, sondern in einem komplexen Prozess seit mehr als einem Jahrhundert diese Verknüpfung gezielt auflöst.

Das Buch ist damit leider ein Beispiel für die verkürzte Sicht auf die Orthodoxie und ihre vielfältigen Entwicklungen in europäischen Ländern. Auch wenn es durch den gut zu lesenden und populären Zugang ein spannender Einstieg in ein fremdes Thema sein kann, muss man fürchten, dass es eher stereotype Vorstellungen fördert, als das Interesse an dieser wichtigen europäischen Konfession und der osteuropäischen jüngsten Geschichte zu wecken.

REGINA ELSNER

Doppelbödig Macht und ihre Folgen



Michael Köhlmeier:
Das Philosophenschiff.
Carl Hanser Verlag,
München 2024.
222 Seiten,
Euro 24,-.

Es ist ein Buch von schmalem Format, erst recht im Vergleich zu Michael Köhlmeiers umfänglichem Roman *Abendland* (2007). Der neue Roman des mehrfach ausgezeichneten österreichischen Erzählers Köhlmeier, *Das Philosophenschiff*, ist freilich dicht und gehaltreich – und wie das erwähnte frühere Buch gesättigt von Historie. Köhlmeier kombiniert geistreich und ironisch Fakten und Fiktionen. Im Mittelpunkt steht hier eine wahrhaftige, jedoch fiktive Jahrhundertgestalt: Die 100-jährige Architektin Anouk Perleman-Jacob ist es, die mit riesigen sozial gesinnten Wohnprojekten international von sich reden machte. Der ihr in Wien begegnende Ich-Erzähler ist Schriftsteller und hat Ähnlichkeiten mit dem Autor Köhlmeier. Sie bittet ihn, den Teil ihrer Biografie zu schreiben, der bisher unbekannt geblieben sei. Doch diese Bitte erfolgt unter einer kuriosen Voraussetzung. Wenn ihm, der wegen seines Spiels mit Fakten und Fiktionen berüchtigt sei und seine „Leser hinter Licht“ führe, dann keiner glaube, sei das umso besser, meint sie. Erzählt werden soll es gleichwohl.

Doppelbödig ist diese Erzählung und entfaltet ein schier unglaubliches Geschehen. Anouk, geboren 1908, erlebt mit ihren Eltern, einem Professor für Architektur und einer Ornithologin, die Jahre nach der Oktoberrevolution in Sankt Petersburg. Sie erfährt, wie das Klima ständiger Verdächtigung die Menschen immer mehr zermürbt. Infolge der mangelhaften Versorgungslage verhun-

Am Ende nicht allein
Bethel hilft unheilbar kranken Menschen und ihren Angehörigen.
www.bethel.de

Bethel

gern Unzählige, und in der Schicht der Gebildeten finden die Bolschewisten als bald einen angeblichen Klassenfeind, auf den sich das allseitige Misstrauen richten soll. Besonders Lyrik gilt als verdächtig. Oppositionelle werden tausendfach inhaftiert oder gleich erschossen. Um eine längerfristige „Säuberung“ Sowjetrusslands zu erreichen, ersinnt Lenin persönlich die Aktion „Philosophenschiff“: Unter diesem Namen wurden tatsächlich im Herbst 1922 Intellektuelle zu Hunderten über See außer Landes gebracht, nach Deutschland oder anderswohin. Darunter seien auch die 14-jährige Anouk und ihre Eltern gewesen, berichtet die künftige Architektin. Längst auf See, hält ihr Luxusdampfer noch einmal an, um heimlich einen weiteren Fahrgast an Bord zu bringen. Nur Anouk hält zu ihm Kontakt, und es sei kein Geringerer als der todkranke Lenin selbst gewesen, für den die Mechanismen der Revolution offenbar keine Verwendung mehr hatten.

Wie totalitäre Regime wirken und erlebt werden, welche klaustrophobischen Situationen aus ihnen resultieren, haben in jüngerer Zeit noch andere Romane nachvollziehbar gemacht: Den stalinistischen Terror schilderten Julian Barnes in *Der Lärm der Zeit* (2017) oder auch Eugen Ruge im Roman *Metropol* (2019). Sie auf heutige Zustände im ehemaligen Stammland des Sowjetsystems zu beziehen, legten sie nicht ganz so nahe wie jetzt Köhlmeier mit seinem Roman. Denn der erscheint zu einer Zeit, da Russland wieder Krieg führt gegen eine angebliche nazistische und imperialistische Bedrohung, als welche die Ukraine ausgemalt wurde, und da Stalin erneut vielfach verehrt wird. Fast am Schluss hat dieser bei Köhlmeier ebenfalls einen Auftritt: Er kommt aufs Schiff und rechnet dort in Anwesenheit der künftigen Architektin mit seinem Vorgänger Lenin ab, denn der habe nicht verstanden, was die Menschen wirklich nötig hätten. Hier ist die Unwahrscheinlichkeit des angeblichen Erlebnisberichts auf die Spitze getrieben, zugleich aber auch die größte Wahrhaftigkeit und Folgerichtigkeit der Romanerzählung erreicht.

Dass diese im Leser lange nachklingt, bestätigt die Kraft dieses konzentrierten Buches, das eindringlich Fragen der Macht und ihrer Folgen aufzuwerfen versteht.

THOMAS GROSS

Der Kolibri

Zu sagen, dass dieser Film von großen Gefühlen handelt, ist noch untertrieben. Ein junger Mann und eine junge Frau verlieben sich in den 1970er-Jahren im Urlaub. Sie kommen nicht zueinander, und gerade deshalb werden die beiden Königskinder für immer voneinander geprägt. Der Film springt zwischen Vergangenheit und Gegenwart hin und her, während die Menschen versuchen, mit Schicksalsschlägen und ihren Gefühlen umzugehen. Er ist wunderschön anzusehen, rührend und bietet hervorragende Schauspielerinnen und Schauspieler wie Bérénice Bejo („The Artist“) und Nanni Moretti („Das Zimmer meines Sohnes“). Der ideale Film, um hinterher an einem Sommerabend vor einem Eiscafé traurig zu sein.



126 Minuten, ab dem 16. Mai
Regie: Francesca Archibugi

Furiosa: A Mad Max Saga

Dieser Film wird nicht allen gefallen, aber er wird für viel Aufmerksamkeit sorgen. „Mad Max“ war vor mehr als 40 Jahren der Anfang der Karriere von Mel Gibson. Seitdem ist daraus eine Reihe geworden, die spektakuläre Action-Szenen und dystopische Szenarien verbindet. Im letzten Film „Fury Road“ (2015) wurde Furiosa eingeführt, eine entschlossene Kriegerin, deren Vorgeschichte jetzt erzählt wird. Sie wird gespielt von Anya Taylor-Joy, die mit „Das Damengambit“ und „The Menu“ gezeigt hat, wie überzeugend sie starke Frauen, die allen Widerständen trotzen, darstellen kann. Und das Genre der Action-Filme, das traditionell von Männern beherrscht wurde, bekommt hier endlich eine Heldin.



Ab dem 23. Mai
Regie: George Miller

Alle die du bist

Nach einigen Jahren Ehe ist die Romantik in der Beziehung zwischen Nadine und Paul nicht mehr stark. Die Erziehung der Töchter und Probleme bei der Arbeit stehen im Mittelpunkt. Aber Nadine und Paul wollen um ihre Liebe kämpfen und für Nadine erscheint Paul dabei als alle die Personen, die er für sie ist: mal als wilder Stier, mal als kleiner Junge, mal als fürsorgliche Mutter. Die Beziehungsgeschichte bekommt so einen verspielten, surrealistischen Einschlag. Gleichzeitig werden auch aktuelle soziale Probleme präzise dargestellt. Aufgrund dieser Mischung aus Experimentierfreude, Liebe zu den Figuren und Gespür für die Gegenwart ist „Alle die du bist“ der evangelische Film des Monats.



108 Minuten, ab dem 30. Mai
Regie: Michael Fetter Nathansky

Neuer Präsident des Landeskirchenamts



Foto: Diakonie in Niedersachsen/Christian Behrens

Der Diplomverwaltungswirt und promovierte Jurist Jens Lehmann, der seit sieben Jahren Vorstandsmitglied der Diakonie Niedersachsen ist, wird Mitte des Jahres Präsident des Landeskirchenamtes der hannoverschen Landeskirche. Der 52-jährige folgt auf Stephanie Springer, die im vergangenen Oktober Abteilungsleiterin im Niedersächsischen Justizministerium wurde.

Wechsel in Westfalen

Landeskirchenrat Jan-Dirk Döhling, der im Landeskirchenamt der westfälischen Landeskirche Dezernent für „Gesellschaftliche Verantwortung“ ist, hat neben seinem Amt die Leitung des landeskirchlichen Instituts für Kirche und Gesellschaft in Schwerte übernommen. In dieser Funktion ist der 51-jährige Nachfolger von Klaus Breyer (66), der nach 15 Jahren an der Institutsspitze in den Ruhestand trat. Die Einrichtung ist auch Träger der Evangelischen Akademie Villigst. Döhling studierte Theologie in Siegen, Bielefeld-Bethel, Leipzig und Bochum. Nach dem Vikariat in der kurhessischen Landes-

kirche promovierte er an der Universität Marburg und war drei Jahre lang Gemeindepfarrer in der Nähe von Kassel. Es folgte eine Juniorprofessur für Religion und Literatur des Alten Testaments in Bochum. Und danach wurde Döhling persönlicher Referent von Präses Annette Kurschus.

Pfalz: Neue Pressesprecherin

Die Germanistin und Journalistin Lara Sturm (31) ist neue Pressesprecherin der pfälzischen Landeskirche. Nach einem Volontariat beim *Mannheimer Morgen* leitete sie das Wochenendmagazin der Zeitung. Danach begann Sturm ein Master-Studium. In dieser Zeit arbeitete die zweifache Mutter als freiberufliche Journalistin.

Badenerin ist Kirchentagspastorin



Foto: Jörg Donecker

Anne Helene Kratzert, die Gemeindepfarrerin in Karlsruhe war, ist neue Pastorin des Deutschen Evangelischen Kirchentags. Die 46-jährige folgt Arnd Schomerus nach, der nach neun Jahren beim Kirchentag in den Dienst der Nordkirche wechselte. Als Kirchentagspastorin ist

Kratzert für das geistlich-liturgische Kirchentagsprogramm verantwortlich. Der nächste Kirchentag findet vom 30. April bis zum 4. Mai 2025 in Hannover statt. Kratzert studierte Theologie in Leipzig, Cheltenham (England), Berlin und Heidelberg, wo sie promovierte.

Akademiker: Neuer Vorstand

Der Pfälzer Ruhestandspfarrer Rolf Freudenberg (72) ist neuer Vorsitzender der Evangelischen Akademikerschaft in Deutschland (EaiD). Co-Vorsitzende wurde die bayerische Ruhestandspfarrerin Elke Münster. Die EaiD ging aus den „Altfreunden“ der 1895 gegründeten Deutschen Christlichen Studentenvereinigung (DCSV) hervor. Sie spielten eine ähnliche Rolle wie die „Alten Herren“ bei den Studentenverbindungen. Die DCSV wurde 1938 vom NS-Regime verboten. An ihre Stelle traten nach der Befreiung vom Nazismus die Evangelischen Studentengemeinden (ESG) und später auch die Studentenmission in Deutschland (SMD). Mitglieder der beiden Einrichtungen stießen nach ihrer Studienzeit oft zur EaiD. Sie veranstaltet unter anderem Tagungen und unterstützt Hochschulabsolventen.

Württemberg: Neuer Finanzchef

Fabian Peters, der das Kompetenzzentrum Statistik und Datenanalyse der württembergischen Landeskirche aufbaute und leitet, wird neuer Finanzchef der Landeskirche. Der 36-jährige folgt Jörg Antoine nach, der die Lei-

ANGEZEIGT

Ökumene

Mehr Sichtbarkeit in der Einheit und mehr Versöhnung in der Verschiedenheit – Zu den Chancen einer prozessorientierten Ökumene. Diesen Titel trägt ein 57 Seiten starkes gemeinsames Papier der römisch-katholischen Deutschen Bischofskonferenz und der EKD, das für 60 Cent abgegeben wird. Es zeigt, was zwischen beiden Konfessionen bisher erreicht worden ist und wo es hingehen könnte.

Bestellschrift: versand@ekd.de. Zum Runterladen: www.ekd.de/sichtbarkeit

tung des Finanzdezernats im vergangenen Jahr als Krankheitsvertreter übernommen hatte. Er ist seit April Kaufmännischer Vorstand der Potsdamer Lafim-Diakonie. Fabian Peters schloss das Studium der Technischen Volkswirtschaftslehre mit einer Dissertation zum Thema „Kirchenmitgliedschaft und Kirchensteuer“ ab. Von 2016 bis 2020 war er wissenschaftlicher Mitarbeiter am Forschungszentrum Generationenverträge der Universität Freiburg mit den Schwerpunkten Kirchenmitglieder- und Kirchensteuerprojektion, Steuerschätzung, Aufkommens- und Verteilungswirkung von Steuerreformen. Peters ist Mitglied im Beirat der Kirchenmitgliedschaftsuntersuchung VI der EKD.

Verfassungsentwurf nimmt erste Hürde

Nach einer mehr als zehnjährigen Debatte hat die Synode der Bremischen Evangelischen Kirche mit der nötigen Dreiviertel-Mehrheit in erster Lesung den Entwurf einer Kirchenverfassung verabschiedet, die die alte aus dem Jahr 1920 ersetzt. Die neue Verfassung kann in Kraft treten, wenn die Synode sie Mitte dieses Monats in einer zweiten Abstimmung annimmt. Der Verfassungsentwurf sieht vor, dass der oder die leitende Geistliche nicht mehr „Schriftführerin“ oder „Schriftführer des Kirchenausschusses“ heißen, sondern „Kirchenpräsidentin“ oder „Kirchenpräsident“. Während die alte Verfassung eine Präambel und 17 Paragraphen umfasste, besteht der verabschiedete Entwurf aus 62 Artikeln. Zur Bremischen Evangelischen Kirche gehören 52 Gemeinden mit rund 160 000 Mitgliedern.

Methodistenbischof warnt vor AfD

Der Bischof der Evangelisch-Methodistischen Kirche in Deutschland, Harald Rückert, hat sich für eine kritische und klar abgrenzende Auseinandersetzung mit der AfD ausgesprochen. Menschen, die aus unterschiedlichen Gründen erwägen, die AfD zu wählen, müssten ernsthaft bedenken, was sie damit tatsächlich unterstützen, heißt es in seinem „Wort zur aktuellen Situation“. Der Bischof begrüßte, dass in den letzten Wochen „eine neue Leidenschaft für die freiheitlich-demokratische Grundordnung unseres Landes erwacht ist“.



Foto: picture alliance/dpa

Das Ulmer Münster ist im Unterschied zum Kölner Dom eine Pfarrkirche.

Ulmer Münster: Besucherplattform wieder zugänglich

Der Turm des Ulmer Münsters kann wieder bis zur Besucherplattform auf 102 Metern bestiegen werden. Wegen der Treppensanierung war der mit 161 Metern höchste Kirchturm der Welt in den vergangenen zwei Jahren nur bis zur Turmstube auf 70 Metern Höhe zugänglich. Die höchste Besucherplattform des Turms auf 143 Metern wird erst in zwei bis drei Jahren wieder zugänglich sein. Und wegen des Brandschutzes ist dies auf Führungen oder besondere Besuchszeiten begrenzt.

Den Münsterturm besteigen jährlich 100 000 Menschen. Das Ulmer Münster ist die größte evangelische Kirche Deutschlands. Sie wurde ab 1377 als Pfarrkirche der Freien Reichsstadt Ulm erbaut und war – im Unterschied zum Kölner Dom – nie eine Bischofskirche. Die wieder eröffnete Besucherplattform kann täglich zwischen 10 und 15 Uhr erstiegen werden.

100 Jahre Kirchenzeitung

Etwa 500 Gäste haben mit einem Festakt im Deutschen Nationaltheater in Weimar das hundertjährige Bestehen der Kirchenzeitung *Glaube und Heimat* gefeiert. Das Blatt wurde im April 1924 mit einer Auflage von 150 000 Exemplaren als Monatszeitung gegründet. Inzwischen erscheint es wöchentlich mit einer Druckauflage von rund 8 000 Exemplaren. Der regionale Schwerpunkt war zunächst die Thüringer Landeskirche. Durch deren Zusammenschluss mit der Kirchenprovinz Sachsen zur Mitteldeutschen Landeskirche im Jahr 2009 dehnte sich das Verbreitungsgebiet von *Glaube und Heimat* auf das Bundesland Sachsen-Anhalt aus.

Trotz ihres hohen Alters erscheine die Kirchenzeitung mit jeder Ausgabe aufs Neue frisch, sagte Thüringens evangelischer Ministerpräsident Bodo Ramelow (Die Linke) beim Festakt in Weimar. Für ihn persönlich sei das Blatt stets Leuchtturm und Anker. Sachsen-Anhalts römisch-katholischer Ministerpräsident Reiner Haseloff (CDU) sagte in seinem per Video übertragenen Geburtstagsgruß, die Kirchenzeitung sei durch ihre christliche Ausrichtung ein verlässlicher Kompass, der dem Gemeinwesen Orientierung geben könne.

Klang und Bild vereint zusammen

Glückliches Miteinander von RIAS-Kammerchor und Gemäldegalerie

REINHARD MAWICK

Oops, they did it again“ – so könnte man sagen, denn der RIAS-Kammerchor hat sein Projekt „Klingende Bilder“ in der Berliner Gemäldegalerie am Kulturforum gegenüber der Philharmonie fortgesetzt. Angefangen hatte es im vergangenen Jahr, als kurz vor der Weihnachtszeit sechs Bilder mit textlichen und musikalischen Audiofiles versehen worden waren, die während des Besuches mit dem eigenen Smartphone per QR-Code oder mit dem Audioguide der Gemäldegalerie bewusst angesteuert werden können.

Damals waren es Gemälde des 15. und 16. Jahrhunderts der Verkündigung, zum Beispiel in Gestalt des beeindruckenden Bildes „Der Ratschluss der Erlösung“ im spätgotischen Stil vom oberdeutschen Künstler Konrad Witz aus dem Jahre 1444. Parallel ist dort auf der einen Seite zu sehen, wie Gottvater und Gottsohn über einem Lamm den „Ratschluss“ zur Erlösung fassen, und in der rechten Bildhälfte stehen sich Maria und Elisabeth gegenüber, vor ihnen ein Miniaturbild der Söhne, die beide erwarten: Johannes der Täufer und Jesus von Nazareth, wobei ersterer Fötus vor letzterem kniet. Ein irres Bild und dazu als Musikfile ein

Klassiker: „Übers Gebirg Maria geht“ von Johannes Eccard (1553–1611).

Dieses halbe Weihnachtsdutzend wurde gut angenommen, so dass der RIAS-Kammerchor nun noch einmal ganz groß eingestiegen ist: Nicht ein halbes, sondern ein ganzes Dutzend Bilder wurden ausgesucht (übrigens von dem malereibegisternten Chortenor Christian Mücke) und die zwölf Gemälde haben alle Darstellungen der Kreuzigung oder des unmittelbaren

Zwölf erlesene Chorwerke konnten dank Förderung neu eingespielt werden – welch gute Fügung!

Vorlaufs der Passionsgeschichte zum Inhalt. Der Clou ist diesmal aber die großzügige Förderung des Projektfonds Digitale Entwicklung der (Berliner) Senatsverwaltung für Kultur und Gesellschaftlichen Zusammenhalt. Denn sie ermöglichte, dass zwölf Passionsmotetten vom RIAS Kammerchor neu eingespielt werden konnten. Das halbe Weihnachtsdutzend hingegen hatte man mit bereits teilweise in früheren Zeiten ein-

gespielten Werken bestücken müssen, was nicht per se schlecht ist, aber eine natürliche Beschränkung darstellte – man musste halt nehmen, was da ist.

Jetzt aber konnte Chorleiter Justin Doyle im Vorfeld ganz bewusst und ohne die Grenzen des Fundus zu beachten zu den Bildern Werke aussuchen und zu der visuellen eine auditive Entdeckungsreise gesellen – auch für Kenner:innen der Chormusik. Zu hören sind Werke wie das hymnische „Jesu Christe, frater noster“ von Henryk Górecki (1933–2010), das klangsinnliche „O vos omnes“ von Pablo „Pau“ Casals (1876–1973) oder das in seiner unschuldigen Schlichtheit berückende spätromantische „God so loved the world“ aus „The Crucifixion“ von John Stainer (1849–1901). Ganz zu schweigen von den absoluten Klangschwerewichten wie dem achtstimmigen „Cruxifixus“ von Antonio Lotti (1667–1740) oder „Der Gerechte kommt um“ – Johann Sebastian Bachs grandiose Bearbeitung der Motette „Tristis est anima mea“ seines Leipziger Amtsvorgängers Johann Kuhnau. Nicht zu vergessen die hinreißende Gregorianik-Interpretation der Frauenstimmen des „Adoro te, devote“ von Thomas von Aquin.

Diese Hörjuwelen sind beigeordnet Meistergemälden des 14.–16. Jahrhunderts. Ergo: Spätgotik/Frührenaissance trifft Musik verschiedenster Epochen. Dazu gibt es kundige Erklärungsdateien zu den Gemälden im Ganzen und mit Einzelbeobachtungen. Ein großer Wurf, der zeigt, wie sinnvoll Geist und technische Möglichkeiten neue Kunst schaffen. Es gibt noch viele Bilder und Themen in der Gemäldegalerie, insofern sei gerufen: Lieber RIAS-Kammerchor, liebe Gemäldegalerie (und lieber Projektfonds der Senatsverwaltung), macht bitte weiter! ◀

www.klingende-bilder.de

Konrad Witz (um 1400–1444):
„Der Ratschluss der Erlösung“.



Foto: Kunstforum Berlin, Neue Gemäldegalerie

• „Und dort vor mir sehe ich eine leuchtende Gestalt auf mich zukommen. ... Und so stand ich einfach da vor der Gestalt in all ihrem Leuchten. ... und ich denke, natürlich antwortet die Gestalt nicht, denn egal, was sie nun war, ein Mensch war es nicht, aber, ja, ein Gespenst war sie auch nicht, aber vielleicht, vielleicht, vielleicht war sie schlicht und einfach ein Engel, vielleicht ein von Gott gesandter Engel. Denn die Gestalt war so leuchtend weiß, oder vielleicht war sie ein böser Engel. Denn die bösen Engel sind auch Lichtengel, vielleicht leuchten alle Engel weiß, sowohl die guten als auch die bösen.“ Das schreibt Jon Fosse in seinem neuen Buch *Ein Leuchten*.

• „Die hellsten Tage sind die der Kirchenfeste. Da gehen die Kinder an der Hand des Vaters in die kleine Kirche der Stadt. ... An Pfingsten zum Beispiel, da knien die Kinder mit ihren Rosenkränzen, plötzlich fliegen weiße Tauben in der Kirche ringsumher, ein Chor erklingt, ein wunderschöner heller Frauenchor ... ihre Stimmen klingen wie die von Engeln. ... Aber auch hier gibt es das Grauen. Für Karfreitag haben die Gläubigen Judas Ischariot als große Stoffpuppe gebaut. Mit schrecklicher Grimasse und Kopf nach unten wird er unter wütendem Lärm der Menge durch die Straßen von Paraty geschleift. ... Das alles prägt sich ihr tief in die Seele ein.“ Zu lesen in Volker Weidermanns *Mann vom Meer*.

AKTUELLE VERANSTALTUNGEN

Nicht bei Kant stehen bleiben

Nicht zurück hinter Immanuel Kant, aber auch nicht bei ihm stehen bleiben, ist das Motto dieser Veranstaltung, die in Freiburg im Breisgau die Katholische Akademie, die Günther-Anders-Forschungsstelle der Universität und die Heinrich-Böll-Stiftung Baden-Württemberg ausrichten. Der Informatiker Peter Reichl geht der Frage nach „Was können wir wissen?“, der katholische Theologe Magnus Striet der Frage „Was dürfen wir hoffen?“ und die Philosophin Bettina Stangneth der Frage „Was sollen wir tun?“. Und miteinander diskutieren sie über „eine neue Aufklärung für das Anthropozän“. Neben dem Kopf soll der Bauch bei einem Dinner zum Geburtstag des Königsberger Philosophen zu seinem Recht kommen. **Was können wir wissen? Was dürfen wir hoffen? Was sollen wir tun? Kant und die Frage nach der Aufklärung im Anthropozän** 5. bis 8. Juni, Katholische Akademie Freiburg, Telefon: 0761/31 91 81 24, E-Mail: judith.funk@katholische-akademie-freiburg.de, www.katholische-akademie-freiburg.de

Immer besser, immer schöner, immer höher, immer ...

Menschen, die beruflich vorankommen oder auch nur persönliche Eigenschaften verändern und verbessern wollen, nehmen sich heutzutage oft einen „Coach“. Bei dieser Tagung, die Matthias Pöhlmann, der Weltanschauungsbeauftragte der bayerischen Landeskirche, leitet, beleuchtet ein Soziologe die Rolle von Selbstoptimierung in der heutigen Gesellschaft. Ein Kulturanthropologe schildert die „Selbstoptimierung im Alltag“, und der Psychologe und Psychotherapeut Michael Utsch, der Wissenschaftlicher Referent der Evangelischen Zentralstelle für Weltanschauungsfragen in Berlin ist, zeigt, woran „seriöses Coaching“ zu erkennen ist. Die Teilnehmenden können mit den Referierenden auch bei Gruppensitzungen ins Gespräch kommen. Anmeldeschluss: 4. November. **Das gesteigerte Ich. Life-Coaching, Selbstoptimierung, Erfolgstopien** 18. bis 20. November, Evangelische Tagungsstätte Wildbad in Rothenburg ob der Tauber, Telefon: 09861/9770, E-Mail: info@wildbad.de, www.wildbad.de

S'ist Bahnsurdistan, TSchaZi!

REINHARD MAWICK

Dass die Verspätung eines Zuges zuweilen kumuliert, kann man verstehen. Denn verspätet wie er ist – seien es zehn, fünfzehn oder wer weiß wie viele Minuten –, stellt sich dem betroffenen Zug die Gleislage natürlich anders dar, weswegen die Verspätung möglicherweise aufwächst. Etwas bösgläubig wird der leidgeprüfte, doch im Herzen zutiefst bahnliebende Vielfahrer, wenn sich im Laufe aufwachsender Verspätungen die Begründung für dieselbigen ändert. Dabei ist es beruhigend, wenn die Bahn-App eine 15-Minuten-Verspätung aufgrund „behördliche(r) Maßnahme“ meldet und der aufmerksame Bahn-App-Watcher (kurz BAW) gewahr wird, dass dieselbe bereits in den Tiefen Sachsens erfolgte und abgeschlossen scheint, da nach einem längeren Aufenthalt in – sagen wir – Riesa die Halte Leipzig und Leipzig-Flughafen laut App pünktlich erreicht wurden. Plötzlich aber wird dem in Halles Sonne wartenden BAW aber kundgetan, besagter Zug verspäte sich auf einmal um 46 Minuten, und die Begründung lautet nun „Technischer Schaden am Zug“ (TSchaZ). Das ist eine schlimme Botschaft, denn diese sogenannten TSchaZ-Verspätungen sind berüchtigt für ihr weiteres Aufwuchspotenzial, weswegen die Wissenschaft in solchen Fällen auch von der nach oben offenen „TSchaZi-Skala“ spricht. Was ich hingegen letztes erlebte, war echt erstaunlich: Wir standen friedlich mit Fahrrad in Hannover am Gleis 14 und erwarteten den unter uns liebevoll „Enkelexpress“ genannten Regionalzug nach Lehrte, als aus dem Lautsprecher dreimal hintereinander diese freundliche Ansage erklang: „An Gleis 14 steht ENO83509 nach Wolfsburg.“ Allseitiges verlegenes Kichern am Gleis, denn dort stand einfach ... nichts. Als der Zug dann wenige Minuten später kam, stand und wir einstiegen, konnte ich mich der Ahnung nicht erwehren, dass man uns bei der Bahn nicht nur andauernd teert, sondern zuweilen aus Jux und Dollerei auch noch federt. ◀

In der nächsten Ausgabe



Foto: picture alliance

Europa und die Migration

Das europäische Parlament in Brüssel hat Mitte April der Reform des Gemeinsamen Europäischen Asylsystems (GEAS) mehrheitlich zugestimmt. Damit soll die Migration in die EU begrenzt und gesteuert werden. In der Juniausgabe von *zeitzeichen* widmen wir uns deshalb dem Thema Europa und die Migration. Jochen Oltmer, Professor am Osnabrücker Institut für Migrationsforschung und Interkulturelle Studien, beschreibt, wie Menschen seit dem späten 18. Jahrhundert nach Europa immigriert sind. Und während Katrin Hatzinger, Leiterin der EKD-Dienststelle in Brüssel, den Kern des neu ausgehandelten EU-Kompromisses darlegt, zeichnet Lucas Rasche, Experte für Migration und Flucht bei Misereor, die Auswirkungen des EU-Pakts auf die Länder Nordafrikas nach. Die Journalistin Franziska Grillmeier taucht tief in die Lebenswirklichkeit der Menschen an den Rändern Europas ein. Im Interview sprechen wir mit Christian Stäblein, Beauftragter des Rates der EKD für Flüchtlingsfragen und Bischof der Evangelischen Kirche Berlin-Brandenburg-schlesische Oberlausitz.

Der Spielverderber

Robert F. Kennedy Jr. hat keine Chance auf einen Sieg bei den US-Präsidentenwahlen im Herbst dieses Jahres. Aber als unabhängiger Kandidat bringt er das Rennen dennoch ordentlich durcheinander. Denn auch sechzig Jahre nach der Ermordung seines Onkels, des US-Präsidenten John F. Kennedy im November 1963, bleibt Amerika der irisch-katholischen Polit-Dynastie verfallen. Ein Beitrag des Korrespondenten Andreas Mink aus New York.

Kafka und die Religion

Anlässlich des 100. Todestages des Dichters Franz Kafka porträtiert der katholische Theologe und Literaturexperte Karl-Josef Kuschel das Werk Kafkas, des bedeutendsten Vertreters der Prager deutschen Literatur und eines der wichtigsten deutschsprachigen Literaten des 20. Jahrhunderts überhaupt, mit besonderem Blick auf dessen religiöse Affinitäten und Themen.

Nötige Neuanfänge

Die Kirche ist am Ende, eine Reanimation in ihrer jetzigen Form hat keinen Sinn. So startet der Theologe und Publizist Tilmann Haberer in sein aktuelles Buch, in dem er 16 Neuanfänge für das Christsein von morgen beschreibt. Auf der Leipziger Buchmesse hat *zeitzeichen*-Redakteur Stephan Kosch mit ihm gesprochen.



Die VELKD sucht zum nächstmöglichen Zeitpunkt für das Theologische Studienseminar

einen Rektor/eine Rektorin (BesGr A16)

Das Theologische Studienseminar der VELKD in Pullach dient vor allem der theologischen Fortbildung von Pfarrerinnen und Pfarrern und weiteren kirchlichen Leitungspersonen sowie als Ort für Gastgruppen unterschiedlicher Art.

Zu den Aufgaben gehören:

- Leitung, Geschäftsführung und Repräsentation des Theologischen Studienseminars
- Planung des Fortbildungsangebots gemeinsam mit der Studienleitung und dem Beirat
- selbstständige Durchführung von mind. 12 Kursen/15-16 Kurswochen pro Jahr

Wir erwarten:

- wissenschaftliche Qualifikation (mindestens Promotion)
- Ordination und mehrjährige Berufserfahrung im Gemeindepfarramt
- ausgewiesene Leitungskompetenz und Teamfähigkeit
- Erfahrung im Umgang mit Finanzen, Verwaltungs- und Haushaltsfragen

Wir bieten:

- Dienstwohnung im Theologischen Studienseminar mit Gartennutzung
- gutes Arbeitsklima in einem motivierten Team von ca. 10 Personen
- gute Anbindung an den Nahverkehr (S-Bahn zur Fahrt in die Münchner Innenstadt)

Der Dienst erfolgt im Rahmen eines Kirchenbeamtenverhältnisses auf Zeit zur VELKD, die Berufung wird durch die Kirchenleitung der VELKD ausgesprochen. Das Dienstverhältnis ist zunächst auf sechs Jahre befristet, eine Verlängerung um weitere drei Jahre ist möglich.

Die vollständige Ausschreibung finden Sie auf
www.velkd.de/stellenangebote

Ihre aussagekräftige Bewerbung richten Sie bis zum **31.05.2024** per E-Mail an
bewerbung@velkd.de

Amtsbereich der VELKD im Kirchenamt der EKD
z. Hd. Herrn Vizepräsident Dr. Stephan Schaede
Herrenhäuser Straße 12 • 30419 Hannover

zeitzeichen-Service

Lesertelefon 0711/72 52-230
zeitzeichen@zenit-presse.de



Ihre
Spende
hilft!

Manche lassen ihr ganzes Leben zurück. Um es zu behalten.

Um sich vor Krieg und Folgen der Klimakrise zu schützen, sind weltweit 100 Millionen Menschen auf der Flucht. Ein trauriger Höchststand ist erreicht. Wir brauchen Ihre Hilfe, damit diese Menschen wieder in einem Leben in Würde ankommen können.
brot-fuer-die-welt.de/fluechtlinge

Mitglied der **actalliance**



Würde für den Menschen.